Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

18. Februar 1980
Jg. 8 Nr. 8

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Azania: 20000 beim Begräbnis gefallener Befreiungskämpfer

z.rül. 20000 Einwohner Sowetos beteiligten sich vorletztes Wochenende an der Beerdigung des letzten der drei Azanier, die am 25. Januar eine Bank in der Nähe Pretorias überfallen, Geiseln genommen und von dem südafrikanischen Siedlerregime die Freilassung politischer Gefangener gefordert hatten. Die Polizei hatte die Bank gestürmt und die drei Azanier erschossen. „Er war kein Terrorist, sondern ein Held", lautete eine der Parolen, die auf der über eine Meile langen Demonstration, der größten seit der Beerdigung Steve Bikos 1977, getragen wurde. Das Siedlerregime hat jetzt in allen Schulen Sowetos weiße Soldaten als „Lehrer" postiert. Vor zwei Wochen gelang es ihm nur mit massiven Polizeieinsätzen, einen Streik aller Schüler Sowetos für den sofortigen Abzug dieser Truppen zu unterdrücken.

Costa Rica verstaatlicht Schulen der US-Plantagenmonopole

z.elb. Costa Ricas Regierungschef Rodrigo Carazo Odio kündigte Anfang Februar an, daß im März alle von den US-imperialistischen Nahrungsmittelkonzernen United Brands und Standard Fruit Co. in Costa Rica betriebenen Schulen verstaatlicht werden. Über 60% des gesamten Bananenexports, Bananen sind neben Kaffee Hauptexportprodukt, eignen sich diese Monopole an. An der atlantischen und pazifischen Landesküste beuten sie auf ihren Plantagen einen Großteil der 20000 in der Bananenwirtschaft Erwerbstätigen aus und hatten sich mit diesem Recht gleichzeitig die Verfügungsgewalt über die Volksbildung in diesen Gebieten gesichert. Carazo begründet die Verstaatlichung dieser Schulen als „Maßnahme zur Wiedererlangung unserer Souveränität". Der Streik der Plantagenarbeiter im Januar hatte großen Druck ausgeübt.

Imperialisten gegen Forderungen der UNIDO

z.frb. Ohne Einigung ist am 10.2. in Neu Delhi die 3. Generalkonferenz der UN-Organisation für industrielle Entwicklung zu Ende gegangen. Die Konferenz sollte praktische Schritte zur Durchführung der Forderungen, die die Länder der Dritten Welt 1975 in Lima festgehalten hatten, beschließen. Vor allem geht es um einen Fonds, aus dem Industrialisierungsprojekte der Dritten Welt finanziert werden sollen. Bezahlen sollen ihn die reichen Staaten, aber die Entwicklungsländer verlangen die Kontrolle darüber. Die UdSSR mit dem RGW stimmte zwar einer entsprechenden „Erklärung von Neu Delhi" zu, erklärte aber hernach, daß sie nichts zahle. Die westlichen Imperialisten unter Führung der USA stimmten gleich dagegen. Drei Tage später legte Willy Brandt sinen „Nord-Süd-Bericht" vor und heuchelte von „geistiger Neuorientierung".

Iran am ersten Jahrestag der antiimperialistischen Revolution

z.gek. Hunderttausende haben in mehreren Städten Irans den ersten Jahrestag der Revolution gefeiert. An der Teheraner Kundgebung nahmen der mit über 70% der Stimmen gewählte Präsident Bani-Sadr und der PLO-Vorsitzende Arafat teil. Bani-Sadr bekräftigte „unsere totale Unterstützung für unsere afghanischen Brüder" wie die Fortsetzung des Kampfs gegen den US-Imperialismus und Zionismus. – Mit Beginn des iranischen Jahres (21. März) wird der Staat die Kontrolle über den Im- und Exporthandel und den Großteil der Banken übernehmen, um alle Ressourcen für eine große Produktionsinitiative zusammenzufassen. Bauern, Handwerker, auch arbeitslose Jugendliche sollen sich mit Staatshilfe in Produktionsgenossenschaften zusammenschließen; in der Großindustrie wird die Teilnahme der von den Arbeitern gebildeten Räte an der Leitung der Betriebe anerkannt.

UdSSR: 1980 „Jahr patriotischer Stoßarbeit"

Einbrüche in der Produktion / Verschärfte „Volkskontrolle" zur „Festigung der Arbeitsdisziplin"

z.gek. Am 24.1., einen Monat nach Beginn der Invasion Afghanistans, fand sich folgende TASS-Meldung in den sowjetischen Zeitungen: „Die Kollektive der führenden Betriebe Moskaus starteten die patriotische Initiative, am 19. April einen kommunistischen Subbotnik (Tag freiwilliger gesellschaftlicher Arbeit, d.Verf.), gewidmet dem 110. Geburtstag W.I. Lenins, durchzuführen. Er wird zum Höhepunkt der Stoßwacht, zu einer Schau neuer Reserven werden ... Die Teilnehmer der Kundgebungen sprachen von ihrer vorbehaltlosen Unterstützung der Innen-und Außenpolitik der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates und vom Bestreben, durch ihre Arbeit ... seine Macht zu festigen... Auf hochroten Losungen und Transparenten steht geschrieben: ‚Das Jahr 1980 in ein Jahr Leninscher Stoßarbeit verwandeln!' " Dann ein Aufruf des „Helden der Sozialistischen Arbeit, Staatspreisträger der UdSSR I.P. Djomin: ‚Mögen die an diesem Tag erreichten Kennziffern im abschließenden Planjahr für jede Schicht zur Norm werden!'" Djomin verkündet, die von ihm geleitete Baubrigade habe sich verpflichtet, „am 19. April 5 Wohnungen statt der planmäßigen 4 zu montieren".

Lenin als Begründer der „Macht des Sowjetstaates", der kommunistische Subbotnik als „patriotische Initiative" – Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat, eben Sozialimperialismus. Im selben dumpfen Ton wird auf den im ganzen Land abgehaltenen Versammlungen für die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Einzel-Republiken und zu den örtlichen Sowjets am 24. Februar getrommelt.

Eben diese patriotische Pflichterfüllung bei Hungerlöhnen zwischen 60 und 170 Rubeln im Monat verweigern die Arbeiter und die Bauern der Sowjetunion. Nach den jetzt veröffentlichten Zahlen über die Erfüllung des Staatsplans der UdSSR im Jahr 1979 sind nicht nur die Ziele des 1980 abzuschließenden 5-Jahres-Plans in utopische Ferne gerückt. Sondern in der Landwirtschaft (–4%), im Wohnungsbau (–4%) sowie beim Eisenbahntransport (–2,7%) gab es erneut absolute Einbrüche. Die Industrieproduktion insgesamt stieg um 3,4%, aber die Arbeitsproduktivität nur um 2,4%. Andererseits stiegen die Lohneinkommen der Arbeiter und Angestellten, wie schon 1978, erneut *überplanmäßig* (um 2,2% statt nur 1,9%). Die gesamte Lohnsumme stieg aber um 4,2%. Darin drückt sich vor allem die Notwendigkeit aus, vor die die neue Bourgeoisie sich gestellt sieht, nämlich eine immer wachsende Zahl von Aufsehern zu beschäftigen, um die Arbeiter anzutreiben. Seit dem Beschluß des ZK-Plenums vom November 1979 über die „Stärkung der Volkskontrolle" sind nicht weniger als 100000 zusätzliche Kontrolleure in Dienst gestellt worden.

Die Widerwärtigkeit des Systems ermesse man an folgender Korrespondenz aus dem Bekleidungswerk „Klara Zetkin" in Uralsk: „Die Volkskontrolleure wirken nach einem konkreten Plan, der vom Parteikomitee des Betriebs gebilligt wird. An der Arbeit der Patrouillen beteiligen sich rege die Komsomolzen des Bekleidungswerks. ... (Sie) gaben über 20 Wandzeitungen, etwa 40 Kampfblätter und Blitzmeldungen heraus, in denen über die Leistungen der Näherinnen ... berichtet wurde." Komsomolzen werden zu Hitler-Pimpfen und Blitzmädeln verdorben, die die „Leistungen der Näherinnen" bespitzeln.

Es scheint, daß die sozialimperialistischen Machthaber entschlossen sind, 1980 im Innern ihres Reiches die Bedingungen für ihre weltweite Expansion zu schaffen. Bisher haben sie nie gewagt, die Rechte und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern direkt und offen anzugreifen; angegriffen wurden „unfähige" Minister, Direktoren, Parteisekretäre. In einem vom ZK der KPdSU, dem Obersten Sowjet, dem Ministerrat der UdSSR sowie dem Zentralrat der Sowjetgewerkschaften gleichzeitig gefaßten Beschluß vom 12. Januar wird der Angriff ohne solche Umschweife geführt: darin wird „die bedeutende Verbesserung der organisatorischen, politischen und Erziehungsarbeit, gerichtet auf die Festigung der Arbeitsdisziplin, Behebung von Arbeitszeitverlusten, rationelle Nutzung der Arbeitskräfte, Bildung stabiler Werktätigenkollektive als die *wichtigste* Aufgabe der Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und Komsomolorgane" im Jahr 1980 bezeichnet (Freundschaft, 12.1.80). Festgelegt bzw. schärfer gefaßt werden eine Fülle einzelner Maßnahmen vor allem gegen „Kündigungen auf eigenen Wunsch oder ohne triftigen Grund oder wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin", angefangen mit Streichung von Urlaub und Sozialbeihilfen bis zum Hinauswurf aus der Sozialversicherung. Andererseits soll die Wohnungsnot systematisch zur Bindung an den Betrieb genutzt werden: die Betriebe werden angewiesen, für die Schaffung von Wohnraum in ihrer Nähe und insbesondere für „Wohnheime vom Hoteltyp, darunter auch für junge Familien", zu sorgen, sowie zusammen mit den örtlichen Sowjets für „die arbeitsmäßige Unterbringung und Ausnutzung der Jugendlichen nach Absolvierung der allgemeinbildenden Schulen in der Produktion". Eine weitere Bestimmung fordert, „die Arbeitszeiten der Vereinigungen, Betriebe, Institutionen und Organisationen zu regeln, die mit der Betreuung der Bevölkerung verbunden sind ... und zu diesem Zweck Zeitpläne mit Einteilung des Arbeitstages weitgehend einzuführen". Das bedeutet die Einführung von Schichtarbeit in den öffentlichen Diensten und im Dienstleistungssektor entsprechend den Schichtplänen der Industrie.

Was an nackter Intensität bei den niedrigen Löhnen aus den Arbeitern nicht herausgepumpt werden kann, das soll die Einbeziehung der ganzen Arbeiterfamilie in die Produktion (die Frauenarbeit hat 80–90% erreicht), ihre Ausbeutung rund um die Uhr und Einquartierung in Betriebswohnheime bringen. Die Methoden der Ausbeutung nehmen wieder zaristischen Charakter an, wie die der Expansion.

Zimbabwe: Mobilmachung und Putschvorbereitung der Imperialisten vor den Wahlen



Knapp zwei Wochen vor den Wahlen in Zimbabwe vom 27. bis 29.2. begann der britische Gouverneur letzte Woche mit der Mobilmachung der weißen Siedlerreserve als „Wahlhelfer". Lord Soames hat sich jetzt das „Recht zugesprochen", den Volksmassen in allen Gebieten das Wahlrecht zu entziehen, in denen seiner Ansicht nach keine „freien Wahlen" möglich sind, auf deutsch: in die die Siedlertruppen und die „Hilfstruppen" Muzorewas nicht einfallen können. 2500 ZANU-Funktionäre und -Mitglieder sind in Haft. Die Imperialisten wollen mit allen Mitteln einen Sieg der ZANU verhindern und bereiten die militärische Zerschlagung der ZANLA-Truppen und Milizen vor.

Kapitalisten fangen IG-Metall-Janßen mit 6,8%-Köder

Abschluß: 6,8% / 165 bis 30 DM Sonderzahlung / Kapitalisten begrüßen Nichttarifierung der Sonderzahlung

z.maf. Wenn er es nur gelassen hätte, vielleicht wäre ihm dann sein Ruf als „Tarifexperte" der IG Metall noch eine Zeitlang geblieben. Aber so? Hans Janßen jedenfalls ging letzten Donnerstag in der Früh um viere hin und schnappte nach dem 6,8%-Köder, den die NRW-Kapitalisten seit über einer Woche ausgelegt hatten. Wem kann schon verborgen geblieben sein, daß ein wenig härtere Verhandlungsführung unvermeidlich entweder das Angebot auf der Prozentseite um bis zu 5/10 hinaufgetrieben oder zu einer Verwirklichung der Forderung nach Anhebung aller unter dem Ecklohn gelegenen Lohn- und Gehaltsgruppen um einen Festbetrag geführt hätte. Den Bezirksleitern der IG Metall nicht, keiner von ihnen mochte diesen Abschlußköder nehmen, Janßen persönlich mußte ran.

Die laufende Inflationsrate beträgt 5,3%. Die Forderung hatte auf der Prozentseite zwischen 9,5 und 10,0 Prozent betragen. In bezug auf beide Daten ist der Abschluß so schlecht nicht. Der Haken ist, daß dieser Abschluß erzielt wurde durch Mobilisierung von Kräften, die gerade an der Anhebung um einen Festbetrag ein Interesse hatten. Janßen hat den Betriebsführern der Metallkapitalisten gestattet, diese Kräfte mit der auch noch abgeschlossenen Einmalzahlung zu verspotten. Wer sind eigentlich die Leute, die von der Festgeldseite der Forderung direkt betroffen waren?

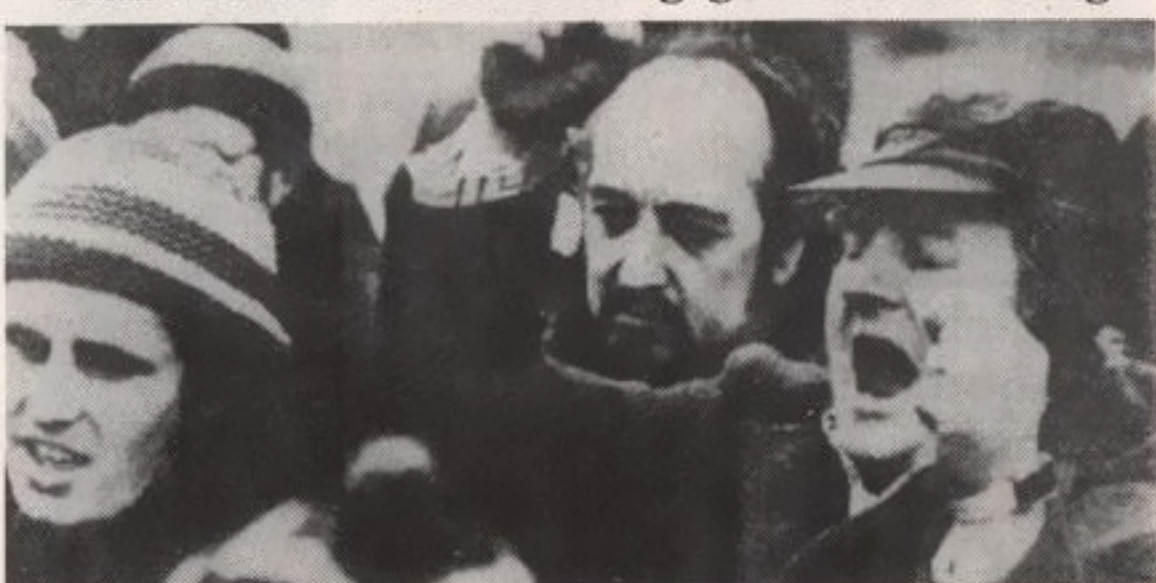
Das ist erst einmal die große Masse der weiblichen Arbeiter und Angestellten, dann aber auch ein sehr erheblicher Teil der Arbeiter ausländischer Nationalität. Sodann die jüngeren Arbeiter und Angestellten und endlich die älteren Arbeiter, die mit verminderter Gesundheit auf immer schlechter gezahlte Arbeiten gedrängt werden. Das sind die Interessenpunkte, die Janßen mit einem verkaterten Federstreich in der Früh um fünf den Kapitalisten hat anheimfallen lassen. Aber der Janßen-Streich trifft nicht nur die Belegschaften in der metallverarbeitenden Industrie in ihrem Kampf gegen die Abspaltung eines Teils von Niedrigstlöhnern.

Die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten, vornehmlich die ÖTV, sind auch noch geschädigt. Bereits jetzt hat die ÖTV vielerorts Kämpfe auszustehen, weil der öffentliche Dienstherr zunehmend von kleinen Haifischen zusammengeheuerte Arbeiterkolonnen einsetzt und so die Tarife im öffentlichen Dienst umgeht. Daß solche Niedrigstlöhnerkolonnen auf dem Arbeitsmarkt zusammengetrieben werden können, hängt eng damit zusammen, daß die große Gewerkschaft IG Metall in ihrem Organisationsbereich eine Niedrigstlohnzone stehen läßt.

Weiteren Schaden von diesem Abschluß hat die Arbeiterbewegung im Bereich der Gewerkschaft HBV. Die Handelskapitalisten schöpfen auf dem Arbeitsmarkt billige weibliche Arbeitskräfte und zahlen diese so schlecht, daß ereblliche Mittel da sind, eine Angestelltenschichtung zu ziehen, die der Spaltergewerkschaft DAG eine feste Operationsbasis liefert, die sonst eigentlich nirgendwo besteht. Mehrfach ist es schon vorgekommen, daß die DAG die HBV unter Einsatz von Gerichten unter ein Abschlußdiktat zwingen konnte.

Das alles zusammen ist reichlich. Man muß denken, daß gewisse Tarifexperten nicht nur SPD-treu-rechts sind, sondern SPD-treu-doof.

Seit sieben Wochen streiken die britischen Stahlarbeiter entschlossen gegen Lohnsenkung



Mit Massenaktionen brachten Stahlarbeiter in der letzten Woche private Stahlwerke wieder zum Stillstand. Die Polizei verhaftete mehr als 20. Delegierte der Facharbeiter lehnten den schon abgeschlossenen Vertrag ab. (s. S. 11)

z.brb. **Der Agrarbericht 1980 der Bundesregierung kündigt starke Einkommensverluste der Bauern für das laufende Wirtschaftsjahr an.** Der am 6.2. verabschiedete Bericht weist für das Wirtschaftsjahr 78/79 eine durchschnittliche Steigerung des Reineinkommens von 2,9% aus. Damit ist noch nicht einmal die Inflationsrate ausgeglichen und für Veredelungsbetriebe, Schweinezucht etc., bedeutet es Einkommensverluste von 14,3%, im Getreide- und Futterbau dagegen Steigerungen um ca. 7%. Zum Durchschnittswert stellte im Januar Staatssekretär Gallus fest, daß 77/78 das Einkommen der größeren Vollerwerbsbetriebe um 34% über und der kleineren um 37% unter dem gewerblichen Vergleichslohn lag, dieser war wiederum 10% niedriger als das landwirtschaftliche Reineinkommen. 1980 sollen die Einkommen der Bauern aufgrund der Kostensteigerungen und der Energieverteuerung um ca. 4% sinken. Am 7.2. hat außerdem die EG-Kommission eine durchschnittliche Anhebung der Agrarstützpreise von lediglich 2,5% vorgeschlagen, nachdem die europäischen Bauernverbände 7% gefordert hatten. Das Präsidium des Bauernverbandes kann deshalb nicht an den Forderungen der Bauern nach Erhöhung der Erzeugerpreise vorbei. Präsident Heereman erklärte am 12.2., daß das Präsidium Vorkehrungen für Großkundgebungen treffen werde. Er selbst sei kein Freund solcher Maßnahmen, doch seien sie ohne Entgegenkommen der Bundesregierung nicht zu verhindern.

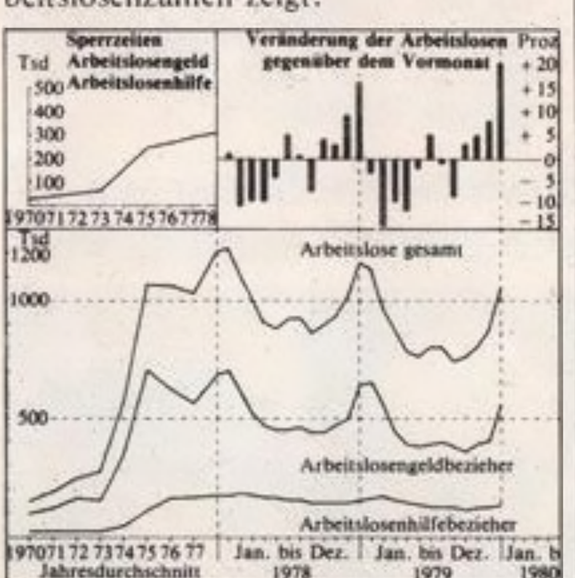
z.hev. **Vom 8.2. bis 23.2. händelt Wirtschaftsminister Lambsdorff mit Bankern und Managern in den USA.** Prämiert wurde er bereits mit seinem ersten Ehrendoktor in New York. Tref-

z.hev. **Vom 8.2. bis 23.2. händelt Wirtschaftsminister Lambsdorff mit Bankern und Managern in den USA.** Prämiert wurde er bereits mit seinem ersten Ehrendoktor in New York. Tref-

fen mit Ministern, dem Weltbankpräsidenten Mc Namara und UN-Generalsekretär Waldheim geben der Reise die höhere Weihe imperialistischer Weltpolitik. Die bundesdeutschen Regierungsmitglieder predigen Solidarität mit der Supermacht gerade so, als ob nicht Afghanistan, sondern die USA besetzt worden wären. Am Tag des Ablaufs des US-Ultimatums gegen die SU, am 20.2., wird Außenminister Genscher vom US-Kollegen Vance heimgesucht, am 5.3. tritt Schmidt in Washington an.



z.gih. **„Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Januar um 169700 oder 19,6% auf 1036500.** Absolut und prozentual war das die größte Zunahme seit 1975.“ Gleichzeitig stieg die Zahl derjenigen, die weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe erhalten, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen um 9 Punkte. Nur 51,9% aller Arbeitslosen im Januar erhielten diese Unterstützung. Nicht allein, daß der kapitalistische Produktionsprozeß ständig Arbeitskräfte einsaugt und abstößt je nach seinen Verwertungsmöglichkeiten, hinzu kommt seine Unfähigkeit, die Produktion zu organisieren, was das „saisonmäßige“ Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zeigt.



z.kam. **Das Intercity-System erweist sich als „der große Renner“ für die Bundesbahn.** Seit Mai 1979 befahren IC-Züge (die gegenüber früher jetzt auch die 2. Klasse mitführen, dafür aber 3 DM IC-Zuschlag verlangen) stündlich die vier Hauptfernstrecken. Der Personenfernverkehr wurde damit rationalisiert und machte sich bezahlt: 58 Mio. Fahrgäste (rund 20% mehr als im Vorjahr) allein im IC-Verkehr brachten der Bundesbahn 1979 rund 100 Mio. DM Gewinn. Die Ertragssteigerung im Personenverkehr insgesamt liegt 1979 um 8% höher als 1978, im Güterverkehr sogar bei plus 12%. Der Schuldenberg der Bundesbahn verringerte sich damit um 1,1 Mrd. DM. Die 346000 Beschäftigten erreichten 1979 in etwa die gleiche Verkehrsleistung wie 1974 – und das mit 75000 weniger Arbeitskräften. Bis Ende 1980 soll der Personalbestand nochmal um 5000 verringert werden. Gleichzeitig wird das Streckennetz auf dem Lande weiter reduziert. Für März hat die Bundesbahn Preiserhöhungen zwischen 2 und 5% angekündigt.

z.ebk. **Als „umfassende Reform der Verkehrssünderkartei“ will die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zur verstärkten Schröpfung der Autofahrer verkaufen.** Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Bußgelder nicht ab 40 DM wie bisher, sondern ab 100 DM in das Verkehrszentralregister in Flensburg eingetragen werden. Die Bußgeldkataloge der Länder werden bundeseinheitlich festgelegt. Und bundeseinheitlich sollen anstatt der Geldbußen von 50 bzw. 60 DM für falsches Ein-, Aus- oder Abbiegen, falsches Vorbeifahren an öffentlichen Verkehrmitteln, unzulässigen Fahrspurwechsel und überhöhte Geschwindigkeit innerhalb des Ortes 100 DM verhängt werden. Im wesentlichen wird also genausoviel eingetragen wie bisher, nur kostet es mehr.

z.brl. **Am 12.2.1980 fand in der Stadthalle in Braunschweig eine Großkundgebung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) statt.** Etwa 450 Polizisten nahmen daran teil. Forderungen, die auf Transparenten geschrieben waren, richteten sich in erster Linie gegen die

halle in Braunschweig eine Großkundgebung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) statt. Etwa 450 Polizisten nahmen daran teil. Forderungen, die auf Transparenten geschrieben waren, richteten sich in erster Linie gegen die

Arbeitsbedingungen der einfachen Polizisten. „Schluß mit den Almosen für den Schichtdienst“ oder „Wochenende – was ist das?“. Hauptredner der Veranstaltung war Landes- und Bundesvorsitzender der GdP, Schirrmacher. Er stellte u.a. fest, daß die Stellen, die für die Polizei in den Ländern geschaffen wurden, fast alle in den höheren Etagen gelandet seien, nicht aber da, wo es Not täte, bei den Polizisten im Wechseldienst. Im Polizeidienst existiere ein Fehlbestand von 4000 Stellen. Leicht sei es, sagte Schirrmacher, zu kritisieren, daß in einem Mängelbericht „ihm“ ohne „h“ geschrieben sei, wenn man den ganzen Tag nur am Schreibtisch säße und unten rechts sein Zeichen hinsetzen würde, worauf sich die Tätigkeit in den „Chefetagen“ oftmals beschränke. Die Äußerungen, die sich gegen die Schichtarbeit, schlechte Bezahlungen und gegen die höheren Beamten richteten, wurden mit Beifall der Polizisten bedacht. Sicher ist, die Polizisten hätten gern mehr über konkrete Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen gehört.



z.mav. **Mieten von 6,10 bis 6,85 DM je m² sollen 1982 für Wohnungen der Förderjahrgänge 1970–1975 im Durchschnitt gezahlt werden, stellt Wohnungsbauminister Haack im Mietenbericht 1979 fest.** Auch Mieten über 7,00 DM je m², 1979 durch Nachsubventionierungsmaßnahmen von Länderregierungen noch hinausgeschoben, soll es jetzt geben. Seit August 1979 steigen die Mieten für Sozialwohnungen beschleunigt. Schon die beschlossene Erhöhung der Pauschalen für Verwaltungs- und Instandhaltungskosten machen 0,20 DM Erhöhung pro m² aus. Diese Mietsteigerungen etwa durch Bezug von Wohngeld ausgleichen zu können, besteht für die Arbeiter aber keine Hoffnung. Die Masse der Arbeiter überschreitet die niedrigst gesetzte Verdienstgrenze, so daß in der Hauptsache nur an Sozialhilfeempfänger und Rentner (82% der Wohngeldempfänger) Mietzuschuß gezahlt wird.

Durchschnittliches Wohngeld 1978
in DM; in Klammern in % des Einkommens

Haushaltsgröße (Pers.)	Nettoeinkom.	Miete	Wohngeld	selbst zu tragen
1	547	198 (36)	70	128 (23)
2	766	264 (35)	89	175 (23)
3 und 4	1060	376 (36)	106	270 (26)
5 und mehr	1431	461 (32)	133	328 (23)

Nach der 5. Wohngeldnovelle will Haack in Zukunft auch Wehrdienstleistenden und Studenten keine Mietbeihilfe mehr zahlen. Eingeschränkt werden sollen die Zuschüsse an Heimbewohner und „Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft“ leben.

z.acd. **„Es muß ein Ende haben, die Kleinen zu schröpfen und die Großen laufen zu lassen“, schrieb der Opel-Gesamtbetriebsrat gegen Matthöfers Plan, Jahreswagen mit Umsatzsteuer zu belegen.** Der Arbeiter sollte so beim Jahreswagenverkauf wie ein Kapitalist besteuert werden. Belegschaften und Betriebsräte der Autowerke setzten Matthöfer unter Druck. Im Januar mußte schließlich die Länderfinanzministerkonferenz auf Antrag des hessischen Ministers entscheiden, daß allgemein keine Umsatzsteuer auf Jahreswagen erhoben wird.

z.güv. **Arbeitgeber- und Ländervertreter im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung sprechen in ihrer Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht '80, der im April im Bundestag verabschiedet wird, von einer „günstigen Entwicklung der Ausbildungsplatzbilanz 1979“.** Das Angebot an Ausbildungsplätzen übersteige erstmalig seit 1974 die Nachfrage. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen nach, daß 59000 Jugendliche im Berufsgrundbildungsjahr und sog. „berufsvorbereitenden Maßnahmen“ in dieser Bilanz fehlten. Allein nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz seien 110000 Ausbildungsplätze mehr gegenüber 1979 nötig; 55000 seien es von 1978 nach 1979 aber nur gewesen. Weder eine quantitative noch qualitative Verbesserung der beruflichen Bildung sei zu erwarten.

z.doj. **Mit einer verschärften Regreßpflicht der Zahnärzte möchte Sozialminister Ehrenberg die Ausgaben der Kassen für Zahnersatz und Kieferorthopädie senken.** Das hieße, daß den Ärzten, bei denen eine „unwirtschaftliche“ Behandlungsweise vermutet wird, die Vergütung „nach Schätzung“, also ohne genauen Nachweis, gekürzt werden könnte. Die Zahnärzte sollen damit unter Druck gebracht werden, weniger kostenaufwendigen Zahnersatz und Kieferregulierungen vorzunehmen. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung hat dies abgelehnt. Für die nächste Bundesausschußsitzung über die Mantelverträge zwischen Kassen und Zahnärzten am 27.2. wurden Vorschriften über den Gebrauch von billigerem Prothesenmaterial angekündigt.

z.juh. **Bundesminister Ehrenberg hat die Sachbezugsverordnung für 1980 bekanntgegeben.** Sie legt fest, welchen Wert Wohnung, Verpflegung u.a. „Sachbezüge“ haben, wenn der Kapitalist seine Arbeiter teilweise damit entlohnt. Nach dieser Festsetzung bestimmt sich die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge auf den Lohn und entscheiden die Finanzämter über die Höhe der Lohnsteuer. Der in der Verordnung festgelegte Wert von Wohnung, Verpflegung, Heizung und Licht für einen Arbeiter beträgt (nach Bundesländern verschieden) zwischen 350 und 405 DM, 34% davon für Wohnung. §1, (5) der Verordnung: wenn nur „freie“ Wohnung gestellt werde, sei „die Wohnung mit 2,50 DM pro m² monatlich, bei einfacher Ausstattung (ohne Zentralheizung, fließendes Wasser oder Toilette) mit 1,50 DM monatlich zu bewerten“. Die Qualität dieser ministeriell wertgeschätzten Wohnungen liegt offensichtlich weit unter dem Niveau der Sozialwohnungen 1978: „... nur noch 8% (der geförderten Wohnungen) hatten 1978 eine Miete unter 4 DM; 66% ... eine Miete zwischen 4 und 5 DM.“

z.anl. **Der Landesbezirk Bayern der ÖTV hat den Gefangenen in München-**

„Warum eigentlich nicht nach Griechenland?“

Bürgerliche Parteien zum Olympia-Boykott

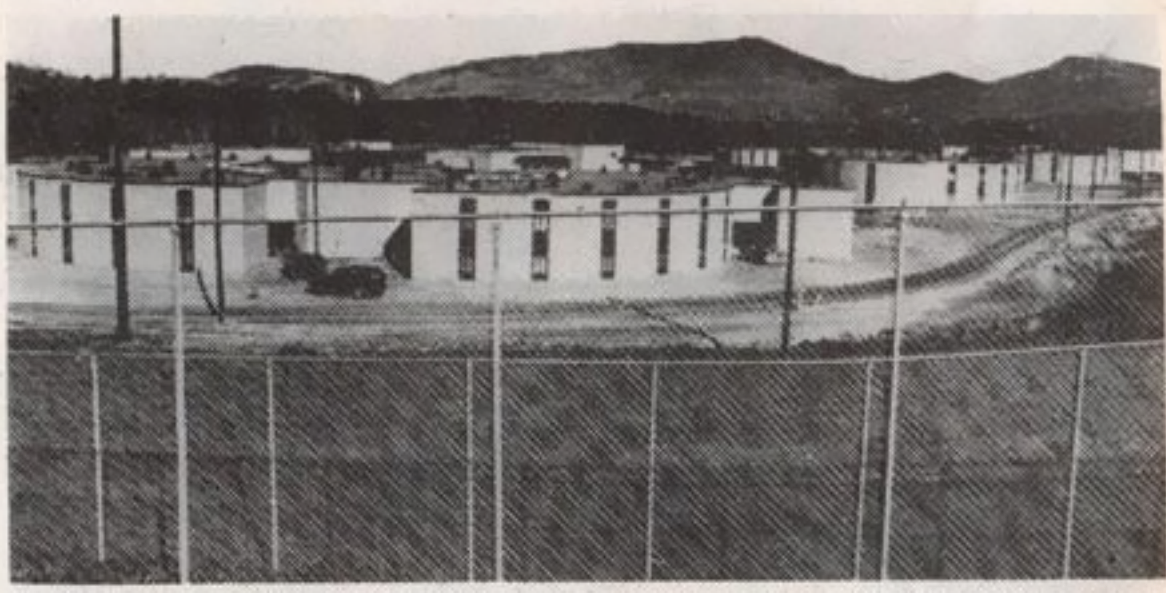
z.jük. Die CDU hatte gleich nach der Carter-Erklärung zum Boykott der Olympischen Spiele in Moskau „Solidarität mit den USA“ gefordert und erklärt, „solange sowjetische Truppen Afghanistan in ihrer Hand halten, ist der Friede in der Welt bedroht ... Deshalb unterstützt die CDU die Haltung des amerikanischen Präsidenten und bittet die zuständigen Gremien des deutschen Sports, auf die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau zu verzichten.“ „Vorschnell“ war die Rüge der CSU dazu, die mittlerweile durch Zimmermann zur Politik der USA erklären ließ: „Aber auch hier ist Solidarität des Westens ein dringendes Gebot ... Die Sowjetunion selbst hat die Charta der Olympischen Spiele verletzt. An der SU ist es daher, durch ihr Verhalten die Spiele wieder möglich zu machen. Sonst ist eine Verschiebung und Verlegung unausweichlich.“ Ähnlich ist die Position der SPD und FDP. Bahr erklärt, man müsse bei der endgültigen Entscheidung über den Boykott „auf Zeitgewinn“ hinarbeiten. Ansonsten werden von der SPD und FDP die Stellungnahmen der Bundesregierung übernommen. Genscher erklärte: „Die Sowjetunion hat die Aufgabe, die Voraussetzungen für die Abhaltung der Olympischen Spiele zu schaffen. Wir erwarten von den USA Solidarität in Berlin, wir werden sie in der Olympia-Frage nicht verweigern. An dieser Haltung wird sich nichts ändern. Der Präsident des Deutschen Sportbundes Willy Weyer hat ein Beispiel gegeben.“ Weyer hat sich für Verschiebung der Spiele ausgespro-

der Olympia-Frage nicht verweigern. An dieser Haltung wird sich nichts ändern. Der Präsident des Deutschen Sportbundes Willy Weyer hat ein Beispiel gegeben.“ Weyer hat sich für Verschiebung der Spiele ausgespro-

chen. Am Freitag hat Genscher in der Bildzeitung geschrieben: „Warum eigentlich nicht nach Griechenland?“

Verschiedene SPD-Bundestagsabgeordnete haben sich strikt gegen einen Boykott ausgesprochen. Bücher (SPD): „Die Olympischen Spiele seien durch den Boykott in ihrem Bestand gefährdet, die USA wären die Totengräber der Olympischen Spiele der Neuzeit, die Autonomie der Sportorganisationen sei gefährdet und die politischen Mittel seien nicht ausgeschöpft.“ Ebenso die Jusos: „Oberster Grundsatz muß sein, die Bundesregierung darf nicht zum Hilfssheriff der Vereinigten Staaten in anderen Gebieten der Welt werden.“ Der Kruppmanager Berthold Beitz hat sich als Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees strikt gegen Verschiebung und Boykott ausgesprochen.

Was kommt in den Stellungnahmen zum Ausdruck? Für die westdeutsche Bourgeoisie und ihre parlamentarischen Vertreter stellt sich das ganze bloß als Frage der Beziehungen zu den beiden Supermächten: kann man weiter lavieren oder muß man sich ohne Wenn und Aber an die Seite der USA stellen. Was ist günstiger? Für die Arbeiterbewegung stellt sich die Frage des Boykotts der Olympischen Spiele als Bündnis zwischen Arbeiterklasse in den imperialistischen Kernländern und Dritter Welt. Das heißt Boykott, solange die Sozialimperialisten Afghanistan besetzt halten, und kein Lavieren gegenüber den Supermächten oder Unterwerfung unter die USA. Und: bedingungslose Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker Afghanistans.



Das Olympiadorf in Lake Placid ist mit doppeltem Zaun und Überwachungsanlagen als Gefängnis für mindestens 500 Mann gebaut



Das Olympiadorf in Lake Placid ist mit doppeltem Zaun und Überwachungsanlagen als Gefängnis für mindestens 500 Mann gebaut

SPD-Präsidium beschließt Rentenkürzungsprogramm der Wehner-Kommission

z.gab. In der vergangenen Woche hat die Wehner-Kommission ihre Vorschläge zu einem „sozialpolitischen Programm“ der SPD vorgelegt, auf dessen Grundlage die „große Rentenreform 1984“ über die Bühne gebracht werden soll. Der Kern neben Teilhaberente, Anrechnung der Kindererziehung und Mindestrente ist die Einführung eines gestaffelten Krankenversicherungsbeitrags für Rentner. Sogleich hat Bundeskanzler Schmidt die „Arbeit der Kommission“ gewürdigt.

Nützlich ist es, sich das Ehrenbergsche Rentenkürzungsprogramm der vergangenen Jahre nochmal ins Gedächtnis zu rufen. Mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz (RAG) hatte die Bundesregierung die Renten ab 1.6.1977 bruttolohnbezogen um 9,9% erhöht und gleichzeitig die nächste Rentenanpassung von Juni 1978 auf Januar 1979 verschoben. Man weiß um die Auswirkungen der auf 13 Monate verlängerten Laufzeiten bei den Tarifvereinbarungen in den vergangenen Jahren, um diese Rentenkürzung zu ermessen. Mit dem 21. RAG wurden nun die um ein halbes Jahr verschobenen Rentenerhöhungen nicht mehr auf den Bruttolohn, sondern auf den Nettolohn bezogen – statt einer Rentenerhöhung von 7,2% im Jahr 1979 auf 4,5% beschränkt (so Ehrenberg in der Bundestagsdebatte um das 21. RAG am 8.6.78) und auch für die Jahre 1980 und 1981 auf jeweils 4% festgesetzt. Ein Krankenversicherungsbeitrag für Rentner ab 1982 wurde ebenfalls bereits im 21. RAG beschlossen, der von den Rentnern „individuell erhoben“ aber „weitgehend belastungsneutral“ zu gestalten sei. Ein Vorschlag war, die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung 1982 zusätzlich zur dann fälligen Rentenanpassung einmalig um rund 11,7% – eben den Krankenversicherungsbeitrag – zu erhöhen und sodann von den „Gesamteinkünften“ des Rentners wieder 11,7% als Krankenversicherungsbeitrag abzuziehen. Die Einführung eines vollen Krankenversicherungsbeitrags auf alle zusätzlichen Versorgungen und Betriebsrenten im Klartext. Welche „anderen einkommenersetzenden Leistungen“ neben der gesetzlichen Rente im einzelnen in diese „Gesamteinkünfte“ eingerechnet werden sollen, ebenso wie die Höhe des Krankenversicherungsbeitragssatzes, blieb bis heute einer noch nicht verkündeten Verordnung vorbehalten. Die „Sanierung der Rentenfinanzen“ und die „Überversorgung“ der Rentner, deren Einkommen wegen der Steuerbelastungen bei den Löhnen seit Jahren stärker als die Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten angestiegen, waren Ehrenbergs Begründung für diese Rentenkürzung.

Zur sogenannten Überversorgung der Rentner des öffentlichen Dienstes – seit 1975 versucht der öffentliche Dienstherr vergeblich die tarifvertraglich vereinbarte Zusatzversorgung drastisch zu kürzen – erklärte die Gewerkschaft ÖTV in einer im Dezember herausgegebenen Broschüre: „Zur Überversorgung ist es nicht durch Vereinbarungen gekommen, sondern durch die ständig steigenden Belastungen der Arbeiter und Angestellten.“ Nicht die Renten sind zu hoch, sondern die Nettolöhne und -gehälter der Arbeiter und Angestellten zu niedrig.

Der jetzt vorliegende Vorschlag der Wehner-Kommission wurde am vergangenen Dienstag vom SPD-Präsidium gebilligt. Vorgesehen ist darin angeblich die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rentenanpassung auf einem durch das 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz freilich kräftig gesenkten Renteniveau. Um die Renten künftig im „Gleichschritt“ mit den Löhnen und Gehältern steigen zu lassen, schlägt Wehner vor, von der bruttolohnerhöhten Rente künftig einen in „mehreren Jahresstufen einzuführenden Krankenversicherungsbeitrag“ wieder abzuziehen, was einer nettolohnbezogenen Rente gleichkäme.

Das afghanische Abenteuer kommt die Sozialimperialisten teuer zu stehen

z.hku. „Wenn alle Anzeichen der Aggression verschwunden sind“, würde die Sowjetunion an den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan denken, hat ihre Marionette Karmal erklärt; die sowjetischen Diplomaten verbreiten hier und da, unter „bestimmten Umständen“ sei ein Teilabzug vorher denkbar. Inzwischen werden die Besatzertruppen, die dem stellvertretenden Verteidigungsminister Sokolow direkt unterstellt wurden, weiter aufgestockt und wird Tag und Nacht schweres Gerät über die sowjetisch-afghanische Grenze geschafft. U.a. Panzer T 72 und Helikopter MI 24, „fliegende Panzer“, ausgerüstet mit speziellen Suchgeräten für den *Nachtflug*.

Die Hauptkräfte der Interventionstruppen sind nach wie vor um die größeren Städte konzentriert und dort soweit gebunden, daß sie das Land außerhalb der großen Verkehrswege nicht kontrollieren. Sie führen gegenwärtig den Krieg vor allem aus der Luft, nach der US-Methode „search and destroy“, Suche mit Hubschraubern, Bombardement der Menschen, Dörfer, Herden mit MIG-Jägern. Das Zentrum des Widerstandskrieges des afghanischen Volkes liegt gegenwärtig vor allem im Nordosten des Landes, in den Provinzen Badakhshan, Baghlan und Konar, dessen Hauptstadt Jalalabad von den Befreiungskämpfern eingeschlossen ist. Im westlichen Zentralland wird die Eroberung der Hauptstadt der Provinz Uruzgan vorbereitet. Die Befreiungsorganisationen der „Islamischen Allianz“ haben offensive Schläge gegen die Besatzertruppen angekündigt, sobald das Wetter es erlaubt. Schmilzt der Schnee, werden sie auch in den Bergen höher steigen können als die Helikopter und diese von oben bekämpfen können.

Die Verluste der sozialimperialistischen Besatzertruppen werden auf 500 jede Woche geschätzt; Tote und Verletzte werden in aller Stille in die SU gebracht, da in der sowjetischen Presse nach wie vor die Verwicklung ihrer Truppen in Kämpfe geleugnet wird. Es gibt ernste Sorgen mit der Moral der
Truppen in Kämpfe geleugnet wird. Es gibt ernste Sorgen mit der Moral der
Truppe, die möglichst aus den Städten herausgehalten wird, sicherheitshalber. Die muslimischen Soldaten aus den zentralasiatischen Republiken – mitgebracht, um Vertrauen zu erwecken – sind ausgetauscht worden gegen Russen, die sich mit den Afghanen nicht verständigen können.

Die städische Bevölkerung wendet wirkungsvolle Formen des politischen Kampfes an. In Herat waren die Basare 10 Tage lang geschlossen. Trotz Androhung einer Geldstrafe von 40 DM täglich für jeden Händler streikten die Basare in Kandahar. Die Volksmassen versammelten sich auf den Dächern der Häuser und riefen Parolen, um die Feinde zu zermürben, eine in der iranischen Revolution erprobte Kampfform. Kommen die Besatzer einzeln in die Städte, werden sie angegriffen.

Mit den sowjetischen Truppen sind weitere „Berater“ gekommen, die die Verwaltung des Landes übernommen haben. Die Basis, die die Sozialimperialisten und ihre Marionetten im Staatsapparat und in der Armee gehabt haben mögen, wird von Tag zu Tag schmaler, nur noch gewaltsam zusammengehalten. In der vergangenen Woche haben afghanische Regierungstruppen der Garnison Cargha bei Kabul sich erhoben und wurden von den Russen mit Panzern und Artillerie angegriffen; in der Provinz Takhar sind 1000 Afghaner übergelaufen, die übrigbleibenden entwaffneten die Russen lieber gleich oder steckten sie in gemischte Verbände unter ihrem Kommando. Je geeinter sich das afghanische Volk gegen die Besatzer erhebt, desto hektischer werden die Bemühungen Karmals um eine „Öffnung“ und „Versöhnung“ im Land.

In den Ländern, die die Sozialimperialisten bereits seit langem unter ihrem Militärstiefel halten und die sie für ihre Expansion plündern, wachsen die Widersprüche zu den imperialistischen Abenteuern der Sowjetunion, die diese Länder in eine bedrohliche Konfrontation zwischen den beiden Supermächten hineinziehen.

Regierung und revisionistische Partei *Polens* haben eine gute Woche gewartet, ehe sie sich überhaupt zur afghanischen Angelegenheit geäußert haben. In der Presse, die meist nur fremde Berichte übernimmt, ist bis heute die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan nur indirekt erwähnt, niemals unterstützt worden. Auf dem Parteitag der PVAP hat Gierek ihre Haltung zusammengefaßt: „Voller Hoffnung begrüßen wir die Rückkehr zu den Idealen der antifeudalen und antiimperialistischen Aprilrevolution in Afghanistan. Wir sind solidarisch mit den Werktätigen und allen progressiven Kräften Afghanistans in deren Bestrebungen, der Einmischung der Kräfte der Reaktion *von innen* (Hervorheb. von uns) ein Ende zu setzen.“ Gleichzeitig hat Gierek die Einberufung einer „Entspannungskonferenz“ nach Warschau vorgeschlagen. Suslow, Leiter der sowjetischen Delegation auf dem Parteitag, hat diesen Vorschlag Giereks nicht aufgegriffen.

schlag Giereks nicht aufgegriffen.

Auch die *ungarischen* Revisionisten haben lange geschwiegen und sich auf die Wiedergabe der Stellungnahmen anderer beschränkt. Erst am 10.1. hat der Ministerrat in einer Sondersitzung die „neue afghanische Regierung begrüßt“. Im folgenden hat die ungarische Regierung beschworen, daß die USA zwar „antisowjetische, aber keine antiungarischen Maßnahmen“ ergriffen haben, und daß Carter die Abkommen mit Ungarn einhalten werde.

Castro, der derzeit Vorsitzender der Blockfreienbewegung ist, ist durch die sowjetische Aggression in arge Schwierigkeiten geraten, die ihn sogleich den angestrebten Sitz im UN-Sicherheitsrat gekostet haben. In der kubanischen Presse, die wie das englischsprachige ZK-Organ „Granma weekly“ für die Dritte Welt schreibt, wird die Anwesenheit der Besatzertruppen nicht erwähnt. In seiner Botschaft an die UNIDO hat Castro erklärt: „Die Vorgänge in Afghanistan haben an dramatischer Bedeutung zugenommen. Sie beunruhigen jeden, der auf der Basis der Rechte eines Volkes – Souveränität, Integrität und Unabhängigkeit – Frieden wünscht.“

Der sowjetische Außenminister Gromyko hat in den vergangenen Wochen mehreren mit der Sowjetunion verbundenen Staaten öffentliche Unterstützung abhandeln und abpressen wollen. Er hat sie in Syrien nicht bekommen, er hat sie trotz massiver Drohungen in Rumänien nicht bekommen, und er hat sie auch in Indien nicht bekommen. Unter dem Eindruck der Verurteilung der sozialimperialistischen Abenteuer durch die Dritte Welt hat die indische Regierung den Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan verlangt, und, da die Sozialimperialisten dazu nicht bereit sind, auf eine gemeinsame Erklärung verzichtet. Der irakische Staatschef Hussein hat den Vorschlag einer „panarabischen Neutralitäts-Charta“ gemacht, mit der „alle fremden Truppen und Militärstützpunkte von arabischem Boden verbannt werden sollen“.

verbannt werden sollen“.


Huang Hua, Außenminister der VR China, traf bei seinem Besuch in Pakistan auch mit afghanischen Stammesführern in einem Flüchtlingslager zusammen.


Afghanistan verfügt über keine Eisenbahnlinie und keine Binnenschiffahrt. Das Angebot der Sowjetunion, Straßen zu bauen, die Anschluß an das sowjetische Eisenbahn- und Schiffahrtsnetz bieten und die Entwicklung Afghanistans erleichtern, war das erste Einfallstor der Sozialimperialisten.

25 Jahre sowjetische Entwicklungshilfe zur Einverleibung Afghanistans

1955 – 65 Die sowjetischen Revisionisten, die 1956 die Macht antraten, konnten bei ihrer Infiltration Afghanistans die guten Beziehungen nutzen, die das Land immer zur revolutionären Sowjetunion gehabt hatte; Beziehungen, die ihm geholfen hatten, seine Unabhängigkeit zu verteidigen. So hatte die königliche Regierung keine Bedenken, seit dem II. Weltkrieg ihre Armee mit sowjetischen Waffen auszurüsten. 1959 nimmt die Infiltration bereits systematischen Charakter an mit dem Bau einer für Panzer benutzbaren Straße von Kuschka (Anschluß an die sowjetische Eisenbahn) über Herat nach Kandahar, 678 km lang, jeder Kilometer kostet 205000 $. Der Bau der Panzerstraße war den Revisionisten so wichtig, daß sie nur 20% der Bausumme Afghanistan in Rechnung stellten. Bei Herat wird gleichzeitig ein Militärflughafen gebaut, Treibstofflager werden angelegt, 1963 sind es schon ein Dutzend. Schon 1955 war eine Straße vom Hafen Scher Chan, am gemeinsamen Grenzfluß Amu Darja, nach Kabul gebaut worden. Durch den Bau des Salangtunnels verkürzte sich die Strecke um 190 km. Die Sowjetunion deckte zu 70% den Treibstoffbedarf Afghanistans und mit anderen Ostblockländern lieferte sie 60% der LKWs. – Ebenfalls 1957 begannen die Probebohrungen nach Gas. Von der 1963 aufgenommenen Gasgewinnung
Probebohrungen nach Gas. Von der 1963 aufgenommenen Gasgewinnung
von 2 Mrd. m³ ging die Hälfte in die Sowjetunion. Die Regierung Afghanistans wollte das Land elektrifizieren, die SU bietet prompt ihre Hilfe an. Unter Anleitung und mit sowjetischem Kredit werden mehrere Kraftwerke errichtet: Pul i Khmiri mit 9 Megawatt, ein Kraftwerk bei Jalalabad mit 11, Naglu mit 67 und ein weiteres Kraftwerk mit 14 Megawatt. – Des weiteren werden eine Kfz-Werkstatt, eine Brotfabrik, zwei Mühlen, ein Speicher, die Gasleitung zur Sowjetunion fertiggestellt und der internationale Flughafen von Kabul errichtet. Der Handel zwischen Afghanistan und der SU verfünffachte sich bis 1963 auf 69 Mio. Rubel. Die SU lieferte vorwiegend Anlagen, Maschinen und Baumaterial, Afghanistan dafür Baumwolle und Karakulfelle (Persianer). Über 400 Mill. $ gaben die Sozialimperialisten zur Ankurbelung des Geschäfts aus.

1956 – 74 Über die Ausbildung von Fachleuten versuchten die Sozialimperialisten weiteren Einfluß auf die inneren Verhältnisse Afghanistans zu nehmen. Mit ihrer Unterstützung wurden eine polytechnische Hochschule und zwei Fachschulen mit je 1200 Plätzen gebaut, für Afghanistan eine bedeutende Steigerung, denn 1963 konnte die einzige Hochschule des Landes, in Kabul, nur 2500 Plätze zur Verfügung stellen. Daneben gab die SU großzügig jährlich etwa 200 Stipendien. Von 1955-1975 wurden in Schulen und Betrieben, die mit sowjetischem Kapital errichtet wurden und an denen sowjetische Ausbilder tätig waren, ca. 60000 Facharbeiter und 11000 Fachleute für die Landwirtschaft ausgebildet. – In der Landwirtschaft legten die Sozialimperialisten ihr Geld profitabel an. In der Gegend von Jalalabad, die sich für den Anbau subtropischer Früchte eignet, bauten sie einen 70 km langen Kanal und errichteten zwei Staatsfarmen, deren gesamte Ernte an Zitrusfrüchten und Oliven 1974 z.B. an die SU ging. Bis 1974 erreichte die SU einen Anteil von 40% am gesamten Außenhandel Afghanistans.

1975 – 77 Afghanistan mußte 1975 um Zahlungsaufschub für seine Kreditrückzahlungen an die Sowjetunion bitten, da es zahlungsunfähig war. Die Sozialimperialisten stimmten zu. Bisher hatte ein Preisprotokoll den Zustrom billiger Waren aus der SU noch behindert, es wurde aufgehoben. Im
strom billiger Waren aus der SU noch behindert, es wurde aufgehoben. Im
selben Jahr stieg der Handel sprunghaft an, von 79 auf 122 Mio. Rubel, es wurden 33 weitere Projekte, diesmal vorwiegend im Fernmeldebereich, vereinbart. Im Handelsabkommen von 1976 mußte sich Afghanistan verpflichten, festgelegte Kontingente über 5 Jahre hinweg zu liefern, bei einem geplantem Handelszuwachs von 65%.

April 1978 Die Regierung Daud versuchte, sich aus der sozialimperialistischen Umklammerung zu lösen, worauf sie im April 78 durch einen Militärputsch beseitigt wurde. Die Sozialimperialisten planten vor allem einen großangelegten Zugriff auf die Bodenschätze Afghanistans. Bereits 1977 hatten sie mit dem Bau einer Straße zu den über 3 000 m hoch gelegenen Eisenerzlagerstätten begonnen, die eine Ausbeute von 1,8 Mrd. t mit einem Fe-Gehalt von 61% versprechen und im Tagebau gewonnen werden können. Für das Jahr 1980 war auch die Errichtung einer Kupferhütte projektiert gewesen.

Stadelheim geantwortet. Zu den in der Petition an Landtag und DGB aufgestellten Forderungen erklärt die ÖTV, der augenblickliche Satz des Arbeitslohnes müsse unbedingt, könne aber nur erhöht werden auf der im Gesetz festgelegten Grundlage und zum dort genannten Zeitpunkt (31.12.1980). Weiter sagt sie die Veröffentlichung zusammen mit ihrer Antwort in den Nachrichten der Abteilung Justizvollzug zu. Weitere 53, insgesamt 110 Gefangene haben die Petition unterschrieben mit den Forderungen nach Aufhebung des 23-Stunden-Einschlusses und anderen Verbesserungen der Haftbedingungen, Anpassung an die Tariflöhne der jeweiligen Branche, Mindeststundenlohn von 2 DM sofort, Recht auf geheime Wahl von Gefangenensprechern. 17 Mitglieder der Fachschaftsinitiative Jura der Universität München haben die Forderungen der Gefangenen am 11.2. unterstützt.

z.alk. **Krauss-Maffei entwickelt Schnee- und anderes Räumgerät für Berge- und Pionierpanzer.** Bei der Schneeräumung mit Panzern im letzten Winter mußte die Erfahrung gemacht werden, daß die Ausrüstung dafür denkbar schlecht ist. Die Vorstellung, daß der Panzer, statt Barrikaden u.ä. zu *durchbrechen*, sie bloß vor sich *herschieben* kann und schließlich darin stecken bleibt, hat jetzt die Krauss-



Maffei AG veranlaßt, Räumgeräte für Berge- und Pionierpanzer herzustellen. „Der nächste harte Winter kommt bestimmt“, beklagt der „Stern“ das „Kompetenzdickicht der Bürokraten“, die bislang den Ankauf verhinderten.

z.rua. **In Scharen laufen der F.D.P. die Wähler weg und wählen Grünes, Buntes, Alternatives.** Um sie rechtzeitig vor den Bundestagswahlen wieder einzufangen, hat sie Ende Januar mit ihrem Entwurf für ein Wahlprogramm die vom Parteitag 1978 geforderten „Liberalen Thesen zur Stärkung des freiheitlichen Rechtsstaates“ veröffentlicht. Die Überprüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst soll auf das „unverzichtbare Maß“ reduziert werden. Bei jährlich 500000 Überprüfungen geht einem der eine oder andere durch die Lappen. Es muß also effektiver geprüft werden, fordert die F.D.P. Differenziert werden soll zwischen den Funktionen im öffentlichen Dienst und ob jemand Beamter werden will oder nicht; zwischen dienstlichem und außerdienstlichem Verhalten. Eingestellt werden sollen überprüfte Bewerber, die verfassungswidrige Handlungen vor Vollendung des 18. Lebensjahres begangen haben. Ein Großteil der jetzigen Wähler von Grünem und sonstigem Farbigen hat sich in jugendlichem Alter an den demokratischen Kämpfen des Volkes beteiligt, dann aber von der Bourgeoisie einfangen lassen und strebt heute in die Beamtenlaufbahn. Gegen diejenigen, die der Arbeiterbewegung nicht in den Rücken gefallen sind, soll härter durchgegriffen werden. Die F.D.P. fordert die Überprüfung durch den Verfassungsschutz „in unverzichtbarem Maß“ auch im „nichtöffentlichen Dienst“.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 – 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876 – 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.ped. **Fusion Bremer Vulkan – AG Weser?** „Die Kapazitäten im Bremer Raum sollten durch Zusammengehen der Großwerften AG Weser und Bremer Vulkan konzentriert und auf ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit gebracht werden", so das Werftgutachten der Bundesregierung von 1970. Seit dieser Zeit gibt es immer wieder Gerüchte von kurz bevorstehenden Fusionen beider Werften. Wie seitens des imperialistischen Staatsapparates die Fusion wünschenswert ist, so ist seitens der einzelnen Werftkonzerne (Thyssen-Bornemisza sowie Krupp) die Frage wer wen entscheidend. Gegenwärtig scheint ökonomisch Bornemisza mit dem Vulkan gut, besser als die Krupp-eigene AG Weser (Handelsblatt: „Schlußlicht der fünf Großwerften") dazustehen. Andersherum ist der Kruppkonzern wesentlich kapitalkräftiger. Schon möglich, daß jetzt in der Krise entschieden werden kann, wer wen schluckt. Für die Arbeiter beider Werften kann eine Fusion nur Massenentlassungen bedeuten: Die Produktionsstruktur ist identisch und in einem Konzern unökonomisch. Durchsetzung von Einschränkungen des bereits erreichten „Höchstmaßes an Leistungsfähigkeit" durch Akkord- und Programmlohnsysteme ist dringlich angesichts der Fusionsgerüchte.

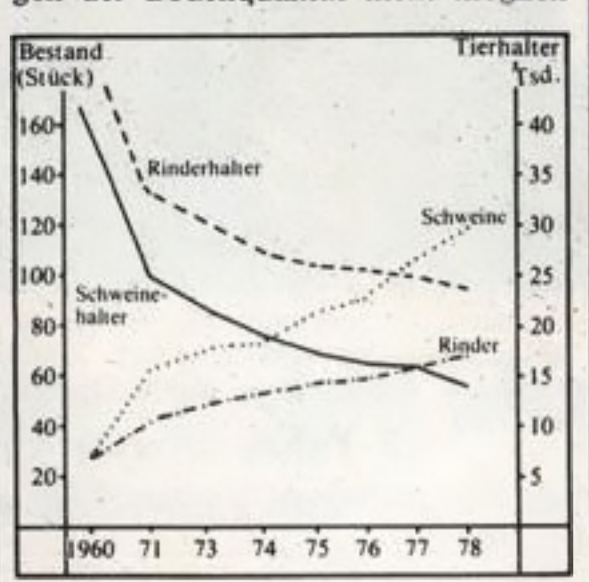
b.pet. **Seit Mitte 79 diskutieren Kapitalisten, Berufsgenossenschaften, Behörden und Gewerkschaften den Entwurf der neuen Hafensicherheitsverordnung (HSVO).** Die Kapitalisten fürchten Nachteile, daß durch „in der Praxis unerfüllbare Auflagen, aufgesplitterte Zuständigkeiten und bürokratische Verfahren" die „Wettbewerbsfähigkeit unseres Hafens" gefährdet sei. Ca. ⅓ der Im- und Exportwaren für die BRD, die über den Hamburger Hafen umgeschlagen werden, sind Chemikalien und andere gefährliche Waren. Was stört die Kapitalisten an dem Entwurf der neuen HSVO? – Alle gefährlichen Waren, die im Hafen umgeschlagen werden, sind 48 Stunden vorher anzumelden. – Der Umgang mit gefährlichen Gütern darf nur unter Aufsicht einer verantwortlichen Person vorgenommen werden. Das kann ein Hafenarbeiter sein, evtl. mit zusätzlichem Lehrgang. Er wird zur Rechenschaft gezogen, wenn etwas passiert ist oder wenn er ablehnt, mit mangelhaften Sicherheitseinrichtungen zu arbeiten. – Treten beim Umschlag gefährlicher Güter Mängel an den Umschlagseinrichtungen auf oder werden Verpackungen beschädigt, so muß die Arbeit eingestellt werden. Wenn der Entwurf so bleibt, kann er für die Hafenarbeiter nützlich sein. Bei der Arbeit mit gefährlichen Gütern sollten die Arbeiter auf jeden Fall den Betriebsrat einschalten, damit er mit dafür sorgt, daß die Kapitalisten die Vorschriften einhalten.

keit unseres Hafens" gefährdet sei. Ca. ⅓ der Im- und Exportwaren für die BRD, die über den Hamburger Hafen umgeschlagen werden, sind Chemikalien und andere gefährliche Waren. Was stört die Kapitalisten an dem Entwurf der neuen HSVO? – Alle gefährlichen Waren, die im Hafen umgeschlagen werden, sind 48 Stunden vorher anzumelden. – Der Umgang mit gefährlichen Gütern darf nur unter Aufsicht einer verantwortlichen Person vorgenommen werden. Das kann ein Hafenarbeiter sein, evtl. mit zusätzlichem Lehrgang. Er wird zur Rechenschaft gezogen, wenn etwas passiert ist oder wenn er ablehnt, mit mangelhaften Sicherheitseinrichtungen zu arbeiten. – Treten beim Umschlag gefährlicher Güter Mängel an den Umschlagseinrichtungen auf oder werden Verpackungen beschädigt, so muß die Arbeit eingestellt werden. Wenn der Entwurf so bleibt, kann er für die Hafenarbeiter nützlich sein. Bei der Arbeit mit gefährlichen Gütern sollten die Arbeiter auf jeden Fall den Betriebsrat einschalten, damit er mit dafür sorgt, daß die Kapitalisten die Vorschriften einhalten.

b.elh.Hamburg. **Über das Arbeitsgericht ist entschieden worden, daß Elisabeth Hartmann weiterhin als Schulschwester beschäftigt und bezahlt werden muß.** Während die Barmbeker Krankenhausleitung Unterrichtsverbot und Änderungskündigung mit der Behauptung begründen wollte, E.H. hätte Schüler ungünstig beeinflußt, daß bei ihnen eine negative Einstellung zum Beruf entstanden sei, ließ der Rechtsvertreter der Gesundheitsbehörde vor Gericht die wahren Gründe des Dienstherrn heraus. Es ist schwer für die Gesundheitsbehörde, ihre Interessen durchzusetzen, wenn sich Unterrichtsschwestern auf die Seite der Schüler stellen. Vorwürfe des Dienstherrn gegen E.H.: das Eintreten gegen Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler, „zu gute" Beurteilungen über Schüler, zu starkes Eingehen auf Schülerwünsche.

r.trh. Westberlin. **4 Tage streikten die Setzer und Metteure der Mercator-Druckerei.** „Tagesspiegel" und „Abend" erschienen mit Notausgaben. Anlaß war eine willkürliche Kürzung der Löhne und Gehälterzahlungen der Betriebsräte, teilweise bis zu 1000 DM. Der Betriebsleiter begründete sein dreistes Vorgehen mit zu häufigen und zu langen Betriebsratssitzungen. Der Streik erwirkte die Wiederaufnahme der Lohn- und Gehaltszahlungen bis zu einer gerichtlichen Klärung. Die Betriebsräte sehen den Grund für Maiers Vorgehen in dem Widerstand der Belegschaft gegen die Einführung neuer Techniken.

b.thc. **Von 39988 auf knapp 35000 fiel die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, von 34000 auf 24000 die der Rinderhalter und von 25000 auf 14000 die der Schweinehalter von 1971 bis 1978.** Beim Milchvieh (ca. 45% des Rinderbestandes) – die Betriebsgröße stieg von 16 auf 26 Stück pro Betrieb – wirkt sich die EG-Agrarpolitik mit Nichtvermarktungsaktionen besonders aus: Kleinere Bauern versuchen über Abschlachtprämien aus den Schulden herauszukommen und geben dann auf, weil eine Umrüstung auf Marktfrüchte oder z.B. Schweinemast entweder wegen der Bodenqualität nicht möglich



oder zu teuer ist. Viele Schweinehalter können die erheblichen Schwankungen der Marktpreise nicht verkraften und sind so gezwungen, die Schweinemast aufzugeben.

b.uwz. **Die Auszubildenden von AEG N4 in Hamburg haben die AEG Kapitalisten zu einer Betriebsvereinbarung gezwungen, alle Fahrgelder über 21 DM (durchschnittl. 40 DM) zu zahlen.** Betriebsrat und IG Metall haben diese Forderung der letzten Jugendversammlung unterstützt. Viele Redebeiträge der Auszubildenden haben die Einheit gegen die Geschäfts- und Ausbildungsleitung unterstrichen. Es wird sich für die Interessen der AEG Jugend bei den zur Zeit laufenden Manteltarifverhandlungen für Auszubildende als nützlich erweisen, die Forderung der IG Metall „vollständige Erstattung aller Fahrkosten" zu erkämpfen.

r.hei. **Unter der Schlagzeile „Gewinn sinkt über 9%" wird im Bauernblatt über die Pressekonferenz der Landwirtschaftskammer berichtet, wo Graf Rantzau einen Bericht über die Einkommenslage der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaft gab.** Die angeführten Zahlen sind aber kaum geeignet, um Klarheit zu schaffen. Die Gewinnentwicklung des Gesamtbetriebes wird überhaupt nicht dargestellt, nur bezogen auf einen Hektar oder eine Familienarbeitskraft (Fam.AK). Wie immer, wird nur von buchführenden Betrieben ausgegangen, obwohl es meist gerade die kleinen, nicht buchführenden Betriebe sind, denen es dreckig geht. Außerdem wird nur mit Durchschnittszahlen gerechnet. Der Agrarbericht 1979 weist aber aus, daß das Durchschnittseinkommen zweieinhalb mal so hoch ist wie das der Betriebe im unteren Einkommensviertel, das Einkommen der Betriebe im oberen

bei den zur Zeit laufenden Manteltarifverhandlungen für Auszubildende als nützlich erweisen, die Forderung der IG Metall „vollständige Erstattung aller Fahrkosten" zu erkämpfen.

r.hei. Unter der Schlagzeile „Gewinn sinkt über 9%" wird im Bauernblatt über die Pressekonferenz der Landwirtschaftskammer berichtet, wo Graf Rantzau einen Bericht über die Einkommenslage der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaft gab. Die angeführten Zahlen sind aber kaum geeignet, um Klarheit zu schaffen. Die Gewinnentwicklung des Gesamtbetriebes wird überhaupt nicht dargestellt, nur bezogen auf einen Hektar oder eine Familienarbeitskraft (Fam.AK). Wie immer, wird nur von buchführenden Betrieben ausgegangen, obwohl es meist gerade die kleinen, nicht buchführenden Betriebe sind, denen es dreckig geht. Außerdem wird nur mit Durchschnittszahlen gerechnet. Der Agrarbericht 1979 weist aber aus, daß das Durchschnittseinkommen zweieinhalb mal so hoch ist wie das der Betriebe im unteren Einkommensviertel, das Einkommen der Betriebe im oberen
Viertel ist sogar mehr als sieben mal so hoch! Nach dem Bericht der Landwirtschaftskammer gerechnet würde sich das Durchschnittseinkommen je Fam.AK von 30978 DM in Wirklichkeit zwischen 12000 und 86000 DM bewegen. Der Unterschied zwischen der Gruppe der Kleinbetriebe (unter 30000 DM Standartbetriebseinkommen) und den größeren Betrieben (über 50000 DM Stbeink.) reicht im Agrarbericht sogar von 5100 DM bis 78000 DM, das ist das 15-fache!! Auch wenn der Bericht einen Einkommensrückgang zugibt, so verschleiert er die Tatsache, daß die Großen trotzdem ihren Reibach machen werden, während es den kleinen Bauern direkt an den Kragen geht. Hieraus läßt sich auch erklären, daß sich die Mehrzahl der kleinen Bauern durch die Forderung des Bauernverbandes von 7,9%, die ja auch nur auf Durchschnittsberechnungen beruht, überhaupt nicht vertreten fühlt.

b.suk. **Der Examenskurs der Allgemeinen Krankenpflegeschule des AK Heidberg konnte den geforderten Extrablock durchsetzen.** Der Personalrat unterstützte den Brief der Auszubildenden (KVZ 6/80) und schickte ihn mit einem Zusatzschreiben an die Gesundheitsbehörde. Kurz darauf wurde dem zehntägigen Extrablock von der Schulleitung zugestimmt. Inzwischen hat ein weiterer Dozent angekündigt, daß er noch Stunden braucht, will er den vorgeschriebenen Stoffplan einhalten. Die Auszubildenden haben den Lehrplan überprüft und eine erneute Rechnung aufgestellt mit dem Ergebnis, daß zu dem Extrablock ein zweiter Schultag mit sechs Stunden bis zum schriftlichen Examen her muß. Um es nicht auf einen weiteren Brief an die Oberin und den Personalrat ankommen zu lassen, will die erste Schulschwester die Forderung sofort auf ihre Berechtigung überprüfen.

Bundesregierung bestätigt Verbot von Verteilung von Gewerkschaftsflugblättern

r.acm. Im Juni 1979 haben die ÖTV-Vertrauensleute der Oberfinanzdirektion (OFD) Münster einen Fragebogen zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Klimaanlage erstellt. Dies deshalb, weil sich Beschwerden der Beschäftigten über die Klimaanlage häuften, die durch ihre Mängel auf die Gesundheit der Beschäftigten schlug. Der Fragebogen sollte dazu dienen, die Meinung der Beschäftigten zu erfassen, um dann Maßnahmen gegen die Mängel durchführen zu können. Der Fragebogen wurde von den Vertrauensleuten innerhalb der Oberfinanzdirektion an die Beschäftigten verteilt.

Als der Präsident der OFD, Chronz, die Sache spitz gekriegt hat, wurde den Vertrauensleuten der ÖTV die Verteilung der Flugblätter verboten. Das Verbot selbst hat auf die Verteilung keine Auswirkung mehr gehabt, da mittlerweile alle Fragebogen verteilt waren. Nach Aussage der ÖTV wurde die Aktion von den Beschäftigten begrüßt und konnten mittels der Erhebung über den Fragebogen Maßnahmen gegen die schlechte Lage bei der Klimaanlage eingeleitet werden.

Jetzt kam es Ende Januar zu einer Parlamentarischen Anfrage eines Abgeordneten von der SPD im Bundestag. Er fragte erstens, ob der Bundesregierung das Verbot der Flugblattverteilung durch den Oberfinanzdirektor bekannt sei, und dann: „Billigt die Bundesregierung das Vorgehen des Präsidenten der OFD Münster, das im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu Fragen der Informations- und Werbearbeit der Gewerkschaften im Betrieb steht?" Darauf Dr. Böhme, Parl. Staatssekretär: „Der Bundesregierung ist der Sachverhalt erst durch ihre Anfrage ... bekanntgeworden. Der Oberfinanzpräsident hat sich auf die Unterrichtung des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen beschränkt. Das Finanzministerium Nordrhein-Westfalen hat seine Entscheidung ausdrücklich gebilligt. Die Entscheidung des Oberfinanzpräsidenten war rechtmäßig. Nach § 2 Abs. 2 des Bundespersonalvertretungsgesetzes steht den Gewerkschaften nur nach Unterrichtung des Behördenleiters ein Recht auf Zugang zur Dienststelle zu. Das Recht ist außerdem begrenzt auf bestimmte Aufgaben und Befugnisse im Zusammenhang mit der Arbeit der Personalvertretung. Die Informations- und Werbearbeit der Gewerkschaft ist durch diese Begrenzung nicht berührt worden und wird auch im vorliegenden Fall nicht beeinträchtigt. ..."

Im § 2 Abs. 2 des Bundespersonalvertretungsgesetzes heißt es: „Zur Wahrnehmung der in diesem Gesetz genannten Aufgaben und Befugnisse der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften ist deren Beauftragten nach Unterrichtung des Dienststellenleiters oder seines Vertreters Zugang zu der Dienststelle zu gewähren, soweit dem nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Dienstablaufs, zwingende Sicherheitsvorschriften oder der Schutz von Dienstgeheimnissen entgegenstehen." Erklärt die Bundesregierung das Verbot für rechtmäßig, so geht sie über das Gesetz hinaus und versucht die Einschränkung der Rechte der Vertrauensleute in den Betrieben weit zu treiben. Tatsächlich waren die Aktionen der ÖTV-Vertrauensleute Aktionen, wie sie täglich zig von Vertrauensleuten und die Gewerkschaften durchführen.

Die ÖTV in Münster wird keine rechtlichen Schritte gegen diese Maßnahmen einleiten. Warum auch, wo doch in vielen Dienststellen des Öffentlichen Dienstes und der Post solche Fragebögen und Flugblätter zur Erfassung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung, der Nacht- und Schichtarbeit und der Gesundheitslage vorbereitet und verteilt werden. Das Verbot, was die Bundesregierung befürwortet, wird in der Praxis bekämpft, um den Zusammenschluß der Beschäftigten gegen den Dienstherrn zu festigen und Rechte gegen diesen durchzusetzen.

Neueinstellungen bei der Deutschen Bundesbahn sind Bestandteil des Rationalisierungsprogramms

r.obj. Im letzten Jahr hat die Deutsche Bundesbahn (DB), erstmals seit dem Jahre 1970, im Vergleich mit dem Straßenfernverkehr einen größeren Zuwachs am Güterfernverkehr (in Tonnenkilometer) erreichen können. Die Güterverkehrsleistungen in absoluten Zahlen und in Prozent am gesamten Güterverkehrsaufkommen im Fernverkehr zeigen, in welchem Umfang der Gütertransport auf der Straße in den letzten Jahren zugenommen hat.

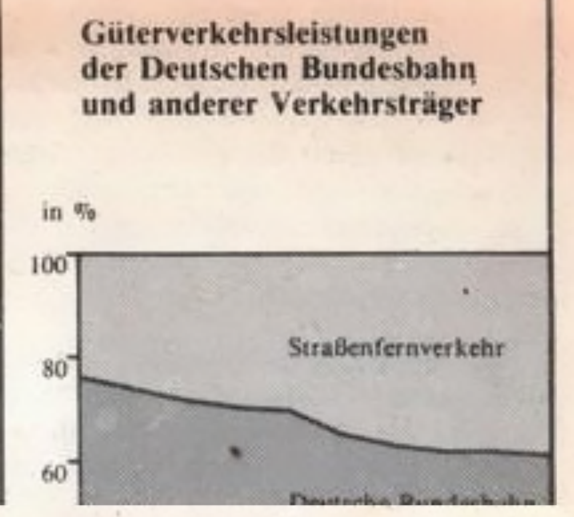
Seit 1974 wird bei der DB „saniert". Die Zahl der Arbeiter und Angestellten wurde von 429000 auf 363000 im Jahre 1978 auf jetzt 331000 gedrückt, wobei bereits wieder 11000 Neueinstellungen enthalten sind. Der Güterzuwachs, der mit dieser reduzierten Beschäftigtenzahl erledigt wurde, betrifft im wesentlichen den Schwergutverkehr für die Montanindustrie und den Huckepack-Verkehr, und den Container-Verkehr. Weil der Transport auf der Schiene un-

werkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) zur Zukunft des Transportwesens, der im Januar in Frankfurt stattgefunden hat, äußerte sich Prof. Dr. Jürgens von der Universität Hamburg zur Frage der bei der DB noch vorhandenen Reserven folgendermaßen: „Ich weiß aus dem letzten Krieg, daß unter bestimmten Bedingungen erhebliche Leistungssteigerun-



gen möglich waren, wenn man nur entsprechend intensiv darüber nachdachte und die Prioritäten änderte". Die Gewerkschaft der Eisenbahner einigt sich

gerade auf eine Lohnforderung von 9% mindestens 180 DM. Bereits langsames Arbeiten wird die Kapitalistenvertreter im DB-Vorstand zum intensiven Nachdenken ermuntern.



Neueinstellungen bei der Deutschen Bundesbahn sind Bestandteil des Rationalisierungsprogramms

r.obj. Im letzten Jahr hat die Deutsche Bundesbahn (DB), erstmals seit dem Jahre 1970, im Vergleich mit dem Straßenfernverkehr einen größeren Zuwachs am Güterfernverkehr (in Tonnenkilometer) erreichen können. Die Güterverkehrsleistungen in absoluten Zahlen und in Prozent am gesamten Güterverkehrsaufkommen im Fernverkehr zeigen, in welchem Umfang der Gütertransport auf der Straße in den letzten Jahren zugenommen hat.

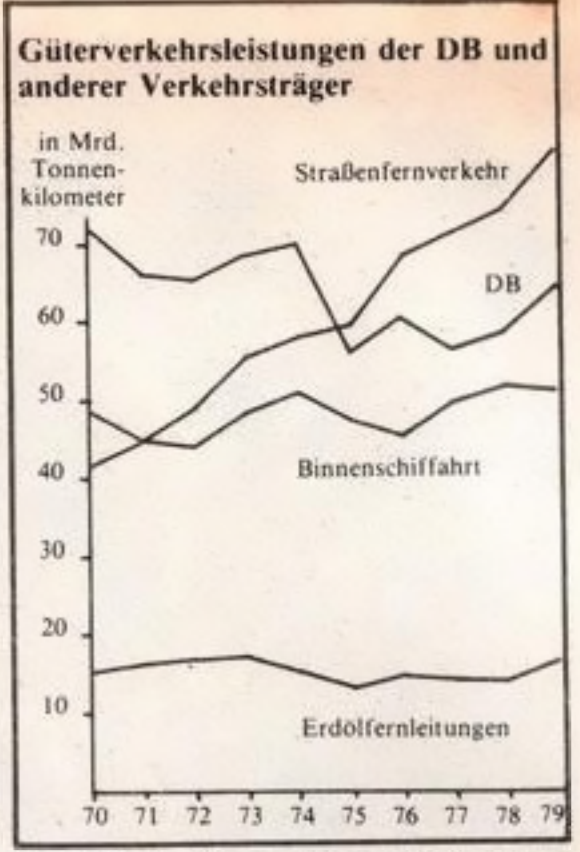
Seit 1974 wird bei der DB „saniert". Die Zahl der Arbeiter und Angestellten wurde von 429000 auf 363000 im Jahre 1978 auf jetzt 331000 gedrückt, wobei bereits wieder 11000 Neueinstellungen enthalten sind. Der Güterzuwachs, der mit dieser reduzierten Beschäftigtenzahl erledigt wurde, betrifft im wesentlichen den Schwergutverkehr für die Montanindustrie und den Huckepack-Verkehr, und den Container-Verkehr. Weil der Transport auf der Schiene un-
ter dem Gesichtspunkt des Energieverbrauchs viel günstiger abschneidet als der Straßenverkehr, hat die Bundesregierung in ihrem Ende letzten Jahres beschlossenen Bundesverkehrswegeplan den Anteil der DB gegenüber früheren Planungen von 16% auf 29% gesteigert. Bis 1990 (Stufe 1) kann die DB 43,6 Mrd. DM investieren.

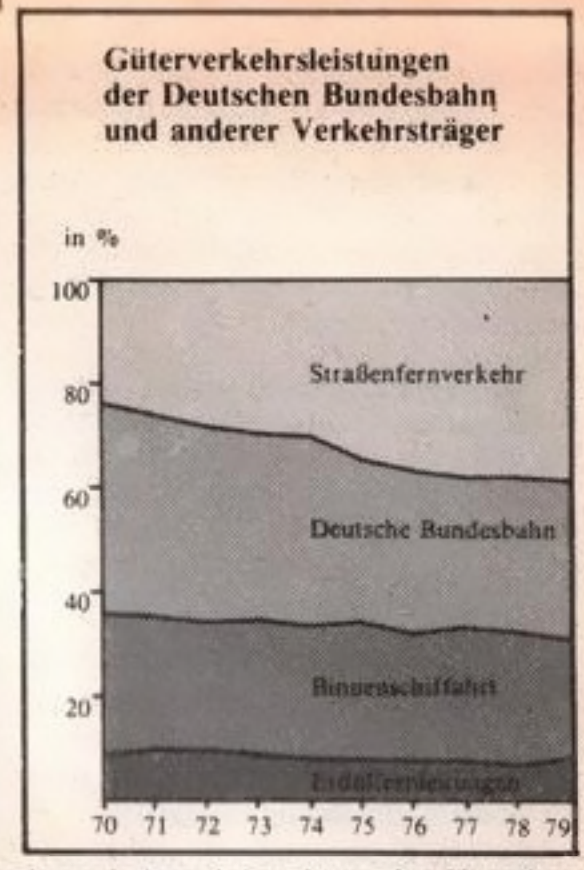
Durch den Einsatz dieser Steuermittel soll der Druck auf die Beschäftigten bei der DB keinesfalls nachlassen. Auf einem öffentlichen Kongreß der Ge-

werkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) zur Zukunft des Transportwesens, der im Januar in Frankfurt stattgefunden hat, äußerte sich Prof. Dr. Jürgens von der Universität Hamburg zur Frage der bei der DB noch vorhandenen Reserven folgendermaßen: „Ich weiß aus dem letzten Krieg, daß unter bestimmten Bedingungen erhebliche Leistungssteigerun-

gen möglich waren, wenn man nur entsprechend intensiv darüber nachdachte und die Prioritäten änderte". Die Gewerkschaft der Eisenbahner einigt sich

gerade auf eine Lohnforderung von 9% mindestens 180 DM. Bereits langsames Arbeiten wird die Kapitalistenvertreter im DB-Vorstand zum intensiven Nachdenken ermuntern.





Das Info-Institut hat im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums eine Vorschau für 1980 gemacht. Danach steigt das Güteraufkommen, gemessen in Tonnenkilometer, um 2,4%. Die Anteile der DB um 0,9%, der Binnenschiffahrt um 3,8%, des Straßengüterfernverkehrs um 4,2% und der Fernleitungen um 1,3%.

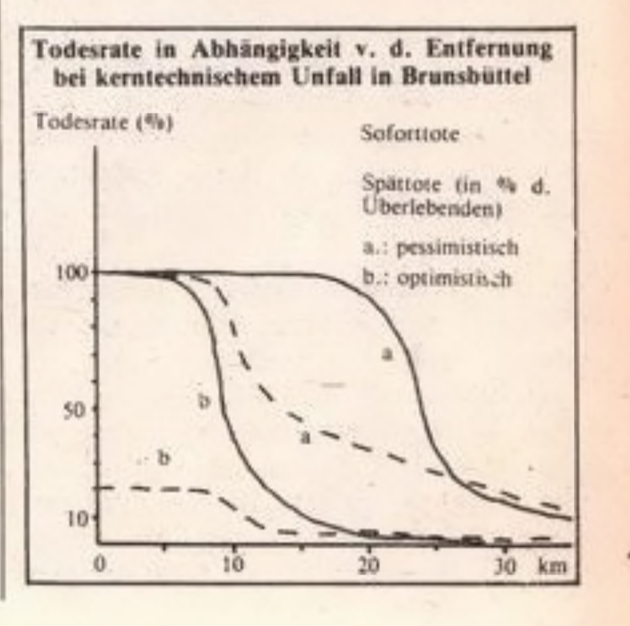
---

b.wal. **Rückverlegung in Sicherheitstrakt des Lübecker Gefängnisses ist beabsichtigt.** So ein Beauftragter der Regierung in Schleswig-Holstein zu den nach ihrem Hungerstreik im Hamburger UG inhaftierten fünf Frauen. Es könne verhandelt werden, wie der Sicherheitstrakt „gemütlicher" werden kann. Zu einer Demonstration gegen Isolationshaft und Sicherheitstrakte rufen für den 23.2. bisher der KBW und die „Autonomen" auf.

b.clm. **Die Staatsschutzkammer Flensburg hat an den ersten beiden Verhandlungstagen des dritten Anlaufs im Wehrkraftzersetzungsprozess wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit gegen C.U. Monica die ersten Schlappen hinnehmen müssen.** Die Ausschaltung des Wahlverteidigers hat sie zumindest soweit zurückgenommen, als an den Tagen, an denen der Anwalt verhindert ist, nicht verhandelt wird. Der per Zwang gegen den Willen des Angeklagten, beigeordnete Pflichtanwalt funktioniert auch nicht so, wie das Gericht es von ihm erwartet: alle Anträge der Verteidigung hat er mitgetragen. Die Frage, ob es bei seiner Beiordnung bleibt, ist noch nicht ausgetragen. Den Antrag der Verteidigung, das Verfahren einzustellen, weil sie nur einige Sätze aus der angeklagten Schrift zitiert und überhaupt nicht ersichtlich sei, was eigentlich angeklagt sei, daß die Anklage also vollkommen unschlüssig sei, hat die Staatsschutzkammer mit folgender Begründung abgelehnt: „Es mag zwar sein, daß die Anklagesätze die Tatsachen genauer, insbesondere umfassender hätten wiedergeben können. Das macht die Eröffnungsbeschlüsse jedoch nicht unwirksam. Was die Staatsanwaltschaft zur Konkretisierung der Tatbestandsmäßigkeit vorgetragen hat, kann ohne weiteres in der Hauptverhandlung geklärt und ergänzt werden. Ein etwaiger Mangel kann also geheilt werden". Dazu war die Staatsanwaltschaft allerdings nicht in der Lage. Das Gericht wird sie am nächsten Verhandlungstag erneut auffordern müssen, es zu versuchen.

r.scm. **Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel hat jetzt Einzelheiten über ihre Privatisierungsabsichten bekanntgegeben.** In der Beantwortung einer Landtagsanfrage gab sie u.a. an, daß geprüft werde, Landesbeteiligungen abzugeben, im Krankenhausbereich: Essenszubereitung, Wäschereien und Gärtnerei zu privatisieren, im Hafenbereich: die Naßbaggerei und den Güterumschlag, im Straßenbau: Planung, Entwurf, Unterhaltung und Betrieb, die Forstverwaltung sowie ressortübergreifend: Pförtnerdienst, Kantinen, Gebäudereinigung und staatliche Drucktätigkeit.

b.chb.Brunsbüttel. **Gegen die Ausstellung „Der Katastrophenplan" des Kreises Dithmarschen hat die BUU Brunsbüttel eine eigene Ausstellung durchgeführt, um die Forderung nach endgültiger Stillegung des KKW Brunsbüttel und vollständiger Veröffentlichung aller Katastrophenpläne zu un-**



Haushaltsdebatte im Landtag: Weitere Stellenstreichungen im Gesundheitswesen vorgesehen

r.wal. Die Belegschaft der Medizinischen Klinik der Unikliniken in Göttingen hatte der niedersächsischen Landesregierung ein Ultimatum bis zum 15. Februar gestellt, ihre Forderungen nach Bewilligung von 101 zusätzlichen Planstellen für Ärzte, Pflegepersonal und technisches Personal zu erfüllen. Am 15. Februar befand sich der niedersächsische Landtag in der Schlußdebatte des Haushalts für 1980. Der verabschiedete Haushalt sieht eine weitere Ausrichtung der Finanzen auf die Bedürfnisse der Bourgeoisie vor, u.a. ist eine Aufrüstung der Polizei und die Vorbereitung eines Energieprogramms, mit dem Heizöl durch Strom ersetzt werden soll, enthalten. Gegenüber den Forderungen der Krankenhausbelegschaften nach Einrichtung von zusätzlichen Planstellen stellt er eine direkte Kampfansage dar. Der einzige Sammelposten in diesem Haushalt, der relativ und absolut gekürzt wurde, ist der Etat des niedersächsischen Sozialministers für Personalausgaben:

Haushaltsplan für das niedersächsische Sozialministerium (in 100000 DM)

	1979	1980	
	Gesamteinnahmen		
absolut	1297	1394	+ 7,4%
in % des Gesamtplans	6,04	6,08	
	Gesamtausgaben		
absolut	3046	3237	
in % des Gesamtplans	14,2	14,1	
	Personalausgaben		
absolut	283,1	279,5	- 1,3%
in % des Gesamtplans	3,1	2,9	

Personalausgaben
absolut 283,1 279,5 - 1,3%
in % des Gesamtplans 3,1 2,9

Seit Wochen spitzt sich die Situation in den Krankenhäusern zu und seit Wochen verstärken sich die Kämpfe der Belegschaften. Verschiedene Delegiertenversammlungen der ÖTV haben Forderungen nach Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden aufgestellt. Die Göttinger Delegiertenkonferenz fordert das Verbot der Überstunden und die Anrechnung einer Stunde Nachtarbeit als zwei Arbeitsstunden. An der Medizinischen Hochschule Hannover ist die Forderung nach 5-Tage-Woche durch die Personalversammlung aufgestellt worden. Die studentischen Zusatzwächter fordern mit Unterstützung der ÖTV die Bezahlung nach Tarif. Die Beschäftigten in den kirchlichen Krankenhäusern fordern den Abschluß von Tarifverträgen und haben ihn teilweise bereits durchgesetzt. Vor allem geht es aber immer wieder um die Einstellung von mehr Personal. Mit der Verabschiedung des Haushalts hat der Landtag deutlich gemacht, daß er überhaupt nicht daran denkt, diese Forderungen zu erfüllen. Für die Forderungen der Belegschaften hatte der Landtag keine fünf Minuten Zeit; ein Entschließungsantrag der SPD wurde an die Ausschüsse verwiesen, in denen ohnehin alles vorher ausgekungelt worden war. Der Entschließungsantrag sieht ein Programm für ein „patientengerechteres Krankenhaus" vor, das nicht etwa durch die Erfüllung der Forderungen der Belegschaften, sondern durch z.B. „die Einrichtung eines freiwilligen Abhol- und Begleitdienstes", „die Verbesserung der Kommunikation im Krankenhaus" durch „sozialpsychiatrische Aus- und Fortbildung der Krankenhausbediensteten,... Kummerkästen, Gottesdienste, Patientenanwalt" etc. und Sterbehilfe erreicht werden soll.

Bereits im Dezember hatte eine Landtagsdebatte zur Situation in den Krankenhäusern stattgefunden. Sie diente hauptsächlich der ideologischen Verständigung der bürgerlichen Parteien über die Frage, wie den Forderungen der Krankenhausbelegschaften entgegengetreten werden soll. Mehr „Humanität" müsse ins Krankenhaus. Das Problem der Humanität ergebe sich aus zwei Gesichtspunkten: Zum einen sei die „Caritas" durch die „Professionalisierung" abgelöst worden. Gemeint ist damit, daß die Krankenpflege aus einer durch Nächstenliebe und familiäre Bande bestimmten Tätigkeit in eine gesellschaftlich organisierte, von Arbeitern und Angestellten im Gesundheitswesen ausgeübte Arbeit verwandelt wurde. Das belaste die Psyche des Patienten, der in diesen „seelenlosen Krankenhäusern" vor allem unter den Arbeitszeitregelungen des Pflegepersonals zu leiden habe. Zwischen Patienten und Pflegepersonal bestünde eine „natürliche Divergenz der Interessenslage" – das Interesse des Patienten sei es eben, über den ganzen Tag von der selben „Bezugsperson" gepflegt zu werden – wie es früher, als die Krankenhäuser noch eine Seele und das Personal noch eine 60stündige Arbeitswoche gehabt ha-

person" gepflegt zu werden – wie es früher, als die Krankenhäuser noch eine Seele und das Personal noch eine 60stündige Arbeitswoche gehabt ha-

ben, auch der Fall gewesen sei. Im Rahmen dieser „natürlichen Interessensdivergenz" sei im Zweifelsfalle der Patient im Recht, denn „das Krankenhauspersonal ist für den Patienten da und nicht umgekehrt". Jeder, der einmal in einem Krankenhaus gearbeitet hat, weiß, daß es diesen angeblich natürlichen Interessengegensatz nicht gibt. Wenn es zu Widersprüchen zwischen Patienten und Pflegepersonal kommt, dann nicht aufgrund unterschiedlicher Interessen, sondern aufgrund der Arbeitsbedingungen. Gerade in den letzten Wochen haben mehrere Patienten der MHH in Leserbriefen gegen diese Behauptung Stellung genommen und aufgezeigt, wie das Personal ständig zu Überstunden gezwungen wird, weil die anfallende Arbeit nicht mehr geschafft wird.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß das Pflegepersonal seine innere Einstellung zu den Patienten ändern müsse (Schnipkoweit: „Der Geist eines Krankenhauses wird durch die dort tätigen Menschen geprägt"). Durch verstärkte Indoktrination während der Aus- und Weiterbildung mit Theologie, bürgerlicher Psychologie und Soziologie soll die Bekehrung erfolgen. „Das bedeutet, daß eine Verbesserung des Verhältnisses von Ärzten und Pflegepersonal nicht gleichzusetzen ist mit verstärktem Personaleinsatz" (Schnipkoweit). Diesem Grundsatz ist der Landtag treu geblieben.

Hamburger Senat will Behelfsheimgebiete räumen – Die Bewohner kämpfen dagegen

b.jkr. Mit der Begründung, „unzuträgliche Wohnverhältnisse" zu beseitigen, versucht der Senat seit Jahrzehnten, die Behelfsheimgebiete in Hamburg abzuschaffen. Die Entwicklung des Behelfsheimbestandes zeigt die bisherige Wirkung: 1950 gab es noch 40000 bewohnte Behelfsheime, 1959 noch 28128, 1968 noch 19054 und heute 6704. Doch wie eine eigens vom Senat beauftragte Arbeitsgruppe „Behelfsheime" in ihrem Bericht feststellt, sind „immer weniger Behelfsheimbewohner bereit, ihre Behelfsheime von sich aus aufzugeben." Da helfen auch pauschalierte Umzugs- sowie Abbruchkosten und kein Ausbauverbot, denn:

„Etwa 85-90% der Behelfsheime bestehen aus einem in den Jahren 1943 bis 1945 errichteten Kern von höchstens 30m², der zwischenzeitlich durch formell und materiell baurechtwidrige Anbauten erheblich vergrößert worden ist".

Gegen derart massenhafte Bauverstöße weiß der Senat sich nicht anders zu helfen, als alle von den Bewohnern in der Vergangenheit durchgeführten Bauverstöße „stillschweigend zu dulden, d.h. hiergegen grundsätzlich nicht einzuschreiten". Ansonsten wäre „eine erhebliche Unruhe unter den Behelfsheimbewohnern" und ein „Rattenschwanz von Widerspruchsverfahren, gerichtlichen Auseinandersetzungen und Beschwerden" zu erwarten.

Um sein Ziel dennoch zu erreichen und zukünftige „Schwarzbauten" besser in den Griff zu bekommen, hat der Senat kürzlich über 100000 DM Steuergelder zur Überwachung und Kontrolle der Kleingärtner beantragt. Grund: Die Bewohner von Behelfsheimen zahlen „ eine Grundstücksmiete die von einer Verzinsung des Bodenwertes ausgeht, wobei allerdings sehr niedrige Verzinsung angesetzt worden sind" (Maximal 2,40 DM/m², die nicht erhöht wurde). Der Kaufwert von Bauland insgesamt in Hamburg ist jeoch im Zeitraum von 1963 - 1978 von 16,88 DM/m² auf 113,52 DM/m² gestiegen.





Die Neue Heimat hat jedenfalls auf Anfrage der „Welt" vom 10.1.80 „grundsätzliches Interesse an dem potentiellen Bauland" bekundet.

Ob der Senat sein Ziel erreicht? Die Bewohner sind jedenfalls bisher gut damit verfahren, ihre eigenen Interessen mit gegenseitiger Hilfe durchzusetzen. Warum sollten sie auch ihre bisher günstigen Reproduktionsbedingungen gegen eine Altbauwohnung der SAGA, ohne Heizung und Bad „freiwillig" eintauschen und dafür noch mindestens 150 DM monatlich mehr zahlen?

Die Stadt Husum soll die Anliegergebühren senken

Die Stadt Husum soll die Anliegergebühren senken

b.wik. Im Herbst vergangenen Jahres ist den Anwohnern des Sophienplatzes in Husum auf einer Anliegerversammlung mitgeteilt worden, die Stadt plane den Ausbau des Sophienplatzes in ca. zwei Jahren und verlange dafür pro Anwohner je nach Grundstücksgröße zwischen 2000 und 6000 DM. Anfang Februar dieses Jahres teilt der Leiter des Bauamtes Talkenberg mit, daß die Stadt bei den Anliegern der Friedrichstraße in Husum Rödemis eine Befragung wegen des umstrittenen Ausbaus dieser Straße durchgeführt habe. Auf der letzten Anliegerversammlung sei dieser abgelehnt worden. Jetzt sei die Mehrheit dafür. 176 Anlieger sind angeschrieben worden. 43%, also 75, haben der Stadt geantwortet, davon sei die Mehrheit (also 40 bis 50 von 176) für den Ausbau der Straße. Am 4. März findet eine neue Anliegerversammlung statt. Am 8. Februar erklärt Bürgermeister Schlüter, daß die Planungsarbeiten für den Ausbau der Straßen und der damit verbundenen Kanalisationsarbeiten in der Fischersiedlung nahezu abgeschlossen seien.

Seit 20 Jahren kämpfen die Bewohner der Fischersiedlung darum, daß die Stadt die Straßen in der Siedlung teeren und entwässern läßt. Bisher haben sie nur erreicht, daß die Stadt in größeren Abständen eine neue Kiesdecke auftragen läßt, die aber nach wenigen Tagen wieder ausgefahren ist. Die Schlaglöcher sind so tief, daß bei den Autos in kurzen Abständen die Stoßdämpfer erneuert werden müssen. Eine schwangere Frau mußte acht Wochen im Krankenhaus liegen, weil selbst die Federung des Krankenwagens die Erschütterungen nicht abfangen konnte. Die Stadt hat sich bisher geweigert, den Ausbau der Straßen durchzuführen, solange die Anwohner nicht 90% der Ausbaukosten übernehmen. Dies, obwohl die Fischer bereits vor 20 Jahren Anliegergebühren gezahlt haben.

1,6 Mio. DM soll nach dem jetzigen Stand der Planung der Ausbau der Straßen, Kanalisation und Entwässerung in der Siedlung kosten. Dabei sollen die Fischer nach Aussage von Bürgermeister Schlüter 73% der Kosten für Straßenbau und Entwässerung selbst tragen, zusammen 1 Mio. DM, die die Stadt von den Fischern verlangt, was pro Anwohner 12000 bis 15000 DM ausmacht. Der von Bürgermeister Schlüter angegebene neue Beitragssatz von 73% ist durch die „Satzung der Stadt Husum über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Straßen und Wegen" in der veränderten Fassung aus 1977 festgelegt. Die Satzung beruht auf dem § 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein. Danach müssen beim Ausbau einer Straße die Anwohner mindestens 10% der Kosten selbst zahlen. Die Gemeinden können diesen Satz bis auf 90% anheben. Für Husum sind folgende Sätze festgelegt:

Ausbaukosten für Straßen, die im wesentlichen dem Anliegerverkehr dienen,70 bis 75%; Straßen, die im wesentlichen dem innerörtlichen Verkehr dienen, 45 bis 65%; Straßen, die im wesentlichen dem Durchgangsverkehr dienen, 25 bis 55%.

Der entsprechende Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig. Die Stadt kann mit Beginn einer Baumaßnahme eine Vorauszahlung von 80% verlangen. Ebenso kann sie Ratenzahlung oder Verrentung bewilligen. In „Härtefällen" kann der Magistrat den Beitrag anders festsetzen oder erlassen.

Der Widerstand der Fischer hat die Stadt bisher nicht dazu zwingen können, die Straßen in ihrer Siedlung auszubauen, ohne dafür ¾ der Kosten selbst tragen zu müssen. Dabei ist gar nicht einzusehen, warum die Fischer zahlen sollen, während die Stadt den Kaufhauskapitalisten den Umbau der Großstraße, als Verschönerung des Stadtbildes deklariert, aus dem Stadthaushalt bezahlt hat.

Die FDP fordert jetzt eine Subventionierung der Anliegergebühren für die Fischersiedlung. Die SPD sieht darin eine „Ungerechtigkeit gegenüber anderen Bürgern". Eine Senkung der Gebührensätze auf das gesetzliche Mindestmaß von 10% durch Satzungsänderung wäre allerdings „gerechter".

---

terstützen. Neben der Kritik an der Ausrüstung des ABC-Abwehr-Zuges und den Evakuierungsmöglichkeiten im Falle eines Katastrophenfalles im KKW oder einem der Chemie-Werke hat die BUU u.a. die Ausbreitung einer radioaktiven Wolke bei verschiedenen Windrichtungen untersucht und dokumentiert. Die Ausstellung wird noch in Heide und auf der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen am 23.2. in Brunsbüttel gezeigt.

b.bem. **Das „ÖTV-Magazin" hat den Kollegen des Bezirksamtes Hamburg-Mitte auf einen Durchschlag ihres Briefes an die Bildzeitung gegen deren Kampagne „Ein Herz für Kinder" wie folgt geantwortet:** „Wir stehen in der Kritik, die Ihr an der Bildzeitung übt, voll auf Eurer Seite, glauben aber nicht nicht, daß sich dieses Blatt ausgerechnet vom ÖTV-Magazin beeindrucken läßt und die Kampagne einstellt."

b.hej. **Die Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier Hamburg hat für die Tarifrunde 14% mindestens 250 DM beschlossen.** Ferner die Streichung des 1. Gehilfenjahres und der Lohngruppe 1 des Hilfspersonals. Weiter ist ein Vorschlag zur Neuordnung der Lohngruppenstruktur an den Gewerkschaftstag gemacht worden.

r.thr. **Mit 150 Treckern fuhren die Bauern Lüchow-Dannenbergs vor dem Kreisparteitag der CDU auf.** Sie griffen den Beschluß an, im Kreis ein Zwischenlager zu bauen. Vor und im Saal



wurde eine Resolution verlesen: „Wir Bauern sind heute hier zusammengekommen, weil wir nicht wollen, daß in unserem Landkreis und anderswo die Atomindustrie verwirklicht wird."

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1. Halbjahr 1980

Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation.
Mitte-Ost, 18.2. bis 22.2., 20 Uhr, Gesamtschule Horn

Reihe Iran
Eimsbüttel, 18.2. bis 22.2., 20 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Bundesstraße

Der Islam
Harburg, 18.2. bis 22.2., 20 Uhr, Gaststätte „Zur Erholung", Winsener Straße 42

Lenin: Staat und Revolution
Bergedorf, 18.2. bis 22.2., 20 Uhr

Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.
Neumünster, 18.2. bis 22.2., 20 Uhr, Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Straße

Lenin: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky".
Husum, 18.2. bis 22.2., 20 Uhr, Hauptschule Bürgerschule, Erichsenweg

Deutschkurs
Flensburg, Mittwoch, den 20.2. und Freitag, den 22.2., jeweils um 20 Uhr im Büro des KBW, Harrisleerstr. 46

Zeichenkurs
Hamburg, 22.2., 18 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, Thema: „Porträt Zeichnen"

Schwimmkurs
Hamburg, 23.2., 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Prozeß wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt bei Polizeiüberfall auf ZANUSammlung
Hamburg, 18.2., 10 Uhr, Amtsgericht Sievekingsplatz 3, Saal 279

Berufungsverhandlung wegen Beschlagnahme von § 218 Karteikarten
Hamburg, 18.2., 15 Uhr, Landgericht, Sievekingsplatz 3, Fortsetzung des Prozesses am 20.2., 9 Uhr.

Prozeß gegen fünf iranische Studenten wegen Nötigung und Körperverletzung eines SAVAK-Spitzels
Hamburg, 19. und 22.2., jeweils 9 Uhr, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz 3, Saal 237

Prozeß wegen Widerstandes anläßlich der Landtagswahlen
Meldorf, 20.2., 9 Uhr, Amtsgericht Meldorf, Zimmer 3

Neuaufnahme des Kaltefleiterprozesses
Kiel, 21. und 22.2., jeweils 9 Uhr, Amtsgericht Kiel, Harmstr., Zimmer 112

Wehrkraftzersetzungsprozeß
Flensburg, 25.2., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben, Zimmer 58

Demonstration gegen Isolationshaft und Sicherheitstrakt
Hamburg, 23.2.80, 10 Uhr, U-Bahn Feldstraße

HHLA: Planmäßige Vorbereitung zum Abbau von Sozialleistungen

b.ruo. Mit der Einführung der Contischicht am Containerterminal hat die Geschäftsführung der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA) sich nicht durchsetzen können. Die Arbeiter haben statt dessen eine Verkürzung der Nachtarbeit auf 6 Stunden tariflich erkämpft. Um erneut zum Angriff übergehen zu können, hat die Geschäftsführung jetzt über das Abendblatt (HA) „Einblick in das Unternehmen gegeben": „Die Mitarbeiter der staatlichen HHLA sind besser gestellt als die Arbeiter und Angestellten der anderen deutschen Seehafenbetriebe", und „wenn die HHLA auf Dauer wirtschaftlich arbeiten soll, müssen wir dafür sorgen, daß sich der Abstand zu den übrigen verringert." (HHLA-Chef Kern, der kürzlich im Wahlkreis Altona für den SPD-Vorsitz kandidieren wollte, um die Partei nach eigenen Worten wieder an die Arbeiter heranzuführen.)

Zum Beweis für diese Behauptung wird aus einer Sozialbilanz der HHLA für das Jahr 1978 zitiert: Danach „bekommen die Beschäftigten von jeder Mark, die das Unternehmen aus eigener Leistung heraushold, 93,9 Pfennig, die öffentliche Hand 1,7, die Darlehensgeber 2,5, und nur 1,9 Pfennig verbleiben im Unternehmen." Die Analyse der Bilanz ergibt ein anderes Bild: 88,1 Mio. DM hat die HHLA 1978 investiert. Seit 1970, wo die HHLA in den „freien Wettbewerb gestellt" wurde, hat sich das Grundkapital von 104 Mio. DM auf 409 Mio. DM vervierfacht. Die Zahl der Beschäftigten blieb nahezu gleich bei rund 4200. Mit 5,5 Mio. DM Zinsen hat das Bankkapital, mit 16,3 Mio. DM aus Mieten für Grund und Boden und 4 Mio. DM aus Steuern hat der Staat 1978 an der Ausbeutung teilgenommen. Dazu Fahning, Chef der Landesbank: „... der Hafen beginnt sich mehr und mehr zu verzinsen ..." Weitere 18 Mio. DM Profit blieben im Unternehmen. Die offiziellen Schmiergelder an Kern und Co. (je 172000 DM) sind dabei nicht einmal als Profit, sondern in der Bilanz als Gehalt ausgewiesen.

Was ist nun an der Behauptung, die Belegschaft sei „sozial begünstigt" (HA vom 5.2.)? 1935 hat sich die HHLA verpflichtet, im Rahmen der Fusion mit der staatlichen Kaiverwaltung, deren Beschäftigten die gleichen Ansprüche wie beim Verbleib im öffentlichen Dienst zu sichern und diese auch ihrer eigenen Belegschaft zu übertragen. Das betrifft eine Altersversorgung nach dem Hamburgischen Ruhegeldgesetz. 10,9 Mio. DM mußte die HHLA dementsprechend 1978 zahlen, durchschnittlich 419 DM monatlich pro Betriebsrentenempfänger. Die anderen Hafenkapitalisten mußten nach ÖTV-Tarif zwischen 42,50 und maximal 92,50 DM zahlen. Zwar sichert die Stadt der HHLA seit 1970 jährliche Ausgleichszahlungen zu. Der Vertrag setzt jedoch voraus, daß die anderen Hafenkapitalisten nachziehen in ihren Betriebsrentenleistungen. Da zugleich die Ausgleichszahlungen von Jahr zu Jahr gekürzt werden, hat man so alle Elemente planmäßig entwickelt, um die übertariflichen Leistungen der HHLA jetzt als „wirtschaftlich untragbar" hinstellen zu können. Und die Schuldigen sind auch gleich festgesetzt: die anderen Hafenkapitalisten. Nur eines ist bei diesem Betrugsmanöver nicht einkalkuliert: Daß die HHLA-Belegschaft entschieden um ihre Rechte kämpft und sich auch die anderen Hafenarbeiter gerade an diesen Fortschritten orientieren.

Landarbeiterlohntarif ist ausgelaufen

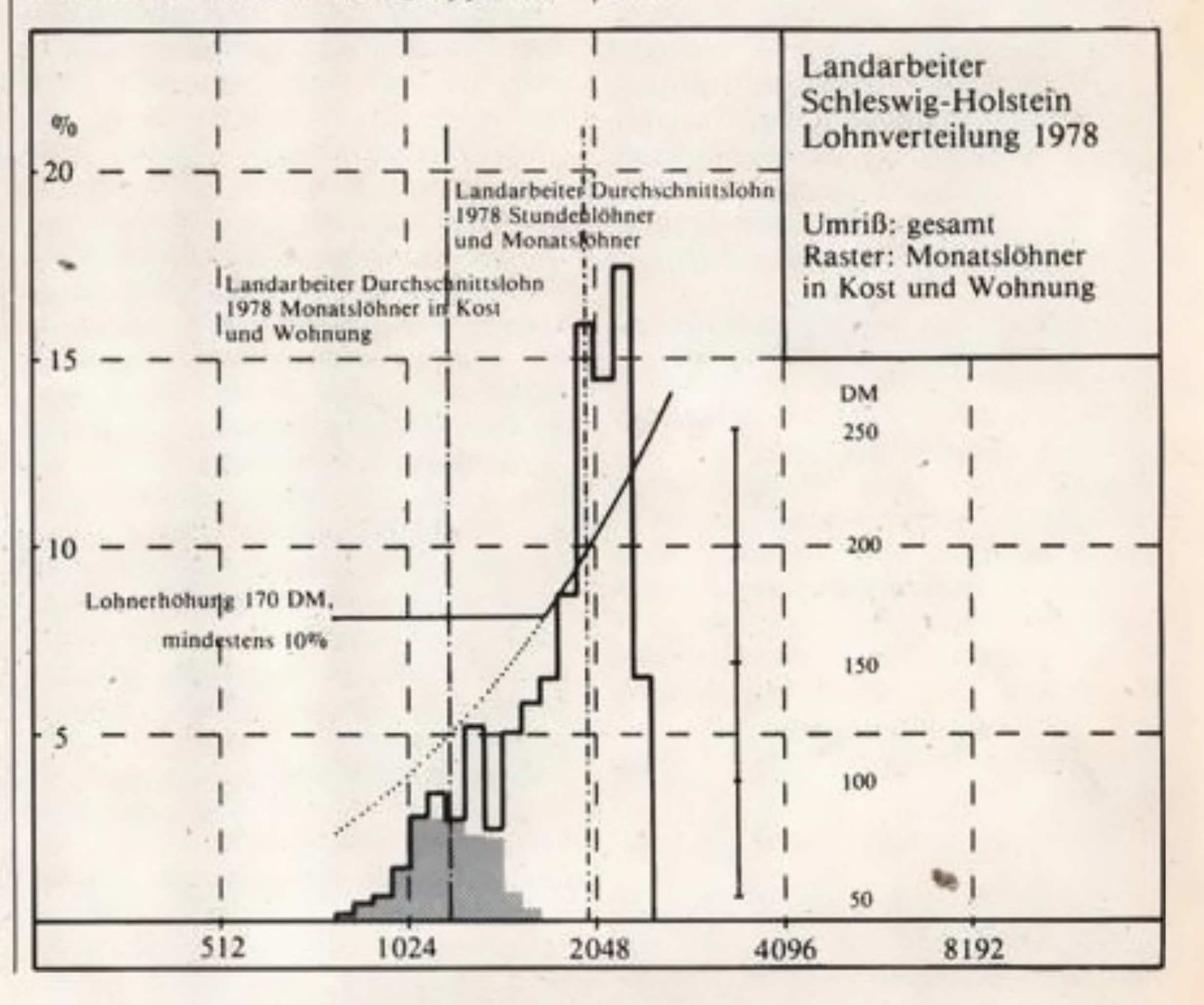
Die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, sowie der Anschluß an Industrielöhne ist nötig

b.dim. In keinem Bereich der Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaus gibt es die uneingeschränkte tarifliche 40-Stunden-Woche. Es gibt auch keine gleichmäßige Arbeitszeit über das Jahr, die wenigstens die größten Auswüchse – wie bei den Landarbeitern die 47-Stunden-Woche im August – beseitigen könnte. Sie schwankt nach den Bedürfnissen der Großbauern und Agrarkapitalisten. In der Erntezeit ist sie immens lang, in der arbeitsärmeren Zeit, im Winter, kürzer. Sowieso steht die tarifliche Arbeitszeit fast nur auf dem Papier. Warum? Weil der Landarbeiter bei tariflicher Arbeitszeit einen Lohn hätte, der seine dringendsten Ausgaben nicht decken könnte.

Etwa 225 Stunden arbeiteten 1978 die 7500 ständigen Landarbeiter in Schleswig-Holstein durchschnittlich im Monat. Tariflich war die 43-Stunden-Woche durchgesetzt, die 1979 um eine Stunde verkürzt wurde. Der Ecklohn liegt bei 8,31 DM (1978: 7,76 DM), der Lohn für angelernte Arbeiter bei leichter Arbeit ist 5,40 DM, für Facharbeiter 8,89 DM. Nur bei unmäßiger Überarbeit kommt die Masse der Landarbeiter an die Masse der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter im Lohnverteilungsvergleich annähernd geldlich heran. Bei tariflicher Arbeitszeit (aber effektiver Bezahlung) liegen sie mit bestimmt 500-600 DM im Rückstand zu Metall bei 40 Stunden. Es wird klar, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt nur bei vollem Lohnausgleich möglich ist und auch nur dann praktisch einigermaßen erfolgreich, wenn kräftige Lohnerhöhungen durchgesetzt werden. Für die BRD ist der Rückstand ähnlich. Im Schaubild haben wir uns mit der Forderung für den Lohnkampf beschäftigt. Sie soll, der Lohntarif ist am 31.12.79 ausgelaufen, nach Angaben der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft das Volumen der IGM-Forderungen haben, ungefähr 10,5%. Dabei soll die Struktur der Forderung die niedrigsten Löhne stärker anheben und insgesamt ein Schritt gemacht werden in Richtung Anbindung der Landarbeiterlöhne an die Industrielöhne. Mehr Urlaub und Urlaubsgeld sollen gefordert werden.

Wir haben 10 Prozent dargestellt mit einer Mindestabsicherung von 170 DM, die ziemlich genau den ganzen Bereich der unteren Lohngruppen abdecken würde. Aus der Unterlegung der Lohnsumme kann man entnehmen, daß die unteren Lohngruppen den geringsten Teil bekommen. So ungefähr müßte die Forderung schon sein, vor allem über den stärkeren Festgeldanteil kann man nicht viel verhandeln, wenn der Zusammenschluß der Landarbeiter erreicht werden soll. Bis über die Ecklöhner fahren alle besser mit 170 DM.

Für ihre im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder hat die GGLF zusammen mit den anderen dort tätigen Gewerkschaften 180 DM/9% mindestens auf Vorstandsebene beschlossen.



Jahreshauptversammlung und Vorstandswahl HBV
Klare Aufgaben für den Vorstand

b.mad. Am Dienstag, den 12.2., fand in Flensburg die Jahreshauptversammlung der HBV statt. Die Ergebnisse beurteilte der stellvertretende Vorsitzende Hohmeyer als erfreulich. Der Vorstand hätte klare Aufgaben von der Mitgliedschaft erhalten, insbesondere habe ihn die lebhafte Antragstellung gefreut.

Tatsächlich waren die meisten Anträge gegen die Intensivierung der Arbeit und die niedrigen Tariflöhne in diesem Bereich gerichtet. Für den Großhandel sind seit eineinhalb Jahren die Tarife offen, es existiert noch keine Forderung. Die Jahreshauptversammlung verabschiedete einstimmig einen Antrag von Kollegen aus dem Großhandel für die Aufstellung einer Forderung von mindestens 170 DM, der auch an die Landesbezirkskonferenz am 5./6. Juni in Neumünster geschickt wird. Für den Bereich Banken wurde ein Mindestbetrag von 180 DM außer einer prozentualen Erhöhung beschlossen. Gegen die Bestrebungen, die Ladenschlußzeiten gesetzmäßig zu ändern, wurde der Landesbezirkskonferenz ein einstimmiger Antrag übersandt, die Ausdehnung der Arbeitszeit im Einzelhandel mit allen Mitteln zu verhindern. Die Arbeitszeit zu verlängern, versuchen nicht nur die Handelskapitalisten, sondern auch die Bankkapitalisten versuchen sich mit der Einführung der Schalterstunden rund um die Uhr. Der Ortsvorstand wurde aufgefordert, gegen die Bestrebungen der Flensburger Stadtsparkasse, die Schalterstunden zu verlängern, etwas zu unternehmen und die Personalräte der Stadtsparkasse zu unterstützen.

Ein Antrag an den Ortsvorstand Flensburg, sich auch im kommenden Jahr für eine gewerkschaftliche Demonstration und Kundgebung am 1. Mai einzusetzen, wurde einstimmig angenommen. Der Ortsvorstand wurde beauftragt, für die verschiedenen Bereiche Fachgruppen einzurichten, die es bis jetzt in Flensburg noch nicht gab. Aus den Debatten um die verschiedenen Anträge ist deutlich geworden, daß diese dringend notwendig sind. Für die Bereiche Einzelhandel, Großhandel, Buchhandel, Banken und DGB-Angestellte wurde der Ortsvorstand gewählt, nachdem noch einmal herausgestellt wurde, daß der kommende Ortsvorstand sich vor allem für die Durchsetzung der verabschiedeten Anträge einsetzen solle.

AEG N4 Belegschaft setzte Anhebung der untersten Lohngruppen durch

b.uwz. Frauen fordern: *„Erhöht die unteren Lohngruppen!"* berichten die METALL Nachrichten der IGM über eine Aktion von Frauen aus dem AEG-Schaltgerätewerk Neumünster, die den Kapitalisten bei den Tarifverhandlungen die Lohnzettel auf den Tisch knallten und bewiesen, daß sie für ihre harte Arbeit mit 817,67 DM abgespeist werden.

Dem Problem der Niedrigstfrauenlöhne haben sich die Belegschaften der Elektronkonzerne früh annehmen müssen. Die Zerlegung der Fertigung in „einfache" Tätigkeiten (Löten usw.) machte für die Kapitalisten die teurere Facharbeitskraft überflüssig. So werden bei AEG N42P im „Kreissaal" zum Löten von Platinen nur noch Frauen in LG IIIa und wenige Elektroniker in LG IX als Prüfer eingesetzt. Rund 130 Frauen arbeiten bei AEG N4 Hamburg in LG IIIa. Es ist harte körperliche Anstrengung unter dem Mikroskop, die Feinlötungen für die Rüstungsfertigungen zu machen. Durch eine nützliche Politik des Betriebsrates und der IGM bei AEG N4 konnte die Belegschaft schon vor Jahren durchsetzen, daß für diese harte Arbeit zumindest die LG II gestrichen wird. Der BR kämpfte für Aufgruppierung und verhinderte gleichzeitig Einstellungen in LG II. Die Kraft der Lohnbewegung für Mindestforderungen läßt sich hiermit betrieblich gut fortsetzen, um die niedrigen Frauenlöhne betrieblich anzuheben. IGM Vertrauensleute und Betriebsräte berichteten, daß auf der Betriebsversammlung bei AEG N4 jetzt eine Angleichung der 130 Frauen an LG IV gefordert werden soll. Ein nützlicher Weg, nicht nur den AEG Kapitalisten weiterhin die Lust zu vermiesen, mit niedrigen Frauenlöhnen die Löhne der gesamten Belegschaft zu drücken.



Frauen in der LG II und IIIa machen Feinlötungen für Solarzellen in einem vollklimatisierten Raum bei ständig 20°C werden besonders die Augen hart belastet.

Fortschritte im Zusammenschluß der Schüler und Lehrlinge für eine landesweite Demonstration

b.uws. In Schleswig-Holstein festigt sich der Zusammenschluß für die landesweite Demonstration am 22. März 1980 um 14.30 Uhr in Kiel. Der Aufruf der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen zum gemeinsamen Kampf gegen die Verschlechterung der Ausbildung an den Berufsschulen und Gymnasien wird z.Zt. an vielen Schulen beraten. Verschiedene Gewerkschaftsgruppen haben sich aufgrund eines Briefes und des Aufrufs der LSV an den Landesbezirksjugendausschuß des DGB gewandt. Der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE) der GEW Kreis Flensburg begrüßt den Aufruf der LSV und unterstützt die Forderungen. Vom Landesbezirksjugendausschuß ist nun bekannt geworden, daß er die Demonstration am 22.3. unterstützt. Einige Kreisjugendausschüsse arbeiten mit Berufsschul-SVen zusammen.

Der LSV-Vorstand hat beschlossen, am 1./2. März ein Seminar zu den Punkten BGJ, Stufenausbildung, Prüfungen, Studienstufenverordnung und BAföG landesweit Schüler mit Gewerkschaftsvertretern durchzuführen, um sich Kenntnisse zu verschaffen und strittige Fragen des Aufrufs zu klären.

Eine gemeinsame Sitzung der Landesschülervertretungen von Gymnasien und Berufsschulen wird für Sa., den 8.3.80, angestrebt. Die Landesregierung hat die Studienstufenverordnung beschlossen. Dagegen gibt es landesweiten Protest an den Gymnasien. Im Kreis Lauenburg haben am Gymnasium in Geesthacht 500 und in Schwarzenbek 300 Schüler einen Unterrichtsboykott durchgeführt. Vom Schwarzenbeker Gymnasium und von der Kreisschülervertretung in Neumünster aus wollen sich Schüler auf der Gymnasien-LSV für einen landesweiten Schulstreik einsetzen. Die Gymnasien-LSV hat in einem Brief an alle Schulen geschrieben, die SVen sollen die Situation abschätzen, ob Streik möglich ist. Auf der nächsten Sitzung der Gymnasien-LSV am Do., 28.2.80, in Kiel in der „Pumpe" wird der landesweite Streik zur Debatte stehen sowie die Unterstützung des Aufrufs der Berufsschul-LSV und die Beteiligung an der Demonstration.

Kreisbauerntag Husum: 2,5%-Vorschlag der EG-Kommission wurde heftig angegriffen

b.mee. Der westdeutsche Verhandlungsleiter bei den EG-Agrarpreisverhandlungen, Staatssekretär Rohr, öffentlicher Befürworter des 2,5%-Agrarpreisvorschlags, hat am 15.2. auf dem Kreisbauerntag in Husum gesprochen. Auf vielen kleineren, gutbesuchten Bezirksbauernversammlungen zuvor haben die Bauern beraten, daß dem Staatssekretär gezeigt werden soll, daß man nicht bereit ist, einem 2,5% Angebot des EG Ministerrats zuzustimmen. In Wester-Ohrstedt, Kreis Nordfriesland, haben Bauern verlangt, einen Beschluß für die 7,9%-Forderung des Europäischen Bauernverbandes zu fassen und Rohr mit einer Treckerdemonstration in Husum zu empfangen.

Rohr hat in Husum versucht, ein EG Gedankengefängnis aufzubauen. Die aussichtslose Lage für die Bauern bestehe darin, daß die EG mehr Geld verschlingt als hereinkommt. Die Heraufsetzung der Erzeugerabgabe für Milch von 0,5% auf 1,5% sei bereits beschlossene Sache. Zusätzlich dürften die Bauern wählen zwischen:

– 50,01 Pfennig Abgabe, von den Molkereien zu entrichten, für jeden Liter, der eine 99%ige Anlieferung des Vorjahres überschreitet,

– eine „Solidarabgabe" von einheitlich 2% auf Milch,

– eine „Solidarabgabe" von einheitlich 1,5% und für Anlieferer von mehr als 60000 kg jährlich (entspricht 15 bis 20 Kühen) zusätzlich 6% Abgabe.

In anschließenden Reden haben Bauern dieses Manöver als Preissenkungsmittel abgelehnt. Sie sind bei ihren Preisforderungen von den Produktionskosten ausgegangen und nicht von der EG Finanzkasse. Das ist auch Rohr mitgeteilt worden. Untenstehende Resolution ist von Ernst Metzger-Petersen, Backensholz, eingebracht worden. Zusammen mit Wortbeiträgen anderer Bauern, die fast alle die zu niedrigen Erzeugerpreise angriffen, soll sie in die Beschlußfassung des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes am 25.2. in Rendsburg eingehen.

Resolution: „Im vorangegangenen Wirtschaftsjahr 1978/79 ist der Gewinn der schleswig-holsteinischen Betriebe je Familienarbeitskraft um 9,5% gesunken. Besonders drastisch war die Einkommensminderung bei Marktfruchtbetrieben mit 24,7% und den Futterbaubetrieben mit 5,3%. Der schleswig-holsteinische Milchauszahlungspreis ist in den Monaten Juli 79 bis November 79 um 0,2 Pfennig je Liter gesunken. B-Weizen der Westküste ist in diesem Jahr nur mit großen Preisnachlässen zu verkaufen. Stattdessen sind die Schulden gestiegen, die kurzfristigen Verbindlichkeiten allein im Januar 1980 um ca. 90 DM je ha. Kurzfristige Schulden werden nur gemacht, wenn die Erzeugerpreise kein ausreichendes Arbeitseinkommen garantieren. Aus diesem Grunde fordern wir unseren Präsidenten Heereman auf, von unserer Forderung von 7,9% nicht herunterzugehen. Wir sind bereit, für die Durchsetzung dieser Forderung zu demonstrieren!"

Zu Hause stirbt es sich billiger

Die offene Altenhilfe, flankierende Maßnahmen zur Krankenhaus- und Pflegeheimeinsparung

b.sul. Der Hamburger Senat hat auf die Enthüllungskampagne aus verschiedenen Krankenhäusern geantwortet: Es ist in den Hamburger Krankenhäusern alles zum besten bestellt. Dennoch hat es der Hamburger Senat für nötig gehalten, die Bundeswehr einrücken zu lassen. So etwas hat man zuletzt in den Zeitungen gelesen während des Streiks der Beschäftigten in den italienischen Krankenhäusern, und bekanntlich ist die ÖTV kurz vor der Tarifrunde. Daß aber jemand zu Schaden gekommen sei durch irgendwelche Mißstände in den Hamburger Krankenhäusern, sei nicht bekannt. Der Senat hat ja längst zu sogenannten „flankierenden Maßnahmen" gegriffen.

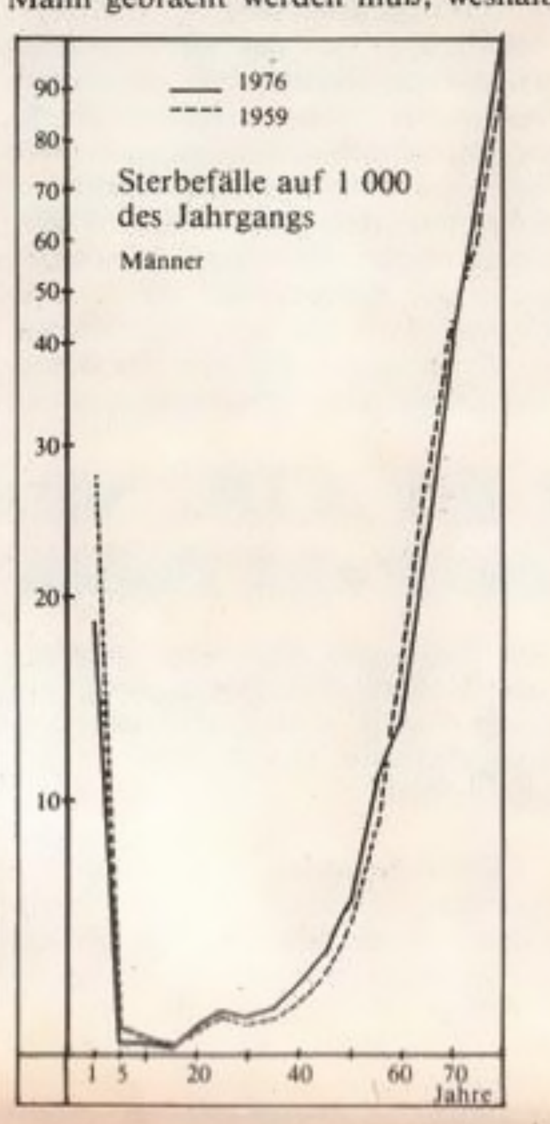
Schon in seiner Regierungserklärung hatte Klose diese angekündigt. Es handelt sich um die „offene Altenhilfe". Es ist geradezu rührend in der Mitteilung des Senats vom 30.1.79 zu lesen, daß er dem Wunsch der Alten nachkommen wolle, die in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung bleiben wollen. Es lebe sich dort leichter... Nach der Kalkulation des Hamburger Senats stirbt es sich dort billiger. Für Alten- und Pflegeheime ist ein sogenannter Bedarfsquotient von 5% eingeplant. Ein Quotient von 12% sei als realistisch anzusehen, was aber bedeuten würde, daß zusätzlich 40000 über 65jährige in solchen Heimen untergebracht werden müßten. Das wiederum wäre keine „Entlastung der besonders kostenaufwendigen Akutbetten in den Krankenhäusern". Da tatsächlich ein weit höherer Teil pflegebedürftig ist als in den Heimen versorgt werden kann, bedeutet dies, „daß ein großer Personenkreis in der Häuslichkeit durch Angehörige oder Nachbarn versorgt werden muß, sehr oft unter Einschaltung der ambulant-pflegerischen Dienste". Diese ambulant-pflegerischen Dienste werden vorwiegend von den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen gestellt. Ungefähr 6000 ehrenamtliche Sozialpfleger sind in Hamburg tätig. „Jedoch ist auch bei dieser Hilfeform zu bedenken, daß die häufig erforderliche Regelmäßigkeit von Hilfen Probleme aufwirft, daß die Anforderungen an die Auswahl und die Schulung der

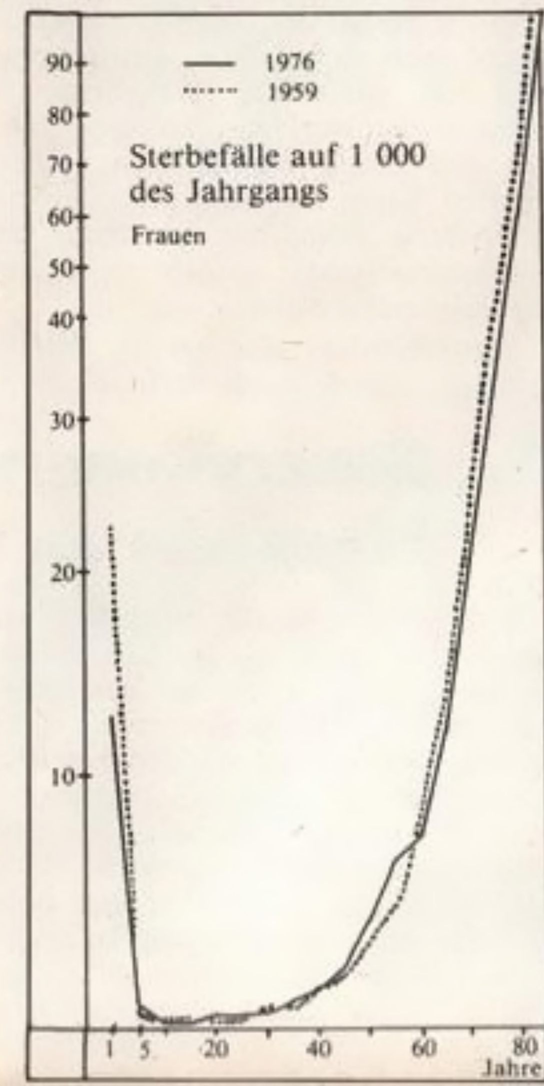
gehörige oder Nachbarn versorgt werden muß, sehr oft unter Einschaltung der ambulant-pflegerischen Dienste". Diese ambulant-pflegerischen Dienste werden vorwiegend von den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen gestellt. Ungefähr 6000 ehrenamtliche Sozialpfleger sind in Hamburg tätig. „Jedoch ist auch bei dieser Hilfeform zu bedenken, daß die häufig erforderliche Regelmäßigkeit von Hilfen Probleme aufwirft, daß die Anforderungen an die Auswahl und die Schulung der

ehrenamtlichen Sozialpfleger ständig wachsen und die Abneigung, unentgeltlich oder nur gegen eine geringe Entschädigung zu arbeiten, weit verbreitet ist". „Der Senat begrüßt deshalb alle Bemühungen, die ehrenamtliche Mitarbeit weiter zu stärken". Für das Wochenende müssen die Verwandten oder die Nachbarn in die Pflicht genommen werden. Dafür werden spezielle Kurse unentgeltlich durchgeführt, diese sind „trotz zahlreicher Angebote jedoch bisher kaum angenommen worden". Manchmal heuchelt der Senat dafür „Verständnis", wenn die Familien auseinandergerissen wurden, aber dann sind die Nachbarn dran. So ist eine der wichtigen Aufgaben der ambulant-pflegerischen Dienste, diese Nachbarschaftshilfe zu mobilisieren und organisieren.

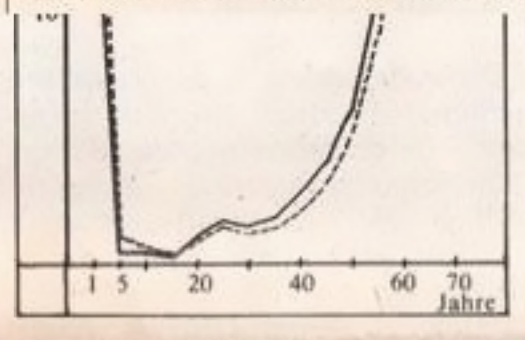
Keineswegs ist die häusliche Pflege oder Haushaltshilfe kostenlos. „Die Leistungen der Haus- und Altenpflege freier Träger sind für den Inanspruchnehmer kostenpflichtig, jedoch werden die Pflegekosten aus Sozialhilfemitteln übernommen, wenn Einkommen und Vermögen des Hilfebedürftigen nicht ausreichen". „Da jedoch weiterhin Klein- und Kleinstrenten oder andere geringe Alterseinkommen anzutreffen sein werden, die zur Daseinssicherung nicht ausreichen", wird die wirtschaftliche Situation „einer Vielzahl älterer Bürger mit Leistungen der Sozialhilfe altersgerecht abgesichert". Altersgerecht ist das senatliche Schlagwort auch für den Modellversuch, die Rentner aus ihren Wohnungen über Umzugsprämien rauszulocken und in Altenwohnungen zu verfrachten.

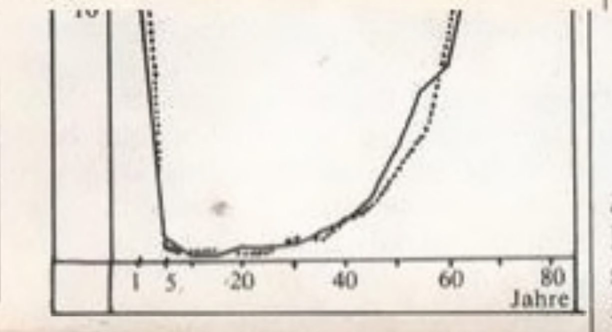
Natürlich ist sich der Hamburger Senat darüber im klaren, daß sein Konzept für billiges Wegsterben an den Mann gebracht werden muß, weshalb zu seinen Aufgaben auch zähle „eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit und den Ausbau wissenschaftlicher Bemühungen um das Alter". Dazu gehören auch Kurse für Vorbereitung auf das Alter, „antizipatorische Bewältigung des Alterns", was die Volkshochschule gegenwärtig für über 40jährige Frauen durchführt, einen davon in einem Betrieb. „Denkbar ist, daß die in den nächsten 3 bis 4 Jahrzehnten ins Alter hineinwachsende Generation, deren Einstellungen durch die Ansprüche fördernde Konsumgesellschaft der Nachkriegszeit und durch Werte wie Demokratie, Freiheit und Mitbestimmung geprägt sind, sich nicht widerspruchslos in das heutige Bild des Alters hineindrängen läßt". Der Senat wird Probleme kriegen mit der Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen.





Man sieht, daß früher gestorben wird. Mehr bei den Männern als bei den Frauen. Das ist der Fabrikarbeit geschuldet. Wir werden dies noch genauer beweisen müssen. Die Daten sind aber nicht veröffentlicht.





Man sieht, daß früher gestorben wird. Mehr bei den Männern als bei den Frauen. Das ist der Fabrikarbeit geschuldet. Wir werden dies noch genauer beweisen müssen. Die Daten sind aber nicht veröffentlicht.



Die Haftpflichtversicherung für das Krankenpflegepersonal muß der Dienstherr zahlen

b.brg. Der „Spritzenerlaß", den die Gesundheitsbehörde im November letzten Jahres herausgegeben hat, legt vor allem fest, daß eine Krankenschwester, die eine ärztlich verordnete Injektion verabreicht, für eventuelle Folgen persönlich haftbar gemacht werden kann. Insbesondere gilt dies bei Übernahme von intravenösen Injektionen, Infusionen und Blutentnahmen durch das Krankenpflegepersonal, da dieses grundsätzlich ärztliche Tätigkeiten sind. „Spritzenkarteien", in die für diese Aufgabe überprüftes Krankenpflegepersonal eingetragen werden soll, schützen diese nicht vor Schadensersatzansprüchen der Patienten. Sie schützen nur den Dienstherrn vor dem Vorwurf, nichtqualifiziertes Personal spritzen zu lassen. Der Dienstherr hat die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, unter denen diese Fehler passieren, zu verantworten, also soll er auch dafür haften, auch bei übernommenen ärztlichen Tätigkeiten.

Im AK Barmbek wurden zuerst die Schüler angewiesen, nur unter Aufsicht einer examinierten Kraft zu spritzen, auch intramuskulär und subkutan. Selbst wenn in der Ausbildung das Spritzen theoretisch gelernt wird, gehört zum wirklichen Erlernen auch Übung, also Zeit. Die Stationen, wo statt einer Schwester eine Schwester und ein Schüler Spritzen geben, sind Ausnahmen. Aber die Barmbeker Schüler halten sich an die Anweisung und geben nicht alleine Spritzen.

Beim Rapport am 8.1.1980 beschlossen die Stationsschwestern und die Oberin ab sofort, bis zur Klärung der Rechtslage alle intravenösen Maßnahmen den Ärzten zu überlassen, was auch von etlichen Ärzten aktiv unterstützt wurde.

Kaum einen Tag dauerte die Aktion, als der ärztliche Direktor Prof. Dr. Tiedemann sie per Rundruf auf den Stationen stoppte. Frech schrieb er einige Tage später, daß „der Ausnahmefall" (in dem das Krankenpflegepersonal ärztliche Aufgaben übernehmen soll, d. Verf.) „nicht so eng interpretiert werden (darf), daß die sach- und zeitgerechte Versorgung der Patienten darunter leidet." Wer will, daß die Patienten korrekt versorgt werden, setzt sich ein für mehr Personal, mehr Betten und gegen das Kostendämpfungsprogramm. Tiedemann dagegen wird gut bezahlt für Vorschläge wie „individuelle, auf gegenseitiger kollegialer Übereinkunft beruhende Regelungen".

Die ÖTV-Mitgliederversammlung wies das Eingreifen Tiedemanns zurück. Eine außerordentliche Personalversammlung zur Klärung der Forderungen soll stattfinden, für die zur Zeit Unterschriften gesammelt werden. – Die ÖTV fordert die gesetzliche Abgrenzung der Aufgaben des Krankenpflegepersonals in Form eines Berufsbildes. Der jetzige Zustand, daß z.B. ärztliche Tätigkeiten nicht grundsätzlich verboten, aber auch nicht ausdrücklich erlaubt sind, kann zu Unstimmigkeiten führen. – Nach Ermittlung des zusätzlichen Arbeitsaufwandes durch Übernahme ärztlicher Tätigkeiten muß der Stellenplan für das Krankenpflegepersonal entsprechend erweitert werden. – Unbedingt richtig ist die Forderung nach einer Haftpflichtversicherung, deren Kosten der Dienstherr trägt. Ein Brief an die Gesundheitsbehörde, der diese Forderungen unterstützt, wurde auf der Mitgliederversammlung der ÖTV verabschiedet.

Krankenpflegeschüler fordern: Nichtanrechnung auf den Stellenplan!

b.sal. Die Forderungen der ÖTV zum Manteltarifvertrag für Auszubildende sind Gegenstand der Auseinandersetzungen der Krankenpflegeschülerinnen und -schüler am Kreiskrankenhaus Heide. Besonders geht es dabei um die Nachtwachen, wo schon im letzten Jahr ein Teilerfolg erzielt worden ist.

sie nicht an Wochenenden und im Schichtdienst arbeiten. Die Dienstzeit wird deshalb so gelegt, daß sie an 5 Tagen in der Woche über 9 Stunden arbeiten müssen. – Oft wird auf den Stationen „geteilter Dienst" gefahren, was dazu führt, daß mittags in der schwach besetzten Zeit nur Schülerin-

Krankenpflegeschüler fordern: Nichtanrechnung auf den Stellenplan!

b.sal. Die Forderungen der ÖTV zum Manteltarifvertrag für Auszubildende sind Gegenstand der Auseinandersetzungen der Krankenpflegeschülerinnen und -schüler am Kreiskrankenhaus Heide. Besonders geht es dabei um die Nachtwachen, wo schon im letzten Jahr ein Teilerfolg erzielt worden ist. Während einige Kurse früher bis über 300 Nachtwachen gemacht haben, ist es den Schülern inzwischen gelungen, die Zahl der Nachtwachen in der großen Krankenpflege auf 35 und in der Kinderkrankenpflege auf 65 zu begrenzen. Gefordert wird jetzt vor allem, daß keine Schülerin allein Nachtwache machen soll, sondern nur zusammen mit einer examinierten Schwester. Tatsächlich wachen selbst auf den großen Stationen mit 30 bis 40 Patienten in der Regel Schülerinnen allein. Landrat Buhse rechtfertigt dies mit der Existenz der sogenannten „Fliegerwachen" (Springer). Für die Ausbildung haben die Nachtwachen keinerlei Wert. Was normalerweise an Tätigkeiten anfällt, ist Putzen und Aufräumen.

Auseinandersetzungen gibt es auch um die Arbeitszeit bei den Schülern, die noch nicht 18 Jahre alt sind. Nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz dürfen sie nicht an Wochenenden und im Schichtdienst arbeiten. Die Dienstzeit wird deshalb so gelegt, daß sie an 5 Tagen in der Woche über 9 Stunden arbeiten müssen. – Oft wird auf den Stationen „geteilter Dienst" gefahren, was dazu führt, daß mittags in der schwach besetzten Zeit nur Schülerin-nen auf Station sind.

Am 25.2. sollen diese Angelegenheiten auf der Vollversammlung der Jugendlichen und Auszubildenden verhandelt werden. Die Stationsschwestern sind auch dazu eingeladen. Das ist gut, denn teilweise gelingt es dem Dienstherrn, zwischen Schülern und Stationsschwestern zu spalten, da diese sich z.B. gegen den Einsatz von examinierten Schwestern im Nachtdienst wehren. Grundlage dafür ist aber, daß es auf den Stationen zu wenig Planstellen für Schwestern gibt und die Schülerinnen noch auf den Stellenplan angerechnet werden. Die ÖTV unterstützt die Forderungen der Schüler nach Nichtanrechnung auf den Stellenplan, aber ein großer Mangel besteht in ihrer geringen gewerkschaftlichen Organisierung. Dies wäre aber notwendig, um die Forderungen zum MTV-A durchzusetzen.

Bürgerversammlung Flensburg: Die Ratsversammlung soll den Vertrag mit der Diakonissenanstalt ablehnen!

b.klw. Die „Bürgerfragestunde" am 15.2. in Flensburg hatte die Ratsversammlung mit dem Ziel angesetzt, um Resignation zu verbreiten. Der Vertrag mit der Diakonissenanstalt, auf deren Gelände eine städtische Frauen- und Kinderklinik gebaut werden soll, sollte als Tatsache hingestellt werden, an der nichts mehr zu rütteln sei, während sie sich gleichzeitig durch öffentliche Diskussion ein bürgernahes Image zulegen wollte. Diese Ziele sind kräftig danebengegangen.

Welche Argumente führten die Ratsherren ins Feld?

– Die Stadt sei gar nicht zuständig. Man hätte sich dem Diktat des Sozialministers beugen müssen. Für Flensburg war nun mal eine Streichung von Betten vorgesehen, so daß die Stadt nur die Alternative hätte, entweder dem Verbundmodell oder der *ersatzlosen* Streichung der Klinik Ost zuzustimmen und damit den städtischen Anteil am Krankenhaus aufzugeben.

– Die Entscheidung sei nicht abhängig zu machen: „Es ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit einer Stadtverwaltung, daß gegebene Zusagen eingehalten und mit Mehrheit gefaßte Beschlüsse ausgeführt werden".

– Die Stadtpräsidentin sprach einem Teil der 50000 Menschen, die für Erhalt und Ausbau der Klinik Ost unterschrieben haben, ausreichende Sachkenntnis ab. Sie wären sich über die Folgen nicht im klaren. Auch wüßte sie von sehr fragwürdigen Zustandekommen der Unterschriften.

– Die Kostendämpfung im Gesundheitswesen wurde gerechtfertigt: Stadtpräsidentin Groß: Die explodierenden Kosten im Gesundheitswesen würden bei einem Neubau des städtischen Krankenhauses die Verdoppelung der Versicherungsbeiträge verlangen.

Von den 800 Flensburgern, die gekommen waren, wurden der Magistrat und die Ratsversammlung heftig angegriffen. In vielen Beiträgen wurde deren undemokratisches Vorgehen herausgestellt, die Bevölkerung solle vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Offenkundig sollten Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung Flensburgs und des Umlandes durchgesetzt werden. Von den Ratsherren bekam man sie daraufhin zu hören, laut Verfassung seien sie schließlich nur ihrem Gewissen verantwortlich.

Der Stadtvertretung wurde der Vorwurf gemacht, gar nicht den Versuch unternommen zu haben, für ein städtisches Krankenhaus zu stimmen. Vom Verein der Krankenhausfreunde war ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben worden, das herausstellt, daß die Stadt in der Standortfrage entscheidende Rechte hat. Die Ratsversammlung wurde aufgefordert, in der Sitzung am 18.2., gestützt auf dieses Gutachten und die 50000 Unterschriften, den Vertrag mit der Diakonissenanstalt abzulehnen. Was die Beschäftigten der Klinik Ost angeht, mußte der Oberbürgermeister schließlich zugeben, er könne noch nicht präzise sagen, *wieviel* übernommen werden könnten.

Statt Verbreitung von Resignation zeigt sich eher, wie im „Flensburger Tageblatt" vom 16.2. steht, „eine Verhärtung der Fronten".

IG Druck und Papier überprüft Situation an der Gewerbeschule 5

b.wir. Am 4.2.1980 fand ein Gespräch zwischen der IG Druck und Papier und der Schulleitung und Lehrern der Gewerbeschule für Drucktechnik über die Situation an der Schule statt. Eingeladen hatte der Vorsitzende des Landesbezirks Nordmark der IG Druck. Weiter nahmen Mitglieder der Grafischen Jugend teil, die auch Mitglieder des Schülerrats sind. Kritisiert wurde von der IG Druck u.a.:

– „ständiger Lehrerwechsel, der sich durch sogenannte ‚Lehraufträge' ergibt."

– „Erheblicher Unterrichtsausfall, da nicht ausreichend Lehrer zur Verfügung stehen."

– „Zum Teil ungenügende Ausbildung der Fachlehrer für den praktischen Unterricht. Hier ergeben sich insbesondere auch dadurch Probleme, daß die Maschinenausstattung in den Betrieben nicht vergleichbar ist mit der der Schule."

– „Die materielle Ausstattung mit Fachbüchern und Maschinen (z.B. wäre nach Auffassung der Kolleginnen und Kollegen eine zweite A-2-Druckmaschine nötig). Im Siebdruck fehlen Farben."

– „Die Siebdruckklasse verrichtet ihre praktischen Arbeiten im Keller, d.h. ohne Tageslicht. Die Offsetdruckerei wird als Klassenraum genutzt. Die Ausstattung der Fotografen wurde ebenfalls kritisiert."

Ergebnis des Gesprächs: Die IG Druck will sich an die Schulbehörde wenden, um eine Erhöhung der Lehrerstellen, die Bewilligung von Fachpraktika für Lehrer und eine Verbesserung der Situation im Siebdruck durchzusetzen.

Die IG Druck wird ihr Augenmerk weiter auf die Lage an der Schule richten, denn ab Ende 1980 soll die Schule umgebaut und renoviert werden über einen Zeitraum von ca. 3 Jahren. Während dieser Zeit wird etwa ein Drittel der Schüler ausgelagert. Anbauten soll es nicht geben, nur eine Veränderung der Raumschnitte, da die Behörde von einem Rückgang der Schülerzahlen von 587 jetzt auf 290 1990 ausgeht.

Schülerkongreß gegen geplante Schulgesetzänderung

r.sbe. Am 23./24.2.1980 findet in Peine der 2. Niedersächsische Schülerkongreß statt, an die 800 Schüler werden erwartet, Veranstalter ist der Landesschülerrat Niedersachsen. Geplant ist der Kongreß als Aktion gegen die geplante Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes.

Verschärfung der Auslese durch Einbau einer zusätzlichen Versetzungsschwelle nach der 11. Klasse, Aufweichung der Schulpflicht durch die verbindliche Einführung des Berufsgrundbildungsjahres und des Berufsvorbereitungsjahres, Stärkung der Stellung des Schulleiters gegenüber Lehrern, Schülern und Eltern und weiterer Entrechtung dieser in der Fage des Schulwesens sind die Wesenszüge der geplanten Änderung. Die jugendliche Arbeitskraft soll frühzeitiger auf den Arbeitsmarkt, der Funktionärsnachwuchs für die Kapitalistenklasse soll ausgewählter sein, darum geht es der Kapitalistenklasse und der Landesregierung. Dagegen sind die Schüler und Eltern, in mehreren Demonstrationen haben sie dies zum Ausdruck gebracht, wie letztlich in Hannover. Aber die Bewegung ist gespalten und uneinheitlich durch eine starke reformistische Strömung. Diese stellt sich so dar, daß die gerechten Forderungen gegen Auslese und Verschlechterung der Ausbildung ihren Ausdruck finden in der Forderung nach Gesamtschulen. Hat die Gesamtschule die offensichtliche Aufspaltung in drei Schulformen aufgehoben, so doch nur, um sie in verfeinerter Form innerhalb einer Schule neu zu erzeugen durch die Aufspaltung in Kurse. Und das Programm Gesamtschule ist in keiner Weise geeignet, der Aufweichung der Schulpflicht entgegenzuwirken, da die obligatorische Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr darüber nicht abgesichert ist. Keiner soll sitzenbleiben, 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Werktagen als Schritte zu einer einheitlichen, obligatorischen Schulausbildung bis zum 18. Lebensjahr sind Forderungen, auf denen die Einheit der Schuljugend gegen die Landesregierung möglich ist.
gierung möglich ist.

Vorbereitung der Lehrerdemonstration gegen den Bremer Senat

r.dem. Für Mittwoch, den 20.2. ruft die GEW in Bremen anläßlich der Haushaltsberatungen der Bremer Bürgerschaft zur Demonstration für Arbeitszeitverkürzung auf. Nachdem Frister die Spaltungsversuche des Bremer Senats, den Sek-I-Lehrern, die über 35 Jahre alt sind und 27 Stunden unterrichten, die Pflichtstundenzahl um eine halbe Stunde zu senken, als weniger als nichts bezeichnet hat, hat jetzt der SPD-Fraktionsvorsitzende Wedemeier den Vorsitzenden des GEW-Landesverbandes ultimativ aufgefordert, sich von dieser Haltung zu distanzieren, da sonst die Fraktion nicht für die halbe Stunde Verkürzung stimmen könnte. Frister wie Landesvorstand haben sich gegen diese Frechheit verwahrt und erklärt, die halbe Stunde würden sie nehmen, aber an den Kampfzielen würde sich nichts ändern.

Am Schulzentrum Waller Ring ruft die GEW zu weitergehenden Kampfmaßnahmen und Arbeitsniederlegungen auf. Es sollen keine Korrekturen mehr gemacht werden, abgelehnt werden sollen alle zusätzlichen Tätigkeiten wie Sonderaufgaben. Schulsenator von Hassel hat dazu den GEW-Landesvorstand zu einem Gespräch aufgefordert. Der Landesvorstand lehnte dieses Gespräch als Einmischung ab. Am Gymnasium Hamburger Str. wurde jegliche Mehrarbeit und zwangsweise Zuweisung als Tutor abgelehnt. Beschlossen wurde, langsam zu arbeiten und die Pausen auszudehnen. Am Schulzentrum Vorkampsweg lehnt die Gesamtkonferenz es ab, Gutachten und Benotung für Referendare zu schreiben. An den Kaufmännischen Lehranstalten in Bremerhaven fordert der Gesamtkonferenzbeschluß die Offenlegung der Haushaltsmittel für Lehr- und Lernmittel. Die Delegiertenkonferenz der GEW Bremen West hat sich gegen die Gebührenerhöhungen des Bremer Senats erklärt und unterstützt den Forderungsvorschlag und Lohnkampf der ÖTV.

Aktionswoche Kantine

r.hob. Am 12.2.80 war Schülerratssitzung der Gewerblichen Berufsschule 5 Hannover. Ein Drittel der 170 Schülervertreter waren anwesend. Die Schülervertretung wird sich an dem in Peine einberufenen Schülerkongreß gegen die niedersächsische Schulgesetznovelle am 23./24.2.80 beteiligen. Der Schülerrat will auf Antrag verschiedener Schülervertreter die Verteilung des Textes der Schulgesetznovelle an alle Klassen organisieren. Empfohlen wurde, daß die Schulgesetznovelle in den betrieblichen Jugendversammlungen besprochen werden sollen. Aufgrund der Auseinandersetzung mit der Novelle in den Betrieben sollen dann die Forderungen für die Demonstration aufgestellt werden, zu der landesweit für den 19.3.80 in Hannover aufgerufen wird.

Verschiedene Forderungen wurden auf der Sitzung bereits genannt: Unterstützung der Forderung nach Lernmittelfreiheit, die vom Landesschülerrat aufgestellt wurde, zweimal sechs Berufsschulstunden an zwei arbeitsfreien Tagen. Vor der Demonstration wird dann ein Treffen einberufen, auf dem die Parolen festgelegt und die Transparente gebastelt werden sollen.

Vom 10. – 14.3.80 findet in der Gewerblichen Berufsschule 5 Hannover eine „Aktionswoche Kantine" statt. Gefordert wird eine Kantine für das gesamte Berufsschulzentrum, in dem sich täglich an die 3000 Schüler aufhalten, ohne eine warme Mahlzeit zu bekommen. Hierzu ist ein Fragebogen geplant, in dem erhoben wird, wer welche Anfahrtswege hat und wer wieviele Stunden unterwegs ist. Die Lösung, daß 30 Schüler im Versorgungsamt (liegt gegenüber der Berufsschule) mitessen können, ist kein Weg für 3000. Weiter ist eine Fotoausstellung geplant, in der dargestellt werden soll, wie lang die Schlangen an der Pommes-Frites-Bude und an den Verkaufsstellen der Hausmeister (Kakao, Kekse usw.) sind. In der Aktionswoche sollen dann Flugblätter in der Innenstadt verteilt werden.

Landes-Datenschutzbeauftragter beklagt mangelndes „Datenschutzbewußtsein" der Bevölkerung

r.scm. Das Niedersächsische Datenschutzgesetz (NDSG), am 1.1.1979 in Kraft getreten, sah die Berufung eines Datenschutzbeauftragten vor. Dieser hat nun seinen ersten Tätigkeitsbericht vorgelegt. Nicht mehr als 300 Menschen haben sich während des vergangenen Jahres an diesen Herrn Tebarth gewandt, der deshalb als Aufgabe für die Zukunft sieht, „das Datenschutzbewußtsein der Bürger" zu wecken und zu vertiefen.

Das NDSG erklärt die Verarbeitung von Personendaten für unzulässig, wenn sie nicht gesetzlich oder von dem Betroffenen ausdrücklich erlaubt sind. Nach demselben Gesetz ist ausdrücklich jede Datenverarbeitung und -übermittlung erlaubt, wenn sie „zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden (übermittelnden oder empfangenden) Stelle liegenden Aufgaben erforderlich ist" (§§ 9 und 10). So hat der Datenschutzbeauftragte auch nichts daran auszusetzen, daß z.B. öffentliche Verkehrsunternehmen Schwarzfahrerkarteien führen, denn „eine Weitergabe der gespeicherten Daten an Dritte oder andere öffentliche Stellen mit Ausnahme der Staatsanwaltschaft erfolgt nach den bisherigen Feststellungen nicht."

Das NDSG verpflichtet die Behörden auf Anfrage des Betroffenen, Auskunft über dessen gespeicherte Daten und ihre Verwendung zu geben, sofern dies nicht „die rechtmäßige Erfüllung der Aufgaben" der Stelle oder „die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder sonst dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde" oder sich die Auskunft auf die Übermittlung von Daten an die Behörden des Sicherheitsbereiches (Verfassungsschutz, Polizei, Staatsanwaltschaften) oder der Landesfinanzbehörden bezieht. „Dies führt in besonders sicherheitsempfindlichen Bereichen in aller Regel dazu, daß dem Betroffenen lediglich mitgeteilt werden kann, daß die Überprüfung keine Verletzung datenschutzrechtlicher Bestimmungen ergeben habe. Dies kann sowohl bedeuten, daß keine Speicherung erfolgt ist, als auch, daß eine erfolgte Speicherung rechtens ist."(Tätigkeitsbericht)

Schließlich sieht das NDSG noch ein öffentliches Register der staatlichen Dateien vor, wobei wiederum der Sicherheitsbereich ausgenommen ist. Wo von einer Einschränkung staatlicher Kontrolltätigkeit gegenüber den Volksmassen durch den Datenschutz keine Rede sein kann, geben die Verwaltungsvorschriften des niedersächsischen Innenministers zum Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) als Zweck der Datensicherung „eine störungsfreie und gegen Mißbrauch gesicherte Datenverarbeitung" an, denn „jede Störung oder Verzögerung der Datenverarbeitung kann schwerwiegende Folgen haben." Dieses Ziel kommt auch in den Strafvorschriften des NDSG zum Vorschein, wo neben dem unbefugten Übermitteln, Verändern oder Abrufen von Daten auch das *Löschen* unter Androhung von Gefängnis oder Geldstrafe gesetzt wird. Unter dem Vorwand der Einschränkung der staatlichen Kontrolle über die Massen wird so in Wahrheit die umfassende Kontrolle der Beschäftigten in den Dateien betrieben. In den Verwaltungsvorschriften zum BDSG werden als Beispiele für geeignete Sicherheitsmaßnahmen u.a. aufgeführt: „Festlegung befugter Personen – Berechtigungsausweise... – Anwesenheitsaufzeichnungen... – Türsicherung (Elektrischer Türöffner, Ausweisleser, Fernsehmonitor etc.) – Einbau von Schleusen – Closed-Shop-Betrieb – Entsprechende Ausgestaltung der Maßnahmen zur Objektsicherung (z.B. Spezialverglasung, Einbruchmeldesystem, Absicherung von Schächten, Geländebewachung)" bis hin zum „Verbot der Mitnahme von Taschen und sonstigen Gepäckstücken in die Sicherheitsbereiche".

5. Bauernkongreß der CDU wird „breitgestreutes Eigentum an Grund und Boden" nicht sichern

r.bel. Vom 20. bis 22. Februar findet der 5. Bauernkongreß der CDU in Oldenburg statt. Er trägt den Titel „Landwirtschaft in einer freien Gesellschaft". Auf dem Kongreß sollen u.a. Vorsitzender H. Kohl und Kanzlerkandidat F.J. Strauß sprechen. Wie auf dem letzten Bauernkongreß der CDU vor vier Jahren in Oldenburg soll auch diesmal das neue Agrarprogramm der CDU verabschiedet werden. Das Landwirtschaftsblatt Weser-Ems, die Zeitschrift der Landwirtschaftskammer, wußte zu berichten, daß „das Agrarprogramm diesmal nicht mehr diskutiert, sondern verabschiedungsreif vorgelegt werden" soll (6/80). Tatsächlich wird der Entwurf rar gehandelt: Auf Anfrage der Redaktion bei der Oldenburger CDU-Größe Niewerth ließ dieser sich durch seine Frau verleugnen, und der niedersächsische Landwirtschaftsminister Glup behauptete, es noch nicht zu kennen. Stützen wir uns also auf andere Quellen.

Da schreibt Strauß in seinem neusten Buch „Zur Lage", erschienen 1979, einen Absatz zur Landwirtschaft, u.a. folgenden Satz: „Wir wenden uns auch gegen die Agrarpolitik der linksliberalen Bundesregierung, die bevorzugt Großbetriebe durch Förderschwellen begünstigt und eine Klassenbildung innerhalb der deutschen Landwirtschaft fördert"(S. 165). Glup liegt auf der gleichen Linie in seinen „Leitsätze(n) der CDU zur Agrarpolitik für Niedersachsen": „Die CDU befürwortet das Nebeneinander von Haupt-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben. Jede dieser Betriebsformen hat ihre Daseinsberechtigung im ländlichen Raum." Glup stellt in diesen Leitsätzen auch fest: „Die CDU bekennt sich zum breitgestreuten Privateigentum am Grund und Boden. Sie sieht darin eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Freiheit und für freies Unternehmertum." Gewinnen will die CDU mit diesen Auffassungen die kleinen und mittleren Bauern, die durch maßlose Überarbeit und Unterkonsum ihre Existenz als Kleinproduzenten zu halten versuchen, um der Fabrikarbeit unter Fuchtel der Kapitalisten zu entgehen.

„Die Verantwortung für ihre Betriebe tragen die Landwirte selbst. Die Landesregierung hilft durch Beratung in Wirtschafts- und Sozialfragen, bei Maßnahmen zur Verbesserung der Flächen-, Betriebs- und Marktstrukturen"(Glup in: Seit 6. Februar hat Niedersachsen eine CDU-Regierung). Da die Landesregierung „hilft", sollen sich die Bauern folgende Bilanz, die unter Albrechts Führung zustande kam, selbst zuschreiben: Während es 1976 noch 153586 landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen gab, waren es 1978 146098, also 6911 weniger. Beseitigt wurden in erster Linie Bauern von 0,5 bis 40 ha; Betriebe mit 50 ha und mehr nahmen um rund 300 zu. Die Verschuldungsstatistik der Landwirtschaftskammer Weser-Ems weist 1976 ein Guthaben von 537 DM/ha und eine Verschuldung von 2715 DM aus. 1979 schnellt die Verschuldung auf 3403 DM hoch, das Guthaben hingegen steigt bloß auf 550 DM an. Zwei Drittel der Verschuldung entfällt auf langfristige Kredite. Das ist nicht verwunderlich, denn:

„Der Arbeitsplatz in der modernen Veredlungswirtschaft erfordert inzwischen – ohne Bewertung des Bodens – eine Kapitalausstattung von 0,5 bis 1 Million DM" (Landwirtschaftsblatt Weser-Ems 32/79). Schwerpunktgebiet in der Schweine-, Rindvieh-und Geflügelhaltung ist Weser-Ems. In diesen Produktionsbereichen wird die Konkurrenz bis zum äußersten gestachelt. 1967 entfielen z.B. bloß 10% aller Schweine auf Betriebe mit mehr als 200 Schweinen. 1977 waren es 48%. Hinsichtlich der durchschnittlichen Bestandesgröße liegt Weser-Ems mit 77 Schweinen weit über dem Bundesdurchschnitt mit 39. Cloppenburg liegt zwar schon bei 119, aber was ist das gegen den Schnitt der holländischen Provinzen Nordbrabant (249) und Limburg (224), stachelt Glup. „Eine freiwillige Aufgabe von Marktanteilen an die Holländer hält Minister Glup nicht für den richtigen Weg der Agrarstrukturpolitik in Niedersachsen"(LWE 21/79). Er ist dafür, daß nur noch solche Betriebe gezielt investiv gefördert werden, bei denen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Verbesserung der Einkommensentwicklung gegeben sind"(LWE 27/79). So zerstiebt das „breitgestreute Eigentum an Grund und Boden" an der rauhen europäischen Wirklichkeit.

Die Tätigkeiten des Bremer Senats

Koschnick im Gespräch mit Vertretern von Daimler und Deutsche Bank...



„Zur Abrundung des Südwerkes beabsichtigt Daimler Benz weitere Grundstücke... auf freiwilliger Basis zu erwerben..."



„Aber wir wollen auch, daß die Bürger dieser Stadt in einer lebenswerten Umwelt wohnen können... Wir werden dabei in vielen Fällen Schwierigkeiten nur... mit einfallsreichen Maßnahmen ausräumen können." (Koschnick)



„Hinsichtlich der Personalkosten ist festzustellen, daß in Bremen das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten niedriger liegt als in vergleichbaren Städten."(Wirtschaftsstrukturprogramm Bremen 1978-85)



Zur Schließung der Deckungslücke im Etatplan 1980 werden wir über Steuer- und Gebührenerhöhungen 56 Mio. DM mehr einnehmen.





600000 griechische Bauern boykottieren den Markt

Höhere Erzeugerpreise gefordert / Kampf gegen EG-Bauernlegeprogramm

z.mif. An einem landesweiten Streik vom 4. bis 10. Februar in Griechenland haben sich nach Presseberichten 600000 der 800000 Bauern beteiligt. Ihre Forderungen an den Staat sind:
- garantierte Erzeugerpreise, die die Produktionskosten decken,
- Versicherung der gesamten Ernte gegen Witterungsschäden,
- Stundung der Schulden,
- Verdreifachung der Altersrenten.

In vierzig großen und mittelgroßen Städten führten die Bauern am Wochenende Demonstrationen durch, die unter den Arbeitern und Angestellten, die großenteils derzeit im Lohnstreik stehen (s. S. 11), auf große Unterstützung stießen. Vielerorts schütteten die Bauern die Milch auf die Straße – von den niedrigen Erzeugerpreisen können sie nicht leben. Mehrere tausend Tonnen Zitronen konnte die griechische Bourgeoisie nicht wie geplant in die UdSSR und nach Rumänien exportieren, drei Schiffe in Korinth blieben unbeladen. Auf einer Konferenz im Anschluß an den Streik hat der Bauernverband über die Weiterführung des Kampfes beraten; nach Presseberichten waren viele Bauern für Weiterführung des Boykotts der städtischen Märkte.

Die EG-Imperialisten haben die feste Absicht, innerhalb der nächsten fünf Jahre die griechische Landwirtschaft, die großenteils von Kleinbauern, die sich vor allem selbst ernähren, geprägt ist, in eine kapitalistische Plantagenwirtschaft zu verwandeln. Zwischen 1965 und 1974 wurden bereits 500000 „Erwerbstätige" aus der Land- und Forstwirtschaft gesäubert. 1978 gingen über 20% der landwirtschaftlichen Produkte in den Export, im Wert von etwa einer Milliarde Dollar: vor allem Frischobst und Trockenfrüchte sowie Tabak. Der Pfirsichanbau wurde in zehn Jahren verdreifacht.

Die griechischen Bauern haben sich den Zorn der Imperialisten zugezogen, weil sie hartnäckig an ihrem Land festhalten. Dr. Burberg von der Universität Münster zügelt seine Empörung mühsam: „In einer ‚modernen' Version läßt etwa der ehemalige Bauer von der Peleponnes und jetzige Industriearbeiter in der Bundesrepublik die notwendigen Pflegearbeiten in seinem ererbten Olivenhain von einem Nachbarn gegen Entgelt durchführen, erledigt die Ernte in seinem Urlaub mit Hilfe von Aushilfsarbeitern und verwendet den Erlös zur Abrundung seines Besitzes. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben wird er in seinen ‚Nebenerwerbsbetrieb' zurückkehren, um seinen Lebensabend in der alten Heimat zu verbringen." (Griechenland vor dem Beitritt zur EG, 1977)

Mit der Einverleibung in die EG, die 1981 in Kraft tritt, hoffen die Imperialisten die Enteignung der Bauern zu beschleunigen – innerhalb von fünf Jahren sind die Agrarpreise den EG-Preisen anzugleichen, für Pfirsiche und Tomaten innerhalb von sieben Jahren. Durch kargen Boden, Wasserarmut und die Zersplitterung der Produzenten ist die Produktivität der griechischen Bauern verhältnismäßig niedrig. Der Weizenertrag pro ha betrug 1977 in Griechenland 18,3 dt, in der BRD 45,3 dt.

Die Regierung Karamanlis hat die Öffnung des Landes für die EG-Monopole zur Hauptaufgabe erklärt: „Hauptperspektive der Wirtschafts- und Sozialpolitik Griechenlands für die nächsten Jahre ist die Anpassung des Landes an die Gegebenheiten der Europäischen Gemeinschaft." (Griechenland-Informationen, Dezember 1979) Seit längerem plant die Regierung die Ersetzung der Altersrente durch eine Landabgaberente, hat dies aber bisher nicht durchsetzen können. Die für den Markt produzierenden Bauern sollen durch Einführung der Mehrwertsteuer geschröpft werden; nach vorwurfsvoller Feststellung der OECD sind der Einkommensteuer erst 1646 von 800000 Bauern unterworfen (OECD-Bericht Griechenland, 1979).

Landverteilung in Griechenland: kleinbäuerliche Familienbetriebe, aber die kapitalistischen Plantagen sind auf dem Vormarsch

Größenklasse von ...bis unt....ha	1961 1000	1961 1000 ha	1971 1000	1971 1000 ha	Veränderg. 1961–71 1000	Veränderg. 1961–71 1000 ha	Teilgrundstücke je Betrieb (1971)
unter 1	278,5	132,0	225,8	113,5	–52,7	–18,5	2,6
1–3	426,0	778,3	384,3	702,6	–41,7	–75,7	5,3
3–5	232,4	880,1	209,6	792,5	–22,8	–87,6	7,8
5–10	172,7	1143,3	164,3	1092,6	–8,4	–50,7	10,5
10–20	38,9	498,1	42,8	553,0	+3,9	+54,9	13,0
20–50	6,9	185,3	8,8	243,3	+1,9	+58,0	17,3
50 und mehr	0,7	56,3	0,9	88,9	+0,2	+32,6	27,6

Quelle: Länderkurzbericht Griechenland 1977, Statistisches Bundesamt

Absicht, innerhalb der nächsten fünf Jahre die griechische Landwirtschaft, die großenteils von Kleinbauern, die sich vor allem selbst ernähren, geprägt

Mit der Einverleibung in die EG, die 1981 in Kraft tritt, hoffen die Imperialisten die Enteignung der Bauern zu beschleunigen – innerhalb von fünf Jah-

Landverteilung in Griechenland: kleinbäuerliche Familienbetriebe, aber die kapitalistischen Plantagen sind auf dem Vormarsch

Größenklasse von ...bis unt....ha	1961 1000	1961 1000 ha	1971 1000	1971 1000 ha	Veränderg. 1961–71 1000	Veränderg. 1961–71 1000 ha	Teilgrundstücke je Betrieb (1971)
unter 1	278,5	132,0	225,8	113,5	–52,7	–18,5	2,6
1–3	426,0	778,3	384,3	702,6	–41,7	–75,7	5,3
3–5	232,4	880,1	209,6	792,5	–22,8	–87,6	7,8
5–10	172,7	1143,3	164,3	1092,6	–8,4	–50,7	10,5
10–20	38,9	498,1	42,8	553,0	+3,9	+54,9	13,0
20–50	6,9	185,3	8,8	243,3	+1,9	+58,0	17,3
50 und mehr	0,7	56,3	0,9	88,9	+0,2	+32,6	27,6

Quelle: Länderkurzbericht Griechenland 1977, Statistisches Bundesamt

Nahrungsmittelindustrie: Hoher Verschleiß der Arbeitskraft

r.dog. Unter Anwendung großer Maschinerie betreiben die Nahrungsmittelkapitalisten die Ausbeutung zunehmend in Schicht- und Nachtarbeit. Bei der Nordsee-Fischindustrie in Bremerhaven laufen seit Januar einige Linien der Frosterei in Dauernachtschicht. Die Bedienung und Überwachung der Anlagen erfordert hohe Konzentration bei schwierigen Arbeitsbedingungen (Bild: Eiskremproduktion). Bei Kellogs in Bremen beträgt die Temperatur in dem obersten Boden der Produktionshalle mehr als 24 Grad, wobei die Meßgeräte nicht an den Maschinen aufgestellt werden, weil es dort noch wärmer ist. Hinzu kommt die staubige Luft und der Lärm der Förderbänder und Rüttelsiebe. Die Frauen an den Kontrollbändern, wo verbrannte Corn Flakes aussortiert werden, müssen stundenweise abgelöst werden. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten hat bei Kellogs einen Haustarif über 7,1% mehr Lohn abgeschlossen. Die Tarifkommission Puddingpulver- und Gewürzindustrie der NGG NRW hat am 11.2. ihre Forderung beschlossen: 9,7% mehr Lohn und Gehalt sowie Anhebungen der unteren Lohngruppen im Lohngitter.



der unteren Lohngruppen im Lohngitter.

Erzeugerpreissenkungsprogramm der EG-Kommission für 1980/81

z.elb.Brüssel. Zwischen 1,5 und 3,5% will die EG-Kommission die Richtpreise für 1980/81 „anheben". Die COPA, die Vereinigung der Bauernverbände in Westeuropa, erhebt als Mindestforderung 7,9%. Für Milch, Zucker und Rindfleisch sieht die Kommission eine „Erhöhung" der Richtpreise um 1,5% vor; und EG-Agrarkommissar Gundelach beeilt sich hinzuzufügen, daß die gegenüber 1978 annähernde Verfünffachung der „Mitverantwortungsabgabe" der Milchbauern auf ca. 1 Mrd. DM endlich durchgesetzt werden müsse. Außerdem sollen die Bauern eine zusätzliche Abgabe von 84% des Richtpreises für die Menge Milch zahlen, die 99% ihrer Produktion von 1979 übersteigt. Massenhafte Freisetzung der Milchbauern ist der Schlachtruf der EG-Imperialisten. Treffen wird es v.a. die 45% der Bauern, die zwischen 5 und 20 Kühen besitzen und die bei Strafe des Untergangs zu Rationalisierungen, zur Anschaffung teurer Maschinen gezwungen sind. Bei gesunkenen Erzeugerpreisen und steigenden Produktionspreisen sind sie auf eine Erhöhung der Milchproduktion angewiesen. Durch die 84%-Abgabe würden z.B. den niederländischen Bauern pro Kilo zusätzlich produzierter Milch nicht einmal 9 Pfennig verbleiben, um die Produktionskosten für dieses Kilo zu bestreiten! Wie der westdeutsche hat auch der niederländische Bauernverband massiven Protest angekündigt.

Spanien: Kleinbauern fordern höhere Erzeugerpreise

z.inl. So wie in Barcelona (Bild) führten die Bauern Anfang Februar in vielen Orten Spaniens Treckerdemonstrationen durch; allein in Kastilien in den Provinzhauptstädten Léon, Avila und Zamora. Während die Verbände der Großbauern mit dem Landwirtschaftsminister über Subventionszahlungen wegen der gestiegenen Preise für Benzin und Dieselöl verhandelten, rief die COAG, ein Zusammenschluß von 40



Spanien: Kleinbauern fordern höhere Erzeugerpreise

z.inl. So wie in Barcelona (Bild) führten die Bauern Anfang Februar in vielen Orten Spaniens Treckerdemonstrationen durch; allein in Kastilien in den Provinzhauptstädten Léon, Avila und Zamora. Während die Verbände der Großbauern mit dem Landwirtschaftsminister über Subventionszahlungen wegen der gestiegenen Preise für Benzin und Dieselöl verhandelten, rief die COAG, ein Zusammenschluß von 40



Verbänden der kleinen Bauern und Landarbeitergewerkschaften, zur Aktionswoche auf. Von den Subventionen würden letztlich nur die Kunstdüngerkapitalisten fett, erklärte ein COAG-Sprecher. Die Demonstranten forderten sofortige Erhöhung der Erzeugerpreise. Für etwa 65% des landwirtschaftlichen Produkts in Spanien gibt es staatlich geregelte Fest-, Mindest- oder Interventionspreise. Für Obst und Gemüse gibt es keine Preisfestlegungen. 1977 stiegen nach offiziellen Angaben die Erzeugerpreise um 21,9%, die Inflation lag bei 26,4%. Entsprechend 1978: 10,8% (Januar bis Oktober) zu 16,5%.

Maschinenringe sind Notbehelfe, die den Ruin nicht aufhalten

z.dim. Krasse Unterschiede bestimmen die materielle Lage der Landwirte in der BRD: Durchschnittlich betrug die Wertschöpfung/Beschäftigten 1974/75 14676 DM, gegenüber 31781 DM in der Gesamtwirtschaft. Hierbei fallen auf das einkommensmäßig obere Viertel durchschnittlich 42808 DM, auf das untere Viertel 7033 DM. Um überhaupt weiterexistieren zu können, haben sich die Bauern zunehmend verschuldet, im Jahre 1977: 2539 DM/ha, 1978: 2995 DM/ha, wobei die Verschuldung der Großbetriebe seit Jahren bei 2000 DM/ha stagniert.

Arbeitszeit Pflügen Std./ha

Arbeitsbreite (m)	Parzellengröße (ha) 0,5	1	5	10
a) mit Kehrpflug				
0,5	6,7	5,6	4,4	4,10
0,8	4,4	3,6	2,8	2,60
1,1	3,4	2,7	2,0	1,90
1,4	2,8	2,2	1,6	1,50
1,7	2,4	1,8	1,3	1,20
2,2	2,0	1,5	1,0	0,60
b) mit Beetpflug				
0,5	8,5	7,1	5,2	4,70
0,8	5,6	4,4	3,3	3,00
1,1	4,2	3,3	2,4	2,20
1,4	3,4	2,7	1,9	1,70
1,7	2,9	2,3	1,5	1,40
2,0	2,5	1,9	1,3	1,20

Um dieser Bedrohung ihrer Existenz zu begegnen, haben sich bereits 91600 Bauern und Agrarkapitalisten in 161 Maschinenringen in der BRD zusammengeschlossen, die insgesamt 2,328 Mio. ha bewirtschaften (Prof. Hanf, Kiel). Durch diesen Zusammenschluß soll der Einsatz von Maschinen gewährleistet werden, die sich der einzelne Bauer nicht leisten kann, ohne deren Produktivität er aber den Hof aufgeben muß. Er stellt die Arbeitskraft und/ oder eine einzelne große Maschine, die dann für den ganzen Ring läuft, während im Austausch alle anderen Arbeiten auf dem Hof vom Maschinenring erledigt werden. Große Flächen können mit hoher Schlagkraft, also viel Maschinen, bestellt werden, so daß das Risiko bei engen Bearbeitungsterminen sinkt, außerdem werden sie in der Planung bevorzugt. So spart der Agrarkapitalist Kapital und Kosten für fest angestellte Arbeiter, während der Bauer Frondienst leistet, um die Existenz zu sichern.



Untertext vom Original (Kurzbeschreibung, ohne Hersteller) dazu: Geräte dieser Dimension können in einem kleinen und selbst mittleren Betrieb nur einen Bruchteil ihrer Anschaffungskosten wieder einbringen.

Gleichzeitig wächst die Tendenz zur Beschäftigung von Lohnunternehmern, die ebenfalls Maschinen einsetzen, die so teuer sind, daß sie ein Bauer weder bezahlen noch gewinnbringend einsetzen kann (großer Mähdrescher, Maishäcksler, Rübenroder). Folge davon ist wachsende Abhängigkeit vom Lohnunternehmer und nicht termingerechte Erledigung der Arbeiten bei Auftragsspitzen.

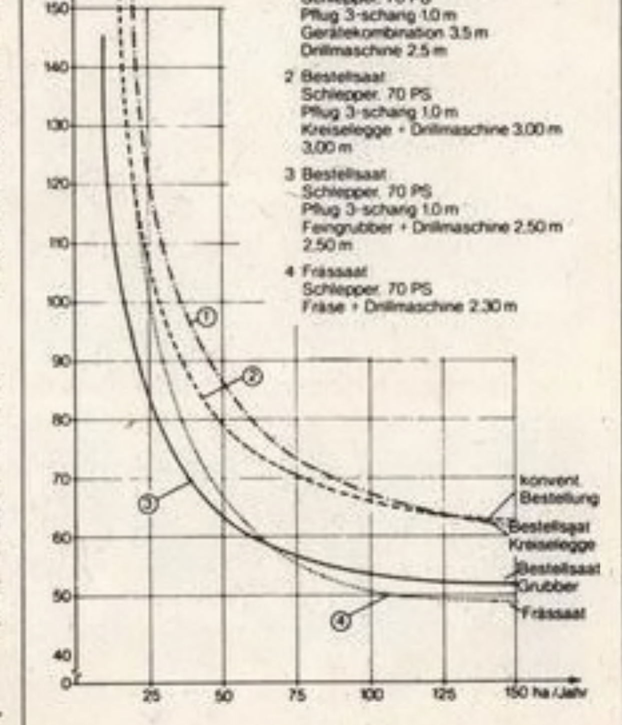
Durch die steigenden Kapitallasten bei gleichzeitigem Verfall der Erzeugerpreise und Inflation der Preise von Vorleistungsgütern ist der Bauer gezwungen, den mengenmäßigen Ertrag zu erhöhen, was aber bei beschränktem Kapital und Besitz an Boden nur durch weitere Ausdehnung des Arbeitsgeschehen kann.

Maschinenringe und Lohnunternehmer sind nicht geeignet, um das Durchschlagen der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise auf die Landwirtschaft zu verhindern. Trotz Bestehens beider Formen überbetrieblichen Maschineneinsatzes seit über 20 Jahren nimmt die Zahl der Bauern unaufhaltsam ab.

Das Überleben als eigenständiger Produzent ist nur möglich bei konkurrenzfähiger Produktivität, die aber, wie das Schaubild zeigt, in der Landwirtschaft sehr stark vom vorhandenen Boden abhängig ist. Nur bei Aufhebung des Privatbesitzes an Boden ist diese Produktivitätsschranke einzureißen und damit die bäuerliche Existenz zu sichern.

Maschinenbesatz in Schleswig-Holstein (Landwirtschaft)

Art d. Besitzes	1960	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Schlepper							
Alleinbesitz	38546	56721	56601	56353	53749	55194	55368
Lohnuntern.:		1258	1290	1241	1402	1441	1448
Mähdrescher							
Alleinbesitz: 6900	2543	7738	7636	7302	7228	7105	6900
Lohnuntern.:	584	855	884	823	791	747	785



Kosten der Arbeitserledigung bei der Getreidebestellung 1968
Lohnunternehmersatz: ca. 65 DM/ha 1968

Saatgut Marke Shell
Imperialistisches Monopol

z.mif. Für die Entwicklung der Landwirtschaft braucht die Dritte Welt hochwertiges Saatgut. Ertragreiche Sorten werden leicht anfällig für Schädlinge. Deshalb müssen immer wieder neue Sorten aus einer großen Anzahl von Saatgut gezüchtet werden. Die Länder der Dritten Welt verfügen vielfach nicht über eigene Saatgut-Sammelstellen und Gen-Banken und über die erforderlichen Experimentiermöglichkeiten. Ihr traditionelles Saatgut ist von ertragreicheren Sorten, die sie von den Imperialisten kaufen müssen, verdrängt. Diese traditionellen Sorten werden aber als Material zur Züchtung neuer Sorten gebraucht – die Imperialisten haben sie sich angeeignet und in Gen-Banken, die meist staatlich kontrolliert werden, monopolisiert. Nach einem Bericht der ICDA, eines internationalen Zusammenschlusses von Entwicklungshilfeorganisationen, sind zwei Drittel des amerikanischen Mais- und Hirse-Handels in den Händen von vier Monopolen: Dekalb, Pioneer, Sandoz und Ciba-Geigy. Die Hersteller von Schädlingsbekämpfungsmitteln sind ebenfalls im Saathandel tätig – sie verkaufen die Sorten, zu denen man ihre Chemikalien braucht. Über zwei Drittel des Bananenexportpotentials sind in der Hand von United Brands (früher United Fruit). Der Weltführer auf dem Saatgutmarkt ist Shell.

Die IG Metall hätte einen besseren Abschluß durchsetzen können

z.frb. Am Morgen des 13. Februar erklärte Hans Janßen, Tarifexperte im Vorstand der IG Metall, die Tarifverhandlungen für die ca. 3,8 Millionen Metallarbeiter in Westdeutschland für beendet. Er hatte mit den Metallkapitalisten für NRW mit 6,8% und einer einmaligen Sonderzahlung zwischen 165 und 30 DM – mithin maximal 8 Pfg. pro Stunde – abgeschlossen. Weitere Tarifgebiete folgten in verdächtiger Eile. Es gab sogleich Beschlüsse gegen das Verhandlungsergebnis. Und es ist unverkennbar, daß ein Aufatmen durch die Propagandamedien der Kapitalisten ging.

Hans Mundorf, Handelsblatt 14.2. ,,Alles in allem kann man sagen, daß das Ergebnis der Metallrunde nicht gerade Anlaß zur Gratulation, aber auch kein Grund zur Schelte ist. Es hätte schlimmer kommen können. Die Arbeitgeber hatten nur die Wahl zwischen zwei Übeln. Sie haben das kleinere gewählt."

Joachim Gehlhoff, Die Welt, 14.2. ,,Wenigstens ging's ohne Arbeitskampf ab. Das ist unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt das Positive, aber auch das einzig Positive an dem neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag in der deutschen metallverarbeitenden Industrie ... Für die Tollheit eines diese gesamtwirtschaftliche Lage verhöhnenden Tarifabschlusses sind die Metall-Arbeitgeber gerade diesmal jedoch nicht allein verantwortlich. Sie standen nun wirklich mit dem Rücken an die Wand."

Wand."

Freilich, der Mann denkt schon an die kommenden Verhandlungen. Aber war es wirklich nötig, sich auf diesen Abschluß in dieser Lage einzulassen? Mußte man sich wirklich gefallen lassen, daß ,,Bild" schreibt ,,Metall: 6,8% und Extra-Schluck für die Kleinen"? Ist das nicht Ergebnis davon, daß Positionen geräumt wurden, die wochenlang der Bild-Zeitung, die ja fast nie verlegen ist, das große Maul gestopft hatten? Waren doch die Kapitalisten zuvor genötigt gewesen, Stück für Stück nachzuziehen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 21.1. ,,Der Hauptgeschäftsführer (von Gesamtmetall) Kirchner erklärte am Sonntag in Köln, es wäre ein ‚Wahnsinn', wenn die Bundesrepublik nach dem Brand im Mittleren Osten, den verteuerten Rohstoffen und der abflauenden Weltkonjunktur zusätzlich mit ‚einer tarifpolitischen Zerreißprobe' belastet würde."

Neue Osnabrücker Zeitung, 24.1. ,,In der Metallindustrie ist es zu ersten Warnstreiks gekommen. Aus Protest gegen das Arbeitgeberangebot von 4,3% ..."

Neue Westfälische, 24.1. ,,Die augenblickliche Wirtschaftslage mache einen baldigen realistischen Tarifabschluß in der Metallindustrie notwendig. Diese Meinung stand im Mittelpunkt der ersten Vorstands- und Beiratsitzung des Unternehmerverbandes der Metallindustrie Bielefeld im neuen Jahr ... In der augenblicklichen Lage müsse allen Beteiligten daran gelegen sein, den sozialen Frieden im Innern zu bewahren."

Süddeutsche Zeitung, 26.1. ,,In einem Meinungsaustausch mit führenden Gewerkschaftlern sowie SPD-Politikern ... hat Bundeskanzler Schmidt seine vertraulichen Gespräche über die Auswirkungen der Krise um die sowjetische Invasion in Afghanistan fortgesetzt. Dem Vernehmen nach diente der Meinungsaustausch der Erörterung wirtschaftlicher Konsequenzen aus der Krise und der Frage eines Boykotts der Olympischen Spiele."

Neue Osnabrücker Zeitung, 29.1. ,,In der Vergangenheit zeigte sich schon mehrfach, wie schnell vereinzelte Protestaktionen einen Flächenbrand nach sich ziehen können."

Neue Westfälische, 29.1. ,,Je realistischer das nackte Lohnzugeständnis ist, um so leichter dürfte es fallen, die in dieser Situation viel schwerer wiegende

dieser Situation viel schwerer wiegende

Forderung der IG Metall nach einer Mindesterhöhung zu relativieren, wenn nicht gar völlig auszuschalten."

Süddeutsche Zeitung, 31.1. Jahreswirtschaftsbericht. ,,Voraussetzung für ein günstiges Investitionsklima ist allerdings, so (Staatssekretär) Schlecht, ‚daß die Tarifabschlüsse auf dem Teppich bleiben'. Die Regierung hofft und glaubt, daß das so sein wird."

ZDF, 4.2. ,,Vor dem Verhandlungslokal in Bad Nauheim demonstrierten am Vormittag etwa 1000 Metaller für die Forderung ihrer Gewerkschaft." Die Kapitalisten bringen eine einmalige Sonderzahlung ins Spiel.

ZDF 5.2. ,,In der diesjährigen Metalltarifrunde sind die Arbeitgeber zum ersten Mal über ihr bisheriges Angebot von 4,8% mehr Lohn und Gehalt hinausgegangen. In der zweiten Verhandlungsrunde für die 110000 Beschäftigten der VW-Werke boten sie 5,6%."



In zahlreichen Flugblättern der Gewerkschaft wurde die Festgeldforderung propagiert. Bild aus ,,Metall": Demonstration in Baden-Württemberg

Handelsblatt, 6.2. ,,Die IG Metall hatte geglaubt, daß sie solche bei den Arbeitgebern schon seit einiger Zeit diskutierten Lösungsversuche schon längst eindeutig abgelehnt habe. Es sei, wie es heißt, verwundert gewesen über den Versuch Knapps, für sein totgeborenes Kind auch noch die tarifpolitische Taufe zu erhalten. Der Einmalbetrag sei für die Gewerkschaft weder grundsätzlich annehmbar, noch verbandspolitisch durchsetzbar. ‚Auf dieser Schiene wird nichts laufen', heißt es, ‚auch nicht in Gelsenkrichen'."

ZDF, 6.2. ,,Auf der Grundlage der am Montag bei den Tarifgesprächen in Hessen entwickelten Lösungsmodelle und Wege scheinen sich die Tarifpartner in NRW jetzt endgültig auf eine gemeinsame Verhandlungslinie verständigt zu haben. Dabei soll die von der IG Metall so hartnäckig geforderte soziale Komponente des Tarifabschlusses mit einer einmaligen Pauschalzahlung erreicht werden und nicht mit einer stärkeren Anhebung der unteren Lohngruppen."

Westfälische Rundschau, 8.2. ,,Nach 15 Verhandlungsstunden trennten sich die Tarifparteien gestern früh in Gelsenkrichen bei einem Arbeitgeberangebot von 6,8% ... Weder in Nordrhein-Westfalen noch in Württemberg vereinbarten die Unterhändler einen neuen Gesprächstermin. Entscheidender Streitpunkt bei den Verhandlungen in Gelsenkirchen waren die Einmalzahlungen für die unteren Lohngruppen II bis IV." Bezirksleiter Herb: die Lage sei günstig; die ,,soziale Komponente"

sei günstig; die ,,soziale Komponente"

des Kapitalistenangebots verdiene diesen Namen nicht. Metallnachrichten Stuttgart 8.2.: ,,25 DM bis 160 DM sind eine Provokation." Dortmund, 8.2.: 126 Betriebsratsvorsitzende fordern die Kapitalisten auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Kapitalistenvertreter Dürr: ,,... Wir wissen aber als erfahrene Tarifleute, daß ein einmal gesetzter Vorgang nicht mehr reversibel ist ..." Doch dann:

Handelsblatt, 14.2. ,,Auch Hans Janßen, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, betrachtet die Lohnrunde für die bundesweit rund 3,8 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie als beendet. Wenn die Gewerkschaft die Tarifbewegung der beiden letzten Jahre bilanziere, ‚dann werden wir uns wahrscheinlich damit sehen lassen können'. Janßen versicherte, daß das Schlichtungsabkommen bereits in dieser Runde ‚alle unsere Erwartungen erfüllt habe'. Die Tarifverhandlungen seien durch dieses Abkommen wieder aufgewertet worden. ‚Diese Eile hätten wir sonst nicht erzielt. Denn keine Partei hat – ganz anders als in der Vergangenheit – auf die Schlichtung geblickt.'" – Wo bloß hat Hans Janßen hingeschielt? Auf die redlichen Anstrengungen der ganzen IG Metall kaum. Wie wären die Kapitalisten nach ihrem 6,8%-Angebot dagestanden, als sie ihren ,,Festbetrag" mit 0,15% verechneten, wenn die Verhandlungsführung auf der Festgeldforderung bestanden hätte! – Noch einer wurde klein. Noch am Abend selbigen 13. Februars hatte sich Nordwürttemberg/Nordbaden dem ,,Modell angeschlossen".

IG Chemie: Hauptvorstand empfiehlt Forderungsart für Lohnkampf

z.wig. Der Hauptvorstand der IG Chemie hat auf seiner Sitzung am 17.1.80 den bezirklichen Tarifkommissionen empfohlen: ,,Die Lohngruppe der Handwerker wird an die entsprechende T-Gruppe (Laboranten) dergestalt ‚angebunden', daß der Lohn der Handwerker um den gleichen DM-Betrag erhöht wird wie der auszuhandelnde DM-Betrag der entsprechenden T-Gruppe (Laboranten). Die gleiche DM-Erhöhung soll für die entsprechende K-Gruppe erfolgen. Für die übrigen Lohn- und Gehaltsgruppen sollen die bis jetzt erreichten prozentualen Relationen beibehalten werden." Die Tarifkommission Hessen und Nordmark haben dieser Empfehlung folgend die Forderungsart beschlossen. Die Tarifkommission Rheinland-Pfalz tagt am 3. März und beschließt dort über die Struktur der Forderung.

Parallel zu der Lohnforderung, die in der jetzigen Form ein Schritt in Richtung gleiche Bezahlung von im Prinzip gleich ausgebildeten Arbeitern und Angestellten ist, will die IG Chemie auf Bezirksebene Entgelttarife abschließen, die auch die prozentualen Verhältnisse zwischen den Lohn- und Gehaltsgruppen festhalten. Auf einer Angestelltentagung der IG Chemie in Darmstadt, wo Bezirksleiter Mettke diese Forderungen erläuterte, wurden die Ziele des Entgelttarifvertrages unterstützt, bezüglich des Lohngruppenschlüssels aber eine jährliche Kündigung mit den Lohn- und Gehaltstarifen verlangt.

In den anderen Bereichen der Chemieindustrie hat es bereits einige Abschlüsse in diesem Jahr gegeben. Für die Beschäftigten der kunststoffverarbeitenden Industrie in Westberlin hat die IG Chemie jetzt eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von insgesamt etwa 7,5% durchgesetzt. Gefordert waren 8,5%. Die Verhandlungen über einen neuen Gehaltsgruppenplan für die Kautschukindustrie Hessen / Rheinland-Pfalz / Niedersachsen sind fortgesetzt worden. Über folgende Punkte hat die IG Chemie bereits Einigung mit den Kapitalisten erzielt. Der neue Gehaltsgruppenplan besteht aus neun Gruppen. Es gibt keine Unterscheidung mehr zwischen K- und T-Angestellten. Über die Einbeziehung der Gehaltsgruppe M ist noch nicht entschieden. Die Gehaltsgruppen sollen in Zukunft nur nach Tätigkeitsbereichen und nicht mehr nach Lebensalter gestaffelt sein. Am 5./6. März werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Um die Einführung der im letzten Manteltarif vereinbarten zusätzlichen Freischichten für 3-Schichtarbeiter, die Nachtschicht leisten, gibt es gegenwärtig in einigen Betrieben Auseinandersetzungen. Die Kapitalisten verweigern oft Schichtarbeitern die Freischicht, weil sie angeblich nicht dauernd in Nachtschicht arbeiten. Bei BASF z.B. hat der Betriebsrat 13 Freischichten pro Jahr errechnet und gefordert, während die BASF-Kapitalisten nur sieben angeboten haben.

Lohnbewegung Druckindustrie: Fortsetzung des Vorgehens gegen die Niedrigstlöhne

z.haj. Am 27. Februar tritt die Große Tarifkommission der Industriegewerkschaft Druck und Papier zusammen, um über die Tarifforderung in der Druckindustrie zu beschließen. Im Bereich der papierverarbeitenden Industrie ist in dem Tarif für die rund 109000 Beschäftigten seit Anfang dieses Monats offen ist, hat der Hauptvorstand empfohlen, 9,5% verbunden mit zusätzlicher Anhebung der unter dem Ecklohn liegenden Lohn- und Gehaltsgruppen zwischen 5 und 2% zu verlangen.

In fast allen Bezirken wurden bereits Vorschläge für die Aufstellung der Forderung beschlossen. In Hamburg hat die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft 250 DM / mindestens 14% verlangt. In Westberlin lagen auf der Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz des Landesbezirks Forderungen zwischen 8,5 und 12,9% in Verbindung mit Festbeträgen um 170–200 DM vor. In Hannover erhielt auf der Mitgliederversammlung der Vorschlag 250 DM / 12% verbunden mit einer Kündigungsklausel bei mehr als 5% Preissteigerung die Mehrheit. In Duisburg hat die Jahreshauptversammlung 200 DM / 12% mindestens und Streichung der unteren beiden Lohngruppen gefordert. In Frankfurt schlägt die Mitgliederversammlung 260 DM Festgeld, Streichung der unteren Lohngruppen, Wegfall der Altersstaffelung und des 1. Gehilfenjahres vor. Auf den Mitgliederversammlungen in Bayern wird bis zum 22. Februar der Vorschlag des Landesbezirksvorstands beraten: Lohnerhöhung 40 DM wöchentlich, mindestens 9% und außerdem Streichung der Lohngruppe 1.

Es besteht also eine starke Einheit dafür, gegen die niedrigen Löhne der Hilfskräfte, der Aushilfsarbeiter und der angelernten Arbeiter eine greifende Forderung aufzustellen. Das ist entscheidend. Wie in den anderen Industrien liegen den Spannen auf der Prozent- und Festbetragsseite der Forderungsvorschläge vor allem unterschiedliche Einschätzungen zugrunde, welche Forderung als Tarif durchgesetzt und auf den Effektivlohn tatsächlich übertragen werden kann.

Mit den bisherigen Ergebnissen in der Metallindustrie hat sich bereits herausgestellt, daß durch Konzentration auf eine Forderung, die gegen die Niedriglöhne wirkt und für die höheren Lohn- und Gehaltsgruppen ausreicht, eine feste Einheit gebildet werden kann, während die Kapitalisten gespalten und unter ziemlich starken Druck gesetzt werden können. Mit den bisherigen Abschlüssen in der Metallindustrie ist daher auch keineswegs der Weg der Lohnbewegung in der Druckindustrie vorgezeichnet, sondern eher der Ausgangspunkt für einen weiteren notwendigen Vorstoß der Lohnbewegung in der gesamten Industrie gegen die weitere Absenkung der Niedrigstlöhne durch die Kapitalisten.



z.elb.Brüssel. **Mit dem neuen Tarifvertrag in der belgischen Textilindustrie haben die Arbeiter eine schwere Niederlage erlitten.** Bei einer zweijährigen Laufzeit erhalten sie neben der obligatorischen Anpassung der Löhne an die offizielle Preissteigerungsrate eine Lohnerhöhung von umgerechnet 21 Pfennig pro Stunde, die in zwei Phasen, zum 1.9.80 und 1.9.81, ausgezahlt wird. Dieser Lohnraubabschluß wird die Spanne zwischen den Löhnen der Textilarbeiter, die die niedrigsten in der Industrie sind, und denen der anderen Industriearbeiter verbreitern. Die Textilkapitalisten konnten durchsetzen, daß die Einführung der 38-Stundenwoche am 1.7.81 in Form von zwei freien Tagen an die Verpflichtung der Gewerkschaften gebunden ist, ,,die Einrichtung der Halb- und Vollcontischicht zu fördern". Damit nicht genug, wird dem Arbeiter, der zwei Mal pro Jahr krank ist, ein halber der zusätzlichen freien Tage abgezogen, ist er drei Mal krank, ein ganzer Tag. Mit diesem Tarifvertrag stoßen die Kapitalisten nach bei der stetigen Verschärfung der Ausbeutung in den letzten Jahren (von 1976 bis heute wurde die Zahl der Textilarbeiter nahezu halbiert), die die Arbeiter in heftigen, aber zersplitterten Aktionen bekämpft haben. Die Beschäftigten der Jeansfabrik Salik z.B. haben 1978 die Schließung der Fabrik verhindert und produzieren in eigener Verantwortung weiter (Bild). Der Tarifvertrag stößt auf breite Ablehnung; u.a. die Gewerkschaftsdelegierten des Distrikts Gent-Eeklo, die 22% der Textilarbeiter repräsentieren, lehnen ihn ab.

z.bag.Aarhus. **Die verschiedenen ,,Krisenpakete" der dänischen Regierung haben den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den letzten drei Jahren eine laufende Senkung des Reallohns und eine Steigerung der Arbeitsintensität gebracht.** Die neueste Masche in dieser Richtung ist die versuchsweise Anordnung in zwei Gemeinden, daß die Postboten gleichzeitig als Sozialhelfer arbeiten, indem sie z.B. alten Leuten Kaffee kochen bzw. ,,Sozialfälle" den Behörden melden. Bisher haben sich vor allem die Lehrer an Schulen und Hochschulen gegen Überstunden und Lohnabbau zur Wehr gesetzt; Ende letzten Jahres die Aushilfslehrer an der Universität Kopenhagen und im Januar die Lehrer an Volks- und Handelsschulen. Jetzt fordert die Polizeigewerkschaft Lohnerhöhungen und den Abbau der Überstunden.

z.rül.London. **Seit Montag letzter Woche ist der Hafen von London durch einen Streik von 1200 Hafenarbeitern der Gewerkschaft NASDU lahmgelegt, die 30% höhere Löhne und fünf statt vier Wochen Urlaub fordern.** Seit 1968 verringerten die Hafenkapitalisten die Zahl der Arbeiter von 28000 auf 7000. 38% des Bruttolohns der Arbeiter sind Zulagen für Überstunden, Schichtarbeit und Tonnage, im Grundlohn verdienen sie ganze 61 Pfund netto die Woche (ca. 1060 DM im Monat). Ihr Streik wird von den 3500 Mitgliedern der TGWU, die 43% fordern, unterstützt. Die Kapitalisten bieten 10% an, plus 2% ab Juni, wenn die Gewerkschaften 800 Entlassungen und einer ,,Überprüfung der Arbeitspraktiken" zustimmen.

z.anb.Wien. **Laut Urteil des Obersten Gerichtshofes Österreichs ist die Streichung der Jahresprämie in Höhe eines Monatslohns im staatlichen Stahlkonzern VEW rechtens.** Das Gericht wies die Klage eines Schlossers auf Auszahlung der seit 1975 einbehaltenen Sonderzahlung zurück, da es sich um eine ,,Erfolgsprämie" handle, und der ,,Erfolg" müsse in der Jahresgewinnrechnung ausweisbar sein. Seit 1975 aber sei der Gewinn rückläufig – beträchtliche Investitionen zur Umwälzung der Produktion zwecks Gleichziehen vor allem mit der Konkurrenz in der EG dienen hierzu als Beleg. Tatsächlich annuliert das Gericht betriebliche Vereinbarungen, über die die Arbeiter der VEW bereits die Vorläuferfirma Böhler 1953 und 1963 zur *regelmäßigen* Zahlung der Jahresprämie gezwungen hatten.

z.inl. **Am 4.2. traten die Stahlarbeiter von Ensidesa auf Aufruf von CCOO und UGT in einen einwöchigen Streik.** Der staatliche spanische Stahlkonzern (26054 Beschäftigte) hatte einen Sanierungsplan vorgelegt, der Reduzierung der Personalkosten, Produktionserhöhung, Stillegungen vorsieht und 4% mehr Lohn für 1980, 7% für 1981 ,,anbot". Der Rahmen für diesen Angriff ist der von der Regierung gebilligte Stahl-Entwicklungsplan 1979–1985. Danach will Spanien seine Kapazität von 11 Mio. t 1978 auf 18,6 Mio. t 1985 erweitern, mit Schwerpunkt auf Flachstahl. 6,6 Mrd. DM sollen in den Plan investiert werden. Die Arbeiter sind nicht bereit, für diese Sorte Entwicklung zu bluten. Sie fordern Lohnerhöhung entsprechend der Inflationsrate, tarifliche Absicherung der Produktivitätsprämie, 40-Stunden-Woche, vollen Lohn bei Krankheit und höhere Renten.

z.mif. **Die Streikbewegung in Griechenland nimmt weiter an Stärke zu.** Die Gewerkschaft der Bankangestellten, die mit 35000 Mitgliedern seit dem 17. Januar im Streik steht, hat die Weiterführung des Kampfes beschlossen. Bereits im August hatte sie den Kampf für höheren Lohn und gegen eine verschlechterte Arbeitszeitregelung aufge-

Kampf gegen Niedriglöhne im öffentlichen Dienst vor schwierigen Aufgaben

z.wom. Am Tag nach dem Metallabschluß in NRW gab die Zeitung Welt als Richtung an, daß jetzt im Öffentlichen Dienst auf jeden Fall unter Metall abgeschlossen werden müsse. Die anderen Presseorgane der Kapitalistenklasse sagten es nicht so direkt, sondern vermerkten, daß der Metallabschluß richtungsweisend sei. Über den Mindestbetrag des Forderungsvorschlags der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes wurde sich ausgeschwiegen.

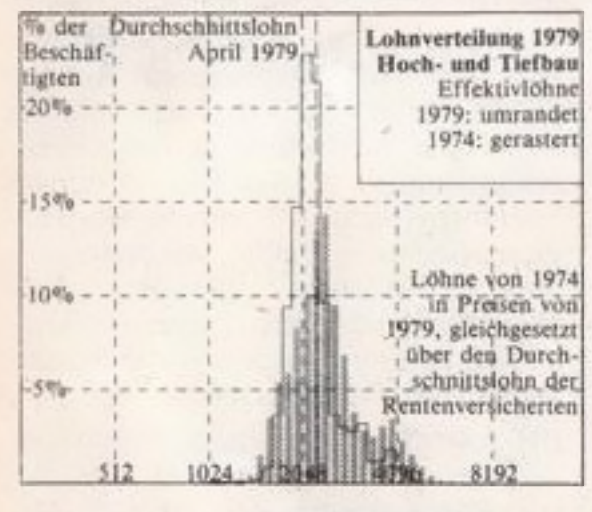
Durch den Metallabschluß ist der Kampf gegen die Niedriglöhne in den Öffentlichen Diensten schwieriger geworden. Nimmt man das Volumen des Metallabschlusses als Marke und den 7%-Köder des Grafen aus der Bundesregierung, dann ergibt das auf die Struktur der Forderung im Öffentlichen Dienst etwa 128 DM / 6% oder 120 DM / 6,5%, eigentlich zu wenig für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Die Kapitalistenklasse wird darauf drängen, daß Baum und die anderen Dienstherrn die Mindestforderung und vor allem ihre tarifliche Absicherung zu Fall bringen. Dazu wird die Sicherheit der Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst als Argument herhalten müssen und sicher auch die schlechten Staatsfinanzen. Aber andererseits ist doch durch den Metallabschluß festgehalten, daß die Niedriglöhne angehoben werden müssen, während bisher die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes an dieser Front allein standen.

Gespannt darf man darauf sein, ob es die Minister mit ihren 10000 DM-Gehältern wagen, auf die angeblichen Leistungen der höheren Beamtenschaft zu sprechen zu kommen. Auf der ÖTV-Bezirksdelegiertenkonferenz in Mannheim hat Kluncker erklärt, daß die höheren Einkommen im Öffentlichen Dienst ab B 3 in den letzten 10 Jahren in einem Ausmaß gestiegen seien, das dem heutigen Verdienst eines Arbeiters entspreche, und hat betont: „Kein Abschluß ohne Mindestbetrag, sonst werden wir aktiv.“ Auf anderen Konferenzen der ÖTV und der anderen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes haben sich die Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände genauso festgelegt. Und ein Afghanistan-Abschlag käme nicht in Frage, hat Kluncker auf Versuche aus der Regierungskoalition geantwortet, die Gewerkschaften chauvinistisch auf die internationalen Interessen des BRD-Imperialismus einzuschwören.

Jedenfalls ist in den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes die Unterstützung für den Forderungsvorschlag 180 DM/9% ziemlich groß. In verschiedenen Betrieben und auf örtlichen Funktionärskonferenzen wird jetzt diskutiert über Aktionen am ersten Verhandlungstag, am 7.3. Das wird den Dienstherrn in erheblichen Druck bringen und kann gut mit Forderungen gegen die Nacht- und Schichtarbeit, gegen die Überstunden und zum Manteltarifvertrag für die Auszubildenden verbunden werden.

Ende April: Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge im Baugewerbe

z.jük. 1,2 Millionen Beschäftigte im Baugewerbe gibt es zur Zeit, 1966 waren es 1,66 Millionen. Der Beirat der IG Bau Steine Erden hat angekündigt, am 27. Februar die Lohnforderungen für den diesjährigen Tarifkampf zu veröffentlichen. Der Zeitpunkt der Kündigung ist für die Bauarbeiter insofern günstig, als zu diesem Zeitpunkt die Schlechtwetterperiode weitgehend vorbei ist und die Kapitalisten meist auch in erheblichem Termindruck sind und versuchen, rasch einige Bauabschnitte durchzubekommen. Das Schaubild zeigt den Verlauf der Effektivlöhne der metallverarbeitenden Industrie und des Hoch- und Tiefbaus. Demnach liegen die Effektivlöhne im Hoch- und Tiefbau erheblich niedriger als die in der metallverarbeitenden Industrie. 15 Jahre vorher war das gerade umgekehrt. Den Baukapitalisten ist es gelungen, die kapitalistische Krisis und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen, bei Intensivierung der Arbeit das Lohnniveau im Vergleich zur Industrie im Hoch-und Tiefbau zu senken. Die Tendenz ist, daß sich Effektivlohn und Tariflohn im Baugewerbe annähern. Waren Ende der sechziger Jahre noch Akkordsätze bis zu 50% möglich, ist das seit der großen Baukrise im allgemeinen leider nicht mehr der Fall. Die Gewerkschaft Bau Steine Erden will sich im diesjährigen Tarifkampf ganz auf die Aufstellung einer Tarifforderung konzentrieren. Das ist auch vollkommen angebracht. Eine Angleichung an die Industrielöhne muß absehbar erreicht werden. Bundesweit ist mit der Aufstellung von Tarifforderungen auf den Baustellen und Gewerkschaftsversammlungen begonnen worden. Überwiegend werden hohe Prozentforderungen aufgestellt: 9 – 13% im Schnitt. Unvermeidlich wird die Frage der Festgeld- und Mindestforderungen behandelt. Bislang setzt sich die eine Forderungsstruktur, die die Prozentforderung durch einen Mindestbetrag absichert, um eine weitere Aufspaltung der Lohngruppen bzw. ein Absacken der unteren Lohngruppen, der Werker, Facharbeiter und Facharbeiter zu verhindern, nur langsam durch. Wo eine derartige Forderungsstruktur verabschiedet wurde, umfaßt sie ein Volumen von 125 bis 240 DM mindestens. Die Mitgliederzahl der IG Bau Steine Erden umfaßt heute circa 525000 Bauarbeiter und Angestellte.



GB: Stahl-Facharbeiter lehnen Abschluß ab

Bisherige „Mäßigung zum Erhalt der Arbeitsplätze“ hat verheerende Auswirkungen

z.hef.London. Als „Durchbruch“ feierte die British Steel Corporation am letzten Montag das Ergebnis der Verhandlungen mit den Facharbeitergewerkschaften und den allgemeinen Gewerkschaften (wie den Transportarbeitern) bei BSC. Die Verhandlungskommission dieser Gewerkschaften, in denen 70000 der 150000 streikenden Arbeiter und Angestellten organisiert sind, hatte dem Angebot der Kapitalisten auf 10% Erhöhung des Grundlohns und 4% Abschlag auf zukünftige „Produktivitätsabkommen“ zugestimmt. An die 10% hatten die Kapitalisten Bedingungen geknüpft, z.B. die Zustimmung zu Entlassungen und „Flexibilität“ bei Umbesetzungen in den Abteilungen. Aber am Donnerstag lehnte die Delegiertenkonferenz der Stahlarbeiter in diesen Gewerkschaften den Abschluß mit 151 zu 74 Stimmen ab. Mehr als tausend Stahlarbeiter, die vor dem TUC-Haus in London demonstrierten, begrüßten den Beschluß mit lautem Jubel.

Verhandlungen der beiden größten Gewerkschaften, ISTC und NUB, mit dem staatlichen Schlichtungsdienst ACAS scheiterten. Die Kapitalisten haben den Gewerkschaften neue Verhandlungen für Sonntag angeboten.

Die Stahlarbeiter wollen eine Erhöhung etwa in der Höhe der Inflation von jetzt 18,4%, und sie wollen sie *ohne Bedingungen*, d.h. ohne „Produktivitätsabkommen“ und ähnliches. In den letzten Jahren hatten sich die ISTC
und die anderen Stahlgewerkschaften
und die anderen Stahlgewerkschaften genauestens an die Regierungslohnleitlinien gehalten. Ihre Abschlüsse lagen seit 1976 unter der offiziellen Inflationsrate und unter den durchschnittlichen Lohnerhöhungen. Die Kapitalisten setzten das mit Hinweisen auf „Sicherung der Arbeitsplätze“ durch. Aber genau diese Lohnsenkung ermöglichte British Steel das Rationalisierungsprogramm, das eine der Grundlagen für die 52000 Entlassungen bildet.

Durch die Senkung der Grundlöhne verstärkten die Kapitalisten den Zwang zu Überstunden-, Schicht- und Akkordarbeit. Die Gewerkschaften führen schon lange den Kampf gegen die Überstunden. Trotzdem steigerten die Kapitalisten den Anteil der Arbeit mit Überstunden an der Belegschaft von 43% (1973) auf 55% (1979). Bei Akkordarbeit gelang ihnen im gleichen Zeitraum eine Steigerung von 63% auf 73%. Die Schichtarbeit läßt sich kaum noch steigern, 70% mußten schon 1973 Schicht arbeiten.

„Ich habe seit 1956 im Röhrenwerk gearbeitet“, sagte Joe Norman, ein 72jähriger früherer Stahlarbeiter im Werk Corby. „Als ich 1973 in Rente ging, da waren innerhalb von 12 Monaten 20 meiner Genossen, die mit mir in Rente gegangen waren, tot. Das Röhrenwerk ist dreckig und laut. Ich glaube, die Überstunden, die unglaublich lange Arbeitszeit, hundert Stunden pro Woche und das für lange Perioden, das hat sie zerstört. Und jetzt in den letzten 12 Monaten, mit den Stillegungsplänen und den Nichteinstellungen, da ist es richtig ungemütlich geworden.“

Im April 1979 betrug die Wochenarbeitszeit der Arbeiter mit Überstunden bei BSC im Schnitt 49,6 Stunden. 23% ihres Lohns bestand aus Überstundenzahlungen. Dazu arbeiten die meisten Conti-Schicht, bis jetzt im 21-Schicht-Rhythmus (zwei Tag-, zwei Spät- und drei Nachtschichten). Mit einem neuen „Produktivitäts-Deal“ hat BSC in Corby für einige hundert Arbeiter ein
neues Schichtsystem eingeführt, das
neues Schichtsystem eingeführt, das den Arbeitern beim Übergang von Nacht- auf Spätschicht gerade acht Stunden Zeit zum Ausruhen läßt.

In internen Berichten, die in einer Fernsehsendung am 4.2. enthüllt wurden, zeigen sich die Kapitalisten erfreut über die bisherige Steigerung der Ausbeutung. Ein Bericht aus dem Werk Teesside: „Ende August und September stieg der Ausstoß nahezu auf Rekordhöhe. Diese fortdauernde gute Leistung ist besonders erfreulich, wenn man sie im Licht des hohen Anteils unerfahrener Arbeitskraft und der sehr alten Hochöfen betrachtet.“

„In anderen Städten sterben die Leute nach langen Krankheiten, in Corby fallen sie einfach tot um“, stellte ein jüngerer Arbeiter fest. Corby ist eine Stahlstadt, 12000 der 25000 Lohnabhängigen arbeiten bei BSC. „Bronchitis, Magenleiden, Herzkrankheiten, in der Reihenfolge haben es fast alle.“ Die vermehrte Arbeitshetze ging einher mit der direkten Verschlechterung des Reallohns. Von sieben Arbeitern, mit denen wir zufällig im Arbeiter-Club zusammenkamen, hat keiner ein Auto. „Das Auto eines Stahlarbeiters ist heute in der Regel außer als fünf Jahre.“

Die Folgen der Lohnsenkung werden in allen Bereichen der Reproduktion sichtbar. 1961 lag die Durchschnittsgröße einer Familie in Corby bei 3,76 Personen, 1971 war sie schon auf 3,43 und 1976 auf 3,27 gesunken.

Die Stahlarbeiter streiken jetzt seit sieben Wochen. Sie bekommen kein Streikgeld, nur knapp ein Viertel Sozialhilfe. Die Streikposten greifen jetzt zu entschlosseneren Methoden. Am letzten Donnerstag brachten mehr als 2000 Streikposten mit Unterstützung der Bergarbeiter die Arbeiter des Stahlwerks Hadfields in Sheffield dazu, sich dem Streik wieder anzuschließen. Allein dort nahm die Polizei 18 Arbeiter fest.

Trotzdem stellt sich heraus, daß die Kapitalisten die Produktion mit impor-
Kapitalisten die Produktion mit impor-
tiertem und gelagertem Stahl aufrechterhalten können. Aber die Widersprüche in ihrem Lager werden offener. Am Freitag sprach die Vereinigung der Manager bei British Steel dem Vorstand sein Mißtrauen aus. Die Zeitungen werfen der Thatcher-Regierung vor, sich verrechnet zu haben. Die Regierung hatte das 2%-Angebot direkt angeordnet. Die Bourgeoisie wollte die Stahlarbeiter in kurzer Zeit kleinkriegen und damit das Signal für die ausstehenden Lohnabschlüsse setzen. Das ist schon jetzt fehlgeschlagen.





Stahlarbeiter verjagten den Industrieminister Joseph mit einem Hagel von Tomaten und Eiern, als er am 11.2. Betriebe in Wales besichtigen wollte. Rechts: Stahlarbeiter demonstrieren, mit ihnen Bergarbeiter- und andere Gewerkschaften.

nommen. Die Bankkapitalisten bieten 11%, die offizielle Inflationsrate 1979 liegt bei 25%, für Lebensmittel bei 28%. Am 5. Februar traten nach Presseberichten rund 22000 Arbeiter und Angestellte der Telefon- und Telegrafenbetriebe OTE in einen 48stündigen Streik. Die Arbeiter von Teilen des staatlichen Elektrizitätsmonopols DEI haben durch Stillegung von zwei Kraftwerken schnell einen Tarifabschluß erzielt; über dessen Höhe liegt uns keine Meldung vor. Befristet streikten die Taxifahrer und Apotheker, die Mittelschullehrer berieten Kampfmaßnahmen für den 22. Februar vor. Seit Jahren strebt die Regierung danach, mit „Lohn- und Preiskontrollen“ ein Lohndiktat durchzusetzen, 1979 verfügte ein Schiedsgericht eine Obergrenze von 15% Lohnerhöhung, für den öffentlichen Dienst 10%.

z.rül. **25000 Angestellte der imperialistischen Banken in Peru führten am 4.2. einen eintägigen Streik für Lohnerhöhungen und die Wiedereinstellung der in den letzten zwei Jahren entlassenen Kollegen durch.** Am gleichen Tag streikten mehrere tausend Beschäftigte der Nationalen Telefongesellschaft in Lima für Lohnerhöhungen. Eine Woche vorher waren 30000 Druckarbeiter für Lohnerhöhungen in den Streik getreten, und seit dem 1.2. streiken mehrere tausend Lohnabhängige im Gesundheitswesen für mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit. Seit 1976 senkten die Imperialisten die Reallöhne der 5,3 Mio. Lohnabhängigen in Peru um ca. 50%, große Teile verdienen heute weniger als das offizielle Existenzminimum von umgerechnet 260 DM. Im Dezember verhängte die peruanische Regierung auf Druck der imperialistischen Banken, bei denen sie mit über 5 Mrd. Dollar verschuldet ist, Lohnleitlinien. Im öffentlichen Dienst betragen diese z.B. 10%, bei einer Inflationsrate von über 60%. 1979 kassierten die Banken der Imperialisten von der Regierung allein 1,4 Mrd. Dollar als Zins und Kreditrückzahlung, das sind über ⅓ der Exporterlöse des Landes.

z.coi.Stockholm. **Mit Kurzstreiks und einer Demonstration zum und ins Rathaus am 4.2. versuchten 300 Stockholmer Hafenarbeiter den Beschluß des Stadtparlaments zu verhindern, die kommuneigene Frihamn AB mit der schwedischen Großreedern gehörenden Fjöterminal AB zur Hamngods AB zu fusionieren.** Ihre Hauptforderung: Tarifrecht für die Hafenarbeitergewerkschaft! Mit der Bildung der neuen Gesellschaft würde die Hafenarbeitergewerkschaft, die 95% der Hafenarbeiter organisiert, ihr Tarifrecht verlieren, da der Kapitalistenverband nur die Transportarbeitergewerkschaft anerkennt. Die Arbeiter kündigten nach dem Beschluß die Blockade der neuen Gesellschaft an.

z.cht.Sydney. **Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben einen Plan der Regierung von Neusüdwales abgelehnt, die Teilzeitarbeit auszudehnen.** Teilzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst haben nur Zeitverträge, meistens befristet auf vier Monate. Sie erhalten weniger Urlaub und bei Krankheit nicht das volle Gehalt, für höchstens zwei Wochen im Jahr; außerdem sind sie von der Rentenversicherung ausgeschlossen. Ein Vollzeitbeschäftigter, der auf Teilzeitbeschäftigung überwechseln will, ist gezwungen zu kündigen und verliert damit alle Ansprüche aus der Beschäftigungszeit und die Rentenansprüche. Für die Regierung sind Teilzeitbeschäftigte darüberhinaus, daß ihr Arbeitstag sehr viel intensiver sein kann, billiger, da fast alle Kosten außer den direkten Lohnkosten entfallen. Sie sind gänzlich ungeschützt und können nach Bedarf herumgeschoben oder bei zwei Wochen Frist gekündigt werden. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes von Neusüdwales sagte: „Vermehrte Teilzeitarbeit kann alle Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung beschneiden ... Es ist notwendig, bei vollem Lohn beschäftigt zu sein, so daß man alle notwendigen Ausgaben bestreiten und eine Familie ernähren kann, mit allen damit verbundenen Kosten und Verpflichtungen.“ Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern, daß Teilzeitbeschäftigte zu denselben Bedingungen eingestellt werden wie Vollzeitbeschäftigte.

z.rua. **Am 6. und 7.2. bereitete der Dachverband japanischer Gewerkschaften (SOHYO) auf seiner 60. außerordentlichen Konferenz die diesjährige „Frühjahrsoffensive“ vor.** Mit der seit 1955 regelmäßig stattfindenden „Frühjahrsoffensive“ führen die Gewerkschaften den Lohnkampf gegen die Kapitalisten. Von den ca. 36 Mio. Arbeitern sind 33% in ca. 34000 Betriebsgewerkschaften organisiert; diese sind nach Branchen in Dachverbänden zusammengeschlossen. Der SOHYO ist der größte Dachverband, er vertritt ca. 4,7 Mio. Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Mit ihrem Anti-Inflationsprogramm hat die Ohira-Regierung im November 1979 für 1979/80 Einsparungen im öffentlichen Dienst in Höhe von 200 Mrd. Yen (2,4 Mrd. DM) durch Einfrieren von Planstellen und Löhnen beschlossen. Weitere Einsparungen sollen die „Modifizierung der freien Gesundheitsversorgung“ für Personen über 70 Jahre und die Aufhebung der Lehrmittelfreiheit für Schulkinder erbringen. Gleichzeitig betreibt die Regierung die bereits im Stahlsektor durchgesetzte Heraufsetzung des Rentenalters von 55 auf 60 Jahre. – Im Dezember 1979 stiegen die Preise für Reis um 3,2%, für Weizen um 14,1%. Die Bodenpreise in Wohngegenden stiegen um 18,7%. Geplant sind die Anhebung der Gebühren für Rundfunk um 25%, Post um 25 bis 100%, Verkehrsmittel um 8,8% und der Kfz-Preise um 40%. – Der SOHYO-Kongreß beschloß die Lohnforderungen und legte den Schwerpunkt auf den Lohnkampf auf lokaler Ebene. Er forderte höhere Rentenzahlungen und sprach sich gegen die Preiserhöhungen aus. Er verurteilte die Präsenz von US-Truppen in Japan und forderte den unverzüglichen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan.

Schwierigkeiten bei der „Normalisierung" der indonesischen Hochschulen

z.mat.Sydney. Am 19. April 1978 verkündete der neue indonesische Erziehungsminister Daud seinen „Hochschul-Normalisierungsplan". Heute, nahezu zwei Jahre später, ist er immer noch damit beschäftigt, ihn überhaupt einzuführen. Die Aussichten dafür stehen schlecht. An die nationale Universität in Djakarta und an die Technische Hochschule in Bandung traut sich der Minister schon seit geraumer Zeit nicht mehr. Auch Besuche auf dem Land wird er aufgeben müssen: In der Provinzhauptstadt Ujung Pandang ergriff er vor kurzem die Flucht, nachdem 60 Studenten der pädagogischen Universität seinen Mercedes schon bei der Ankunft umringt hatten. Mit dem „Normalisierungsplan" hatte die Regierung Suharto auf den Fehlschlag ihres Versuchs reagiert, im August 1977 einen „Dialog" mit den Studenten einzuleiten. Der Beitrag der Studenten dazu waren klare Forderungen gewesen: Von der Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen bis zur Verwirklichung der Landreform hatten sie die Regierung angegriffen. Als sie im Januar 1978 gegen die Wiederwahl Suhartos agitierten, antwortete Suharto mit über 140 Verhaftungen. Nach erfolgter Wiederwahl beauftragte er Daud mit der „Normalisierung" der Hochschulen. Kernstück des Plans ist neben der Verstärkung der staatlichen Kontrolle über alle Schulen des Landes die Ersetzung der gewählten Studentenvertreter durch „Koordinationsgremien", deren Mitglieder von den Rektoren eingesetzt werden sollen. Gelungen ist die Einführung der Gremien bisher nur an wenigen der 47 Hochschulen des Landes. An der Universität in Djakarta weigert sich der Rektor angesichts der Entschlossenheit der Studenten bei der Verteidigung ihrer Selbstverwaltung, etwas zu unternehmen. Die Technische Hochschule in Bandung hat seit Februar 1978 bereits zwei Entlassungen von Rektoren gesehen und wird seit neun Monaten kommissarisch verwaltet.

Teile der Bourgeoisie werden jetzt von Angst ergriffen, die Studenten könnten wie in früheren Jahren auf die Straße gehen und sich den Kämpfen der Arbeiter und Bauern anschließen. Seit neun Monaten nehmen die Meldungen über Streiks in der Konsumgüterindustrie, bei Caltex, bei der Luftfahrtgesellschaft zu. Aus Sumatra und anderen Inseln werden Kämpfe der Bauern gegen Landraub durch Plantagen gemeldet. Vor wenigen Wochen richtete eine Fraktion im Parlament eine Anfrage an die Regierung und verlangte eine „Erläuterung" des Normalisierungsplans. „Von Daud oder dem Parlament haben wir nichts zu hoffen," sagte der stellvertretende Vorsitzende des bereits verbotenen Studentenverbandes der Universität Djakartas. „Immerhin stärkt die Erläuterungsanfrage unser Ansehen." Das Parlament hat die Anfrage, gestützt auf die über 100 der 232 Sitze, die von Suharto berufen werden, am 12.2. abgelehnt. Den „Normalisierungsplan" wird das nicht retten.

vds-MV: Einigung auf Verhandlungsposition gegen die Regierung / Bundesweite Demonstration möglich

z.wig. In der letzten Woche hat der vds-Vorstand die Tagesordnung für die 5. ordentliche Mitgliederversammlung verschickt. Vor der Beschlußfassung über das Arbeitsprogramm und die Einzelanträge und vor der Wahl des Vorstandes finden Arbeitsgruppen statt. U.a. zur „Verfaßten Studentenschaft", zu „HRG/Studienreform", zu „Soziales" und zu „Frieden und Abrüstung". Sicherlich sind diese Arbeitsgruppen von den MSB/SHB/JUSO/BASISGRUPPEN-Fraktionen im vds nicht dazu gedacht, Einigung über eine Verhandlungsposition gegenüber der Regierung zu erzielen und die Regierung mit einer bundesweiten Demonstration im Sommersemester in Bonn aufzufordern über 700 DM BAföG / 1400 DM Elternfreibetrag und Anbindung an den Durchschnittslohn, sowie über Ausbildungs- und Koalitionsrechte mit der vds-zu verhandeln, was das ASten, Fachtagungen und Fachschaften in Anträgen an die Mitgliederversammlung beschlossen haben. Es wird ihnen in den Arbeitsgruppen und auf der MV eher darum gehen, sich untereinander erneut auf ein „umfassendes Aktionsprogramm" ohne Aktionen und ohne Kampfmaßnahmen gegen die Regierung zu einigen.

Doch so braucht das Ganze nicht auszugehen. Erstens stehen Reformisten und Revisionisten schon ein ganzes Stück unter Druck, weil es den Studenten hier und da gelungen ist, von Reformisten und Revisionisten besetzte ASten auf die Unterstützung eines solchen Aktionsprogramms zu verpflichten. Zweitens: Die ASten, Fachtagungen und Fachschaften, die bereits ein solches Programm beschlossen und beantragt haben, werden die Arbeitsgruppen nutzen können, sich mit anderen auf der vds-MV anwesenden Studentenvertretungen auf einen gemeinsamen Antrag für ein Aktionsprogramm zu einigen. Ein gemeinsamer Antrag, der die Verhandlungsposition der vds festlegt, über die zum jetzigen Zeitpunkt Einheit möglich ist und entsprechende Aktionen festhält, hätte keine schlechten Aussichten, von der Mehrheit der ASten auch verabschiedet zu werden, denn vielen Studenten ist klar: Ohne bundesweite, einheitliche Kampfmaßnahmen wird man die Regierung weder bewegen können, mehr zu zahlen, noch den Studenten Ausbildungs- und Koalitionsrechte zuzugestehen. Vielleicht wird man Kompromisse mit den MSB/SHB/JUSO/BASISGRUPPEN-Fraktionen in punkto Verhandlungsposition eingehen müssen, um eine solche Einheit herstellen zu können. Jedenfalls wäre das immer noch besser, als erneut ein „Aktionsprogramm" zu verabschieden, in dem diese oder jene richtige Forderung enthalten ist und sonst nichts allerhand, das aber keine Einigung und Konzentration auf die Forderung ermöglicht: 700 DM / 1400 DM – Anbindung an den Durchschnittslohn! – Gesetzliche Garantie von Ausbildungs- und Koalitionsrechten!



Demonstration gegen das BAFöG, 24.1.74



Bundesweite Demonstration der Medizinstudenten gegen die 2. AO-Novelle, Januar 1978

Fachtagung Agrar vereinbart tarifvertragliche Regelung für Praktikanten
z.gug. In einer Reihe von Studiengän- ... teltarifs, die von der Fachtagung Er-





Demonstration gegen das BAFöG, 24.1.74

Bundesweite Demonstration der Medizinstudenten gegen die 2. AO-Novelle, Januar 1978

Fachtagung Agrar vereinbart tarifvertragliche Regelung für Praktikanten

z.gug. In einer Reihe von Studiengängen müssen die Studenten Praxissemester in dem Arbeitsbereich durchführen, in dem sie später tätig sein werden. Vorher werden sie zur Abschlußprüfung nicht zugelassen. In diesen Praxissemestern wird die rechtlich in keiner Weise abgesicherte Lage jedes Studenten, der er während der gesamten Studienzeit unterliegt, nur noch mal deutlicher. Er muß seine Arbeitskraft verausgaben ohne einen tariflich gesicherten Lohn, es bestehen für ihn keine Schutzbestimmungen wie z.B. die Beschränkung des Arbeitstages auf eine 40-Stunden-Woche, er hat keine Koalitionsrechte. Seine Lage wird während solcher Praxissemester, die doch Teil seines Studiums sind und von Staats wegen auch so behandelt werden, deshalb so kraß, weil er jetzt in Bereichen arbeitet, wo diese Rechte von den Beschäftigten bereits erkämpft wurden. Der Kampf der Studenten um die Übernahme in die geltenden Tarife dort, wo sie als Praktikanten arbeiten, ist weit gediehen und hat jetzt zum ersten Mal zu gemeinsamen Vereinbarungen zwischen Studentenvertretung und Gewerkschaft geführt.

Dies ist ein guter Ausgangspunkt für Regelungen, die das gesamte Studium umfassen. Die Änderungen des Manteltarifs, die von der Fachtagung Ernährung, Land-, Forstwirtschaft und Gartenbau und der Gewerkschaft Gartenbau, Land-und Forstwirtschaft vereinbart wurden, sehen vor:

1. Die Übernahme der Praktikanten in den Manteltarif, 2. den tariflich abgesicherten Lohn: „Die Stunden- und Monatslöhne sowie die Ausbildungsvergütungen werden im Lohntarif für Landarbeiter geregelt." (§ 3) „Ausbildungs- und Praktikantenvergütungen sind monatlich auszuzahlen." (§9) 3. Die tarifliche Regelung der Arbeitszeit: „Die Arbeitszeit der Jugendlichen richtet sich nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz. Die Arbeitszeit der Praktikanten, die ein volles Jahr im Betrieb sind, richtet sich nach der betrieblich vereinbarten täglichen Arbeitszeit oder nach der tariflich vorgesehenen Arbeitszeit. Die Arbeitszeit der Praktikanten, die kein volles Jahr im Betrieb sind, beträgt 42 Stunden." (§6) Darüber hinaus enthält die Arbeitszeitregelung Bestimmungen über Anrechnung und Lohnzahlung bei Mehr-, Sonn- und Feiertagsarbeit auf der Grundlage der Lohngruppe 4. 4. Das Verbot der Akkordarbeit: „Auszubildende und Praktikanten dürfen nicht zur Akkordarbeit herangezogen werden." (§8)

Staatsanwalt fordert dreimal über drei Jahre Haft für Heidelberger Fachschaftsvertreter

z.tob. Seit einem Jahr findet vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Heidelberg der Prozeß gegen die ehemaligen Fachschaftsvertreter Germanistik H. Sautmann, C. Koepsell und S. Schmitt statt. Auf Beschluß von Urabstimmung und Vollversammlung hatten sie 1976 einen Streik gegen die Neueinführung von Klausuren und Stellenstreichungen organisiert. In 49 Punkten ist stets die Durchsetzung des Streiks in den Lehrveranstaltungen angeklagt. Staatsanwalt Olbrich forderte in seinem Plädoyer am 15.2.80 für die einzelnen Punkte insgesamt 25 Jahre Gefängnis, Gesamtstrafen von 3 Jahren und 10 Monaten gegen Koepsell, 3 Jahren und 6 Monaten gegen Schmitt und 3 Jahren und 4 Monaten gegen Sautmann.

Die Strafen sollen „einen nachhaltigen Eindruck auf die Angeklagten machen und weitere potentielle Täter von der Begehung ähnlicher Taten abschrecken". Die Angeklagten hätten ein Gesamtkonzept des geplanten Konfliktes, was alles dem einen Endziel diene, nämlich der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, was sie ja als KBW-Mitglieder verträten. Streik-und Koalitionsrecht für die Studenten ist eine utopische Forderung, „weil die Universität kein Industriebetrieb ist, wo Waren produziert werden, sondern ein Ort der Forschung und Lehre". Daß die Angeklagten gewählte Studentenvertreter gewesen seien, käme auch noch strafverschärfend hinzu, „weil sie gerade als Studentenvertreter besonders die Aufgabe haben, für die Aufrechterhaltung der Ordnung an der Universität zu sorgen". Eine typische „Enthüllung" im Plädoyer des Staatsanwaltes: „Daß die Angeklagte 'Streik' an die Tafel schrieb, erhellt ihre kriminelle Absicht." Erneut haben in der letzten Woche die Fachschaften Jura und Anglistik und das Theologenplenum Erklärungen gegen den Prozeß verabschiedet. Die Verteidigung wird am 25.2.80 mit ihren Plädoyers beginnen.

Der Rektor der Universität Laufs hat gegen die seit 4 Jahren zum ersten Mal wieder gewählte Fachschaft Jura 27 Strafanzeigen und 4 Relegationsverfahren wegen der Durchführung der Wahlen eingeleitet. Dagegen hat die Fachschaft gemeinsam mit anderen Vertretungsorganen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Rektor beim Wissenschaftsminister eingelegt. Der Dekan der Juristischen Fakultät ist im Gegensatz zum Rektor gegen die Verfahren, genauso die Universitätssenate der Universitäten Bremen und Bochum.

Kiel. Antrag. StuPa der Universität Kiel. Beauftragung des AStA. Bundesregierung soll die BAFöG-Sätze zum 1. Oktober '80 anheben auf die Forderung der GEW, angebunden an die Entwicklung des Durchschnittslohns. Streichung des Grunddarlehens. Die Prüfungsordnungen sollten nicht verschärft werden, die Pflichtstundenzahl soll nicht ausgedehnt werden. Uneingeschränktes Recht auf Öffentlichkeit aller Prüfungen. Garantie dieser Rechte im HRG. Verfaßte Studentenschaft mit allen Rechten. Zentrale Demonstration in Bonn für die Forderungen der vds spätestens bis zum 31.5. Aufforderung an die Regierung, in der Woche nach der Demonstration in Verhandlungen über die Forderungen einzutreten. Ansonsten a.o. MV der vds Anfang Oktober für Streik im Wintersemester.

Hamburg. Brief des StuPa der HfbK an den vds-Vorstand. Vollständiges Koalitionsrecht einschließlich Streikrecht. Gesetzliche Festlegung im HRG. Anbindung der BAFöG-Sätze an den Durchschnittslohn. Abschaffung des Grunddarlehens. Bundesweite Demonstration in Bonn. Bei Weigerung zu verhandeln, a.o. MV im Oktober zwecks Beschlußfassung über Streik. Forderung nach Einspruchsrecht in das Programm der vds aufnehmen.

Münster. Beschluß. StuPa Katholische Fachhochschule. Vorschlag für Arbeitsprogramm der Fachtagung Sozialarbeit/Sozialpädagogik und darüber Antrag an die vds. Zusammenarbeit mit der ÖTV. 700 DM / 1400 DM angebunden an den Durchschnittlohn. Aktionen zur Durchsetzung dieser Forderungen im Sommersemester.

Braunschweig. Anträge. AStA der TU. Unterstützung der Forderung der GEW und Anbindung an den Durchschnittslohn. Wegfall des Grunddarlehens und Streichung der Altershöchstgrenze. Einheitliche Aktionen im Sommersemester, möglicherweise eine Aktionswoche, deren Höhepunkt eine bundesweite Demonstration in Bonn sein soll. Einbeziehung aller Studenten in die gesetzliche Rentenversicherung – Ersatzlose Streichung der Altersgrenze von 25 Jahren für die bei den Eltern versicherten Studenten – Finanzierung aller Versicherungsbeiträge durch den Staat – Beschlußantrag an die Konferenz Niedersächsischer Sozialreferenten.

Hannover. Beschluß. Studentische Kammer der Universität. Delegation der Universität Hannover stellt Antrag an die vds-MV: Forderung der GEW angebunden an den Durchschnittslohn – Beschluß. Studentenrat der Medizinischen Hochschule Hannover. 730 DM / 1460 DM. Anbindung an den Durchschnittslohn. Beauftragung der Vertreter auf der vds-MV: Für zentrale Aktionen im Sommersemester.

Bielefeld. Beschluß der Universitätsvollversammlung. Beauftragung des AStA. Zentrale Demonstration für 750 DM / 1520 DM. Anbindung an den Durchschnittslohn. Abschaffung des Darlehnanteils.

Hildesheim/Holzminden. AStA der Fachhochschule. 750 DM / 1520 DM. Anbindung an den Durchschnittslohn. Wegfall des Darlehnanteils. Bundesweite zentrale Demonstration im Sommersemester. Verfaßte Studentenschaft mit imperativem und politischem Mandat, sowie Einspruchsrecht in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten.

Soest/Paderborn. Antrag. StuPa der Gesamthochschule Paderborn. Beauftragung des AStA, GEW-Forderung und Anbindung an den Durchschnittslohn. Demonstration vor dem 31.5. in Bonn und Verhandlungen mit der Regierung. Bei Weigerung der Regierung, a.o. MV Anfang Oktober, um die geeigneten Schritte festzulegen.

Duisburg. Antrag. Vollversammlung Gesamthochschule Duisburg. Beauftragung des AStA. Antrag der KHGs und KSBs mit Änderungen: Entsprechend Fachtagung E-Technik.

Köln. Antrag. Fachschaftsvertreterkonferenz der AfH. 700 DM / 1400 DM. Anbindung an den Durchschnittslohn. Wegfall des Darlehens. Einspruchsrecht in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten. Gesetzlich anerkannte Vertretungskörperschaften Bundesweite zentrale Demonstration – Antrag. Fachschaft Landmaschinentechnik der Fachhochschule. 700 DM / 1400 DM. Verfaßte Studentenschaft. Zentrale Demonstration. Auf der Fachschaftenkonferenz der FH wurde der Antrag von der Mehrheit der Teilnehmer unterstützt – Anträge. AStA der Universität. 700 DM / 1400 DM und Anbindung an den Durchschnittslohn. Abschaffung des Grunddarlehns. Zur Durchsetzung der Forderung Aktionseinheiten schließen. Zentrale Demonstration im Sommersemester. Bei Weigerung der Regierung zu verhandeln, a.o. MV im Oktober über weitere Schritte im Wintersemester.

Koblenz. Antrag. StuPa. Auf der Sitzung wurde der Antrag der KHGs und KSBs beraten. Der AStA wurde beauftragt, auf der vds-MV die Punkte zum BAFöG und zur Verfaßten Studentenschaft zu vertreten. Weiterhin: 50% Ermäßigung bei öffentlichen Verkehrsmitteln.

Mainz. Beschluß. Zentraler Fachschaftsrat und StuPa. Beauftragung des AStA. 700 DM und Anpassung an die Steigerung der Lebenshaltungskosten. 1500 DM und Anbindung an den Durchschnittslohn. Zentrale Demonstration im Sommersemester.

Karlsruhe. Antrag an die vds-MV. Fachschaftsvollversammlung Mathematik/Informatik. 700 DM / 1400 DM. Anbindung an den Durchschnittslohn. Abschaffung des Darlehnanteils. Aufforderung an den UStA, auf der vds-MV für Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen im Sommersemester einzutreten.

Tübingen. Antrag. Fachschaftsrätekonferenz Universität. Unterstützung der ASten in Baden-Württemberg.

Reutlingen. Vollversammlung zur Wahl des UStA. Forderung der GEW und Anbindung an die Preis- und Einkommensentwicklung. Abschaffung des Grunddarlehns. AStA wird auf der MV für Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen eintreten.

Freiburg. Antrag. Fachbereichskonferenz. AStA soll entsprechende Anträge an die vds-MV stellen. Forderung der GEW und Anbindung an den Durchschnittslohn. Streikrecht, Verfaßte Studentenschaft. Gesetzliche Garantie dieser Rechte im HRG. Wiederherstellung der Verfaßten Studentenschaft in allen Bundesländern. Zentrale Aktionen im Sommersemester zur Durchsetzung dieser Forderungen.

PH-AStenkonferenz. Baden-Württemberg. Beschluß. vds-MV soll Aktionen zur Durchsetzung der GEW-Forderung und Anbindung an den Durchschnittslohn beschließen.

Fachtagung Elektrotechnik. Antrag. Unterstützung des Antrages der KHGs und KSBs mit folgenden Änderungen: Zu den Prüfungen – Abschaffung aller Zulassungsbedingungen, Aufhebung der Anwesenheitspflicht bei Veranstaltungen. Alle Prüfungen müssen beliebig wiederholbar sein. Keine Blockprüfungen. Verfaßte Studentenschaft – Streikrecht. Genauer Wortlaut des Beschlusses: siehe d-Teil des Spezialnachrichtendienstes 09 – Ausbildung, Hochschulen, Studenten.

Fachtagung ELFG. Antrag. Dynamisierung der Auszahlung des BAFöG entsprechend dem Durchschnittslohn, auf der Grundlage der Forderungen der vds und der GEW von 1978. Verhandlungen mit der Regierung darüber. Verfaßte Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat. Forderungen gegen die von der KMK und WRK vorgeschlagenen bzw. beschlossenen allgemeinen Bestimmungen zu Diplomprüfungsordnungen. Zentrale Demonstration im Sommersemester '80. Ziel der Demonstration: Regierung soll in die Verhandlungen mit der vds eintreten. Bei Weigerung der Regierung a.o. MV im Oktober: Beschluß über Kampfmaßnahmen.

Die Bedrohung durch die Besatzertruppen müssen die Volksmassen auch noch zahlen

z.gug. Bis zur Beendigung des Besatzungsregimes am 5. Mai 1955 hat sich die westdeutsche Bourgeoisie zur Zahlung von 63,5 Mrd. DM für die Besatzerzeit verpflichtet, von denen sich die Besatzertruppen heute noch jährlich einen Teil auszahlen lassen und noch ca. 10 Mrd. DM offen stehen. Nach Beendigung der Besatzung haben sich die Besatzertruppen in einem Finanzvertrag eine durchschnittliche monatliche Zahlung von 600 Mio. DM zusichern lassen. Mit der Unterzeichnung des NATO-Zusatzabkommens 1959 wurde dieser Finanzvertrag ersetzt, aber niemals vollständig außer Kraft gesetzt. NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen regeln die Rechte der Besatzertruppen, die kaum einer Einschränkung unterliegen, sowie eine Reihe von Vergünstigungen für die Besatzertruppen und ihre Angehörigen in Westdeutschland. Dazu gehören z.B. die Befreiung von Zöllen, von Mehrwertsteuern, von allen übrigen Steuern wie auch der Kfz-Steuer. Und sie regeln die Zahlungen, die die westdeutsche Bourgeoisie neben den NATO-Verpflichtungen zum Gedeihen der fremden Truppen direkt an die Besatzer entweder in Geld-, Sach- oder Dienstleistungen verrichtet.

Die Besatzer können uneingeschränkt Manöver durchführen und sich finanzieren lassen

Art. 45 Manöver und andere Übungen, *Nato-Zusatzabkommen.*

Soweit eine Truppe ihre Ausbildung nicht ... auf den ihr zu ständiger Benutzung überlassenen Liegenschaften durchführen kann, hat sie das Recht, außerhalb dieser Liegenschaften Manöver ... durchzuführen.

Bundesleistungsgesetz, §71

Zur Unterstützung von Dienststellen, Personen, Tieren, Fahrzeugen, Waffen sowie Geräten und sonstigen Bedarfsgegenständen sind der Truppe die erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen ... Nach den vorhandenen Möglichkeiten sind zur Verfügung zu stellen bei der Unterbringung ... Beleuchtung, Wasser und Heizung.

Die Besatzer haben uneingeschränkt Anspruch auf Ländereien und Anlagen

Besatzerkosten

Jahr	Besatzerkosten in Mio. DM	pro Kopf d. Erwerbst. i. DM
1955	10070,28	416,73
1956	3133,91	127,42
1957	947,26	37,88
1958	702,36	27,79
1959	777,64	30,87
1960	719,83	27,43
1961	552,63	20,78
1962	628,43	23,46
1963	466,96	17,37
1964	507,65	18,82
1965	499,64	18,40
1966	534,96	19,75
1967	561,54	21,36
1968	601,81	22,85
1969	629,03	23,45
1970	605,84	22,61
1971	641,33	23,60
1972	685,94	25,67
1973	798,52	30,14
1974	836,63	32,27
1975	918,26	36,40
1976	938,80	37,21
1977	973,24	38,72
1978	1064,16	42,21
Summe	287966,68	1143,19

Art. 48 Liegenschaftsbedarf / *NATO-Zusatzabkommen*

... (c) Über die Deckung des Liegenschaftsbedarfs werden Vereinbarungen zwischen den Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und den deutschen Behörden getroffen.

Art. 55 Verteidigungsanlagen und Schutzmaßnahmen zu Verteidigungszwecken / *NATO-Zusatzabkommen*

(1) a) Verteidigungsanlagen, die für die Durchführung von NATO-Plänen für die gemeinsame Verteidigung erforderlich sind ... werden nach Vereinbarung zwischen den Behörden der Truppe und den Bundesbehörden der Truppe durchgeführt. b) Die Arbeiten werden von den deutschen Behörden in Verbindung mit den Behörden der Truppe durchgeführt.

Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung / *Landbeschaffungsgesetz*

Der Bund kann nach Maßgabe dieses Gesetzes Grundstücke beschaffen ... insbesondere auch zur Erfüllung der Verpflichtung des Bundes aus zwischenstaatlichen Verträgen über die Stationierung und Rechtsstellung von Streitkräften auswärtiger Staaten im Bundesgebiet ... 5. zur Unterbringung von Personen, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen.

Die Besatzertruppen nutzen uneingeschränkt und kostenlos öffentliche Dienstleistungen

Art. 63 Entgelt für Leistungen und die Benutzung von Vermögenswerten / *NATO-Zusatzabkommen*

(3) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge erhalten Verwaltungsleistungen und Verwaltungshilfe, einschließlich Leistungen der deutschen Polizei, des deutschen öffentlichen Gesundheitswesens und des deutschen Feuerschutzes, sowie meteorologische, topographische und kartographische Leistungen in zumindest demselben Umfang unentgeltlich wie die Bundeswehr.

Erfahrungen beim Aufbau einer gewerkschaftlichen Front in der Armee

r.reh. Im November 79 hatte die DGB-Kreisjugendkonferenz Hamburg ein Wehrpflichtigenforderungsprogramm mit folgenden Kernpunkten beschlossen: 40-Stundenwoche; Dienstausgleich für alle Zusatzdienste; verlängertes Wochenende für heimatfern Stationierte; 70% des durchschnittlichen Facharbeiterlohns für Wehrpflichtige; Benzinkostenerstattung. Die Tätigkeit des Wehrpflichtigenarbeitskreises des DGB zeigt jetzt Wirkung in Holsteiner Standorten.

In Eutin hat am 7.2. eine DGB-Veranstaltung zur Unterstützung der Forderungen nach Dienstausgleich und Rheinländerwochenende stattgefunden. Acht aus der Rettberg-Kaserne erschienene Wehrpflichtige einigten sich auf folgende Punkte: Es soll ein Wehrpflichtigenarbeitskreis aufgebaut werden; weitere Untersuchungsarbeit, um den Forderungen des Arbeitskreises eine solide Grundlage zu geben und mehr Mitglieder zu gewinnen.

Die Notwendigkeit, den Kampf der Soldaten für elementare Rechte auf die Gewerkschaften gestützt zu führen, hatte sich kurz zuvor in dem Eutiner 1./ PzAufklBtl 6 deutlich gezeigt. Mit genauen Erhebungen hatten die Mannschaften der Kompanie die Berechtigung der oben genannten Forderungen belegt und Kommandeur Rath aufgefordert, auf einer Mannschaftsversammlung dazu Stellung zu nehmen und die Forderungen zu erfüllen. Auf der am 28.1. angesetzten Mannschaftsversammlung erschien er und erteilte Kommandeursunterricht. Dem Vertrauensmann wurde das Wort verboten, jeder, der was sagen wollte, mußte aufstehen und seinen Namen nennen. Es zeigte sich, daß der Bewegungsspielraum der Soldaten eng ist.

Auf der Mannschaftsversammlung in der 5./ 172 in der Lübecker Hanseatenkaserne Ende Januar wurde der Vorschlag, sich zur Unterstützung der Forderungen an den DGB Lübeck zu wenden, durch mehrere Wortbeiträge unterstützt. Zwei Punkte waren zuvor beraten worden.

1. Wie ein freches Erpressungsmanöver der Kp-Führung – von den durch Blutspenden erhaltenen 42,50 DM sollten 30 DM an die Kompaniekasse abgeführt werden im Tausch gegen einen Tag Sonderurlaub, bei Nichtbefolgung aber an einem Samstag Dienst geschoben werden – zurückgeschlagen werden kann. Inzwischen hat der Kp-Chef das „Angebot" und die Drohung sang- und klanglos gestrichen.

2. Wie gegen die immer drückender werdenden Zusatzdienste die Forderung nach Dienstausgleich durchgesetzt werden kann. In der Einheit (MörsKp) sind nur 30 Mannschaftsdienstgrade. Diese mußten im Dezember eine Kasernenwachwoche (9 Mann pro Wache), eine Mun-Wachwoche (9 Mann) und eine Bereitschaftswoche (7 bis 21 Mann) leisten, im Januar eine Bereitschaftswoche, Anfang Februar eine Woche Übungsplatzaufenthalt. Von Mitte Februar bis Ende März soll jeder Kollege im Durchschnitt 6 Sonderdienste abreißen. Auf die Spitze getrieben wurde die Lage durch den Befehl des BtlKdr Moderow, in Zukunft keinen halben Tag Dienstausgleich für Nachtübungen mehr zu geben und Rheinländerwochenende (was von Fall zu Fall gegeben wurde) nicht mehr zuzulassen.

Die Kollegen kamen überein: Der Vertrauensmann soll Dienstzeituntersuchungen machen, dies auf Bataillonsebene mit den anderen Vertrauensleuten ausdehnen, um auf der nächsten Besprechung mit dem Kdr die Forderungen nach ½ Tag Dienstausgleich für GvD und Nachtübungen und 1 Tag für Bereitschaften, Wachen und GvD, die übers Wochenende gehen, sowie Rheinländerwochenende, zu erheben. Gleichzeitig soll die Verbindung der Vertrauensleute in der Brigade hergestellt werden, da die gültige Dienstausgleichsregelung (9 Tage pro Jahr pauschal) Brigadebefehl ist.

Die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer

z.hev. Die Besetzung der Ausschüsse für die Verfahren zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern ist mit Bedacht gesetzlich geregelt. Der Vorsitzende des vierköpfigen Gremiums wird vom Verteidigungsministerium ernannt und muß die Qualitäten eines Richters oder eines höheren Verwaltungskaders besitzen. Diese Qualität besteht bekanntlich in der Fähigkeit und der Kompetenz, das Volk zu unterdrücken. Um den Eindruck zu vermeiden, daß hier der Verteidigungsminister gegen die Kriegsdienstverweigerer vorgeht, darf er bei der Entscheidung über die Anerkennung nicht mit abstimmen. Er hat aber für den Verlauf der Verhandlung die Richtlinienkompetenz, er stellt im wesentlichen die Fragen, die der Verweigerer zu beantworten hat und die das Material für die abstimmenden drei Beisitzer hergeben. Der Vorsitzende soll schon vor der mündlichen Verhandlung Erkundigungen bei Eltern, Pfaffen oder Freunden des Pazifisten einholen und sich auch auf dem Wege der Amtshilfe bei anderen Behörden verwertbare Tatsachen beschaffen.

Einer der drei abstimmungsberechtigten Beisitzer wird von der Landesregierung oder einem Regierungspräsidenten ernannt. Die beiden anderen werden – von Land zu Land etwas verschieden – von Stadträten oder Kreistagen gewählt. Ob und wann sie drankommen, bestimmt das Los. Sie sollen „für ihre Aufgabe auf Grund ihrer Lebenserfahrung geeignet sein". (§26 Wehrpflichtgesetz) Das Auswahlverfahren garantiert, daß sich im Prüfungsausschuß die Lebenserfahrungen der herrschenden Klasse sammeln, und eine Kriegsdienstverweigerung durch einfache Erklärung ist bundesverfassungsgerichtlich ausgeschlossen.

Die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer orientiert sich an der Zusammensetzung der Musterungsausschüsse für die Wehrpflichtigen. Die Unterschiede sind gering. Dazu gehört, daß anerkannte Kriegsdienstverweigerer zu Beisitzern in den Prüfungsausschuß, nicht aber in den Musterungsausschuß gewählt werden dürfen und daß der Vorsitzende nicht abstimmen darf. Die Bourgeoisie behandelt die Auslese der Soldaten und der potentiellen Zivildienstpflichtigen ziemlich gleich. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß der Wehrpflichtige vor dem Musterungsausschuß nur die Hose runterlassen muß, vor dem Prüfungsausschuß aber seine Gedankengänge durchleuchtet werden. Was ist widerlicher? Die Arbeitsweise und Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse ist festgelegt in den §§26 und 33 Abs. 4, 6 und 7 Wehrpflichtgesetz und in der Musterungsverordnung in den §§4 bis 6a sowie 19 und 20. Wird der Verweigerer abgelehnt, kann er Widerspruch bei der nächsthöheren Prüfungskammer einlegen, danach bleibt ihm noch das Verwaltungsgericht. Hier gelten besonders die §§14, 20 bis 32, 38 bis 44, 63 bis 71 und 81 bis 93 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Wir sind gegen Kriegsdienstverweigerung, aber für das Recht darauf durch einfache Erklärung.



Spanisches Inquisitionstribunal um 1500. Hochnotpeinliche Befragung

Französische Imperialisten wollen Nuklearstreitmacht verstärken

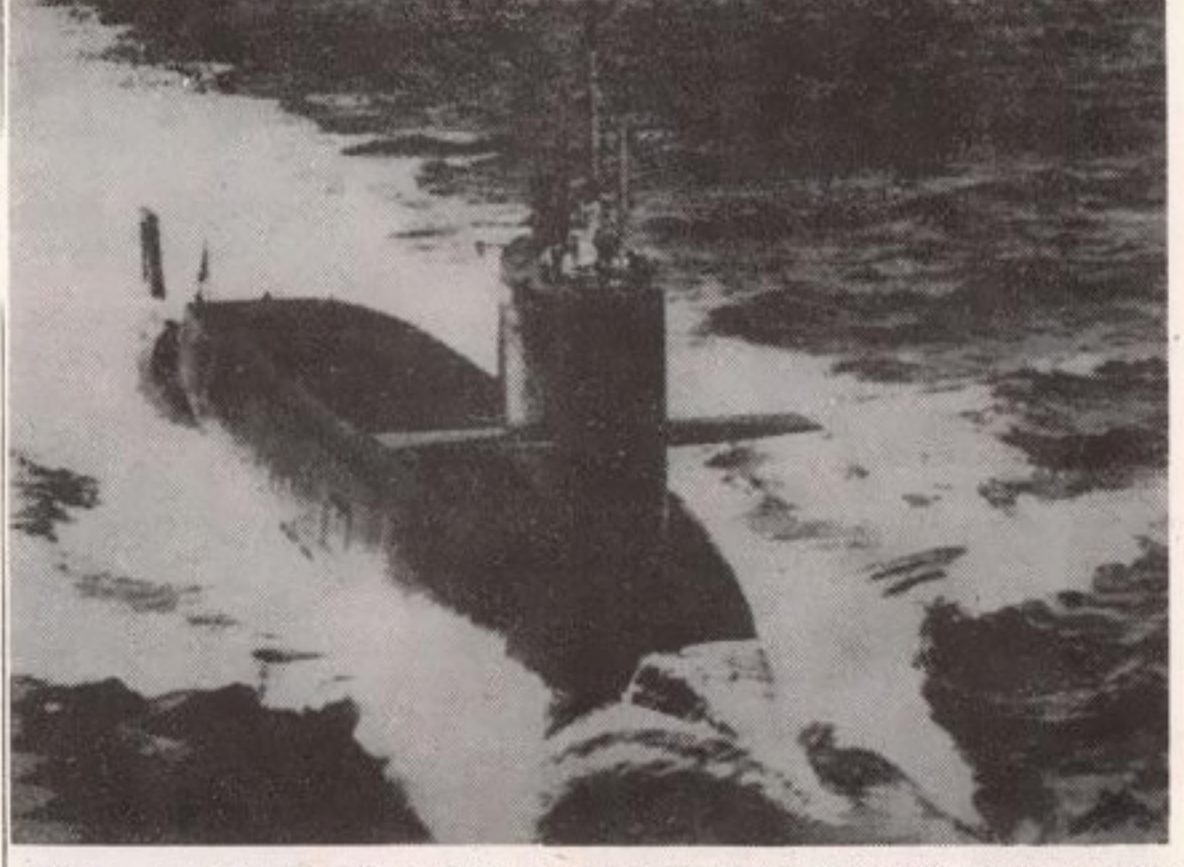
Betonung der selbständigen Interessen gegenüber den Supermächten / Angebote an die BRD-Imperialisten

z.pel.Paris. Als Jacques Chirac, Vorsitzender der gaullistischen RPR, der stärksten Partei der französischen Regierungskoalition, gleichzeitig jedoch auch wahrscheinlicher Konkurrent des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing bei den nächsten Präsidentschaftswahlen, am 12.2. seine lang erwartete Pressekonferenz gegeben hatte, gab sich die „Linkspresse" verwundert. Kaum ein Wort der Kritik an der Regierung, stattdessen Unterstützung in der Außenpolitik und als Kernpunkt die Forderung nach neun zusätzlichen Unterseebooten mit Nuklearbewaffnung und „einer nationalen Anstrengung" für die Verteidigung des Landes. Drei Tage zuvor hatte Giscard mit seinen höchsten Generälen über die Ausrüstung der force de frappe mit cruise missiles und beweglichen Boden-Boden-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen gesprochen. Dem Regierungsblatt „Figaro" kam die Aufgabe zu, die Möglichkeit eines Atomkrieges zwischen Frankreich und der UdSSR durchzuspielen. Sein Fazit: Frankreich kann nicht davon ausgehen, die gegnerischen Streitkräfte vernichten zu können, es muß auf Städte und Industriezentren zielen. Dabei kann es jedoch 60% der UdSSR vernichten, seine Atomunterseeboote sind fast unverletzlich. Ein Problem: Die USA blieben in einem solchen Fall in ihrer Schlagkraft intakt.

Die französische imperialistische Bourgeoisie sieht sich angesichts des näherrückenden Waffenganges der Supermächte um Europa veranlaßt, ihre militärische Macht zu demonstrieren. Dabei ist sie, wie der ehemalige Außenminister Couve de Murville vor zwei Wochen betonte, mehr durch den Stationierungsbeschluß der amerikanischen Mittelstreckenraketen und die Wirkung der sowjetischen SS-20 als durch die Lage in Afghanistan beunruhigt. Weniger, daß sie mit einem Nuklearkrieg um Europa rechnet, als daß sie erkennt, wie der Stationierungsbeschluß auch Frankreichs Abhängigkeit von den US-Imperialisten verstärkt und es bei einer hauptseitig konventionellen Auseinandersetzung der Supermächte leicht zum Kampfschauplatz wird. „Brown will die Weltverantwortung für die USA, lediglich lokale Verantwortung für die Europäer; Europa kann zum großen Schlachtfeld werden", warnt der gaullistische „Verteidigungsexperte" Cressard am 8.2. in „le Monde", und sein Kollege Paecht von der UDF will daher die Volksmassen „verstehen machen, daß die Nation trotz der schon schwierigen Lage unerläßlich Opfer bringen muß ..., um den Preis der Freiheit zu zahlen".

Verteidigungsminister Bourges hat den Preis auch schon beziffert. 4% des Bruttosozialprodukts – gegenüber 3,2% – hält er für unumgänglich, um die Freiheit selbständiger imperialistischer Politik der französischen Bourgeoisie zu gewährleisten. Das Kalkül ist dabei etwa das folgende: Gegenwärtig besteht die französische Atomstreitmacht aus 40 Mirage-Kampfflugzeugen, die die taktische Luftflotte bilden, fest installierten Boden-Boden-Raketen mit einer Reichweite von 3500 km und 18 Mio. t Feuerkraft sowie fünf Unterseebooten mit jeweils 16 Raketen. Die Erhöhung der Zahl der U-Boote, der Einsatz von mobilen Boden-Boden-Raketen sowie der vom Radar nicht ortbaren cruise missiles hindert die Sozialimperialisten an einem schnellen Schlag auf Mitteleuropa. Gleichzeitig ermöglicht die nationale Verfügung über die Waffen wie der 1966 erfolgte NATO-Austritt die weitere Verfolgung der v.a. ökonomischen Interessen im Machtbereich der Sozialimperialisten. Die Abhängigkeit vom US-Imperialismus wird vermindert. Unter der Flagge der „besonderen Rolle Europas" kann weitere Profilierung als Bündnispartner der arabischen und afrikanischen Staaten erfolgen. Intervention wie soeben in Tunesien inbegriffen.

Allein, da ist sich die französische Bourgeoisie einig, fehlen Frankreich Raum, Bevölkerung, finanzielle und industrielle Kapazitäten, um eine solche Expansionsstrategie durchzuhalten. Doch zusammen mit der BRD könnte es klappen. Die „Arbeitsteilung", wo sich westdeutsche und französische Imperialisten einerseits, US-Imperialisten andererseits, zunächst geeinigt zu haben scheinen, und die den ersteren den Mittelmeerraum zwecks „Sicherung" zuweist, steht dem nicht entgegen. Sie entspricht darüber hinaus Giscards Bestreben, den britischen Konkurrenten auszuschalten. Die französischen Monopolbourgeois drängen jedoch weiter. Während Giscard die von den US-Imperialisten geforderte Außenministerkonferenz der westlichen Imperialisten verhinderte und dies mit der Minderung des Spielraums französischer Außenpolitik begründete, erörtern Politiker der französischen Regierungsparteien immer lauter die Möglichkeit, französische Nuklearwaffen in der BRD unter gemeinsamer Verantwortung zu stationieren. Im September noch hatte Apel kühl reagiert. Unter dem Druck der US-beherrschten Mittelstreckenraketen könnte die westdeutsche Bourgeoisie ihre Meinung ändern, mögen sie spekulieren. An imperialistischem Ehrgeiz fehlt es ihnen jedenfalls nicht.



Eines von fünf Atomunterseebooten, dem entscheidenden Bestandteil der force de frappe. Bestückung: 16 Raketen von 18 Mio. t Sprengkraft.

Eritrea und Tigray – Erfolge im bewaffneten Befreiungskampf

z.ans.Rom. Die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) hat in den letzten Monaten die Fronten der äthiopischen Kolonialarmee in der nördlichen Sahel-Zone von Eritrea, dem Stützpunktgebiet der EPLF, völlig zerschlagen. Die Okkupationstruppen mußten sich in zwei Küstenorte zurückziehen. In Afabet sind die äthiopischen Truppen von der Volksbefreiungsarmee eingeschlossen. Die großen Erfolge in der konventionellen Kriegsführung ermöglichen es der EPLF, im Rest Eritreas, vor allem auch um die Hauptstadt Asmara, die Guerilla-Aktionen gegen die Kolonialarmee zu intensivieren.

Die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) kämpft seit ihrer Gründung 1975 für nationale Selbstbestimmung des Volkes von Tigray, der nördlichsten, an Eritrea angrenzenden Provinz des Völkergefängnisses Äthiopien. Seit 1976 haben äthiopische Truppen mehrere erfolglose Offensiven gegen die TPLF durchgeführt. Ende letzten Jahres ist es der TPLF gelungen, ihre Operationen auf den allergrößten Teil Tigrays auszudehnen. Die äthiopische Armee kontrolliert nur noch einen Teil der größeren Städte.

Die Befreiungsbewegungen haben gleichzeitig ihre Verankerung in den eritreischen und tigreischen Massen vertieft. Ende letzten Jahres gründeten die Arbeiter und Frauen Eritreas auf einem Kongreß in den befreiten Gebieten ihre nationalen Organisationen. Im Süden Eritreas nahmen Ende Oktober 6000 Bauern an einem politischen Seminar der EPLF teil. Die Massen beteiligen sich unter Führung der EPLF und der TPLF aktiv am Befreiungskampf. Sie organisieren sich in Volksmilizen, bauen Straßen, sammeln vom Feind zurückgelassene Waffen auf (Bild) und pflegen die Verwundeten. Nach der Zerschlagung der Nacfa-Front spendeten die armen Bauern von Nacfa auf einer Siegesfeier 82 Ziegen und zwei Ochsen, die Bauern eines anderen Ortes 150 Ziegen und umgerechnet 480 DM.



Äthiopisches Entspannungsmanöver – EPLF fordert Verhandlungen ohne Vorbedingungen

z.ans.Rom. Der sudanesische Präsident Numeiri erklärte am 29.1., die äthiopische Regierung hätte ihn aufgefordert, als Vermittler zwischen ihr und der eritreischen Befreiungsbewegung tätig zu werden. Ziel solle eine „friedliche Lösung" im Rahmen „regionaler Autonomie" Eritreas sein.

Die jüngsten militärischen Erfolge der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) haben die Schwierigkeiten des äthiopischen Regimes weiter verschärft. Über 10000 Soldaten wurden allein im Dezember im Norden Eritreas getötet. Die Desertationsrate steigt ständig. Mit 2,175 Mrd. DM mußte sich Äthiopien für Waffenlieferungen bei der Sowjetunion verschulden. Für die Rückzahlung wird den armen Bauern heute rund das Dreifache an Steuern abgepreßt wie vor 1978. Der EPLF gelingt es zunehmend, die Isolierung von den anderen afrikanischen Staaten zu überwinden. So konnte sie im November 1979 eine Vertretung in Algerien eröffnen, eine EPLF-Delegation wurde von der Frelimo in Mozambique empfangen.

Durch das von den Sozialimperialisten inspirierte Entspannungsmanöver will sich Äthiopien Luft schaffen, um seine Okkupationsarmee für eine neue Offensive zu rüsten. Die EPLF soll von der Unterstützung durch den Sudan abgeschnitten werden. Gleichzeitig spekulieren die Sozialimperialisten darauf, wieder im Sudan Fuß fassen zu können. 1977 wies Numeiri die letzten sowjetischen Berater aus, als die Sowjetunion Äthiopien zum Stützpunkt für ihre Hegemonialpolitik in der Region machte.

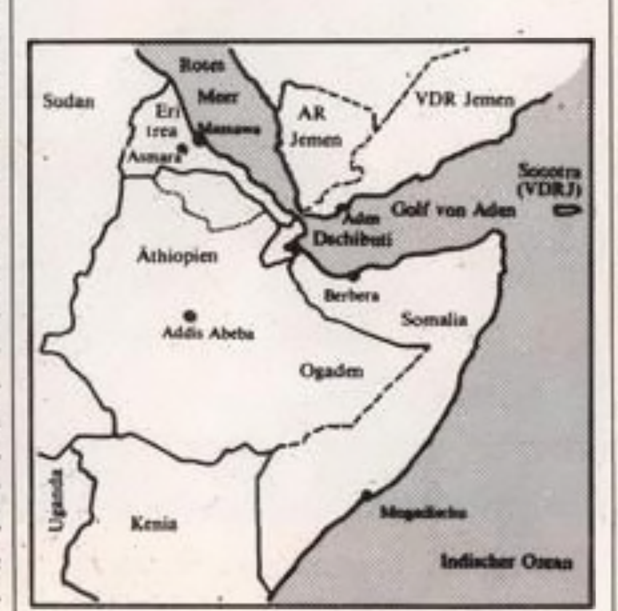
Die „regionale Autonomie", mit der sich das eritreische Volk zufrieden geben soll, bedeutet Aufrechterhaltung des Kolonialstatus. Die Eritreer würden weder die gesetzgebende und ausführende Gewalt noch kulturelle Autonomie haben. Polizei und Armee würden unter äthiopischer Kontrolle bleiben. Die EPLF hat des öfteren ihre Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung erklärt, wenn das Recht des eritreischen Volkes auf Selbstbestimmung garantiert ist. In einer Erklärung vom 31.1. fordert die EPLF die äthiopische Regierung auf, die Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu beginnen und als Verhandlungspartner die Gemeinsame Politische Führung von EPLF und ELF zu akzeptieren. Damit richtet sie sich gegen die sozialimperialistischen Versuche, zwischen den eritreischen Befreiungsbewegungen zu spalten.

Ungeladener Besuch in Somalia, Oman und Kenia – US-Imperialisten wollen Flottenstützpunkte

z.ulg.Rom. Mit einer lapidaren Erklärung des US-Außenministeriums am 18.12.79 fing es an. Eine Delegation sei nach Oman, Kenia und Somalia aufgebrochen, um dort nach Nutzungsrechten an Häfen und Flugplätzen für die US-Armee zu „forschen". In Somalia geht es um den Hafen Berbera, den die Sozialimperialisten bis 1977 als Anlaufplatz für ihre U-Boot-Flotte und als Raketenbasis genutzt hatten. Sogleich wurde das Gerücht lanciert, Somalia habe praktisch schon zugesagt. Tatsächlich hat man von einem entsprechenden Angebot der somalischen Regierung nie etwas gehört. Auf der islamischen Außenministerkonferenz führte das Land gegen die Anwesenheit fremder Truppen und Militärbasen am Horn von Afrika einen Beschluß herbei.

Fieberhaft versuchen sich die Supermächte im Kampf um die Flanken Europas strategische Positionen im Indischen Ozean zu sichern. Über einen regelrechten, ausgebauten Stützpunkt verfügen dort bisher nur die US-Imperialisten: die britische Kolonie Diego Garcia südlich von Indien. Doch seitdem sich die Sozialimperialisten in Aden und in dem eritreischen Hafen Massawa festgesetzt haben, ist die beherrschende Stellung der US-Flotte bedroht. „Ohne Einrichtungen für Versorgung und Aufklärung an der Küste können wir in diesem Gebiet keine permanente Flotte halten", hat jetzt der US-Vizeaußenminister Newsom erklärt. Wie man sieht, können sie schon. Aber sie wollen mehr: Ausgangspunkte zur Bedrohung der Souveränität der Staaten am Golf und am Horn von Afrika. Daß die Delegation ausgerechnet abreiste, als die US-Imperialisten eine Seeblockade gegen Iran vorbereiteten, ist kein Zufall, trotz lautstarker Dementis aus Washington.

Anfang Februar ist die gleiche Delegation erneut auf die Reise gegangen. Oman hat sie in der vorletzten Woche die Überlassung eines Stützpunkts abpressen können. Somalia soll unter Druck gesetzt werden, indem die Lieferung moderner Waffen an die Gewährung von Stützpunktrechten geknüpft wird. Die somalische Armee hat 1978 im Ogadenkrieg über die Hälfte ihrer schweren Ausrüstung verloren. Jetzt heißt es, die US-Delegation werde „gleichzeitig" auch über Waffenlieferungen verhandeln.



Somalia kämpft um seine Unabhängigkeit

Die Landwirtschaft ist die Grundlage beim Aufbau der nationalen Wirtschaft

z.ulg.Rom. „Somali" bedeutet in den Sprachen der semitischen Nachbarvölker: „Besitzer des Reichtums". Den Namen verdankten die Nomadenstämme am Horn von Afrika ihrem großen Viehreichtum. Das war vor der Kolonialzeit. Heute, nach 70 Jahren italienischer und britischer Kolonisierung, gehört Somalia zu den 25 ärmsten Ländern der Erde. 60% der Bevölkerung sind Nomaden, die – oft am Rande des Hungers – Viehzucht (v.a. Kamele und Rinder) betreiben. Weitere 20% sind seßhafte Bauern, deren Produktion jedoch bisher meist nicht ausreicht, um den Lebensmittelbedarf des Landes zu decken. Nur 10000 Landarbeiter waren 1972 in den „modernen" Bananenplantagen im Tal des Juba beschäftigt, des einzigen ganzjährig wasserführenden Flusses, davon nur 1000 ganzjährig.

Der Raub der wenigen fruchtbaren und bewässerbaren Landstriche durch die Kolonialisten hat entscheidend dazu beigetragen, die ehemaligen „Besitzer des Reichtums" ins Elend zu stürzen. Außer dem Ackerbau dienten diese Gegenden früher als Weideplätze während der Trockenzeit. Die italienischen Kolonialisten jagten die Nomaden in die Steppe, nahmen den Bauern das Land weg und ließen es von den ehemaligen Besitzern in Zwangsarbeit mit Baumwolle, später mit Bananen bepflanzen. Zugleich wurde der traditionelle Weiderhythmus durch die Ziehung künstlicher Kolonialgrenzen zwischen den Kolonien Italiens, Großbritanniens und Frankreichs sowie dem (ebenfalls somalischen) Ogaden, den die äthiopischen Feudalherren besetzten, teilweise unterbrochen.

Bis in die jüngste Zeit haben die somalischen Nomaden ihre ursprüngliche Gentilorganisation weitgehend bewahrt. Die ganze Nation gliedert sich in sechs Clan-Familien, weiter in Clans, Geschlechter und schließlich Gruppen von einigen hundert bis einigen tausend Menschen. Vom Eigentum des ganzen Clans abgetrenntes privates Grundeigentum gab es praktisch nicht. Die Rechte des Clans an der Herde gehen auch den Eigentumsrechten des einzelnen an seinen Kamelen vor. Die Klassenspaltung war (und ist bei den Nomaden bis heute) nur in allerersten Anfängen entwickelt. Zum Teil schon vor, vor allem aber während der Kolonialzeit entwickelte sich in den Hafenstädten eine zahlenmäßig kleine Handelsbourgeoisie, die den Export von Fleisch und Häuten, vor allem nach der arabischen Halbinsel, vermittelte. Bananenproduktion und -export waren dagegen von Anfang an vollständig in den Händen italienischer Siedler und Kapitalgesellschaften. Vieh, Fleisch und Häute (60% der Exporteinnahmen) sowie Bananen (27%) sind bis heute die Hauptausfuhrgüter. Das kleine Industrieproletariat (kaum 100000) ist hauptsächlich in Nahrungsmittel- und Textilfabriken beschäftigt.

Nach der Unabhängigkeit 1960 hatte zunächst die eng mit den ehemaligen Kolonialmächten verbundene städtische Handelsbourgeoisie die politische Macht inne. Von der Übervorteilung der nomadischen Hirten lebend, unternahm diese Klasse praktisch nichts zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte. Am 21. Oktober 1969 wurde sie durch einen Militärputsch unter Führung Siad Barres gestürzt. Aktive Träger des Umsturzes waren vor allem kleinbürgerliche Offiziere und Staatsangestellte. Doch in gewissem Maß drückte die Politik des Militärregimes die Interessen aller antiimperialistischen Klassen, d.h. vor allem der Hirten- und Bauernmassen aus. In einer „2. Charta der Revolution" bekannte sich der herrschende Revolutionsrat 1970 ausdrücklich zum wissenschaftlichen Sozialismus.

Die größeren Industriebetriebe – so die Textilfabrik Somaltex, an der bis dahin westdeutsche Kapitalisten zu 50% beteiligt waren – wurden verstaatlicht, ebenso das wichtigste italienische Bananenmonopol. Die kleineren Bananenplantagen blieben dagegen zunächst Eigentum italienischer Siedler. Italien war damals fast einziger Abnehmer somalischer Bananen. Inzwischen wird ein großer Teil der Produktion in die Golfstaaten exportiert.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Maßnahmen waren auf die Entwicklung der Landwirtschaft gerichtet, um die Selbstversorgung des Landes mit Lebensmitteln zu erreichen und den Export steigern zu können. Staatliche Aufkaufstellen nehmen den Bauern und Hirten ihre Produkte zu Mindestpreisen ab, die beträchtlich über den früheren Preisen liegen. Um die Abhängigkeit der Nomadenstämme von den städtischen Kompradoren zu brechen, richtete der Staat Sammelzentren für Vieh und Häute ein. Neue Brunnen wurden gebohrt, die tierärztliche Versorgung aufgebaut. In „Crash-Programmen" wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche mit in Genossenschaften organisierten Nomaden und städtischen Arbeitslosen erweitert. So wurden die Voraussetzungen geschaffen, während der katastrophalen Dürre 1974/75 120000 Nomaden in landwirtschaftlichen Kooperativen und Fischereigenossenschaften seßhaft zu machen.

Bei allen bisherigen Entwicklungsplänen hat sich die somalische Regierung zu einem sehr hohen Anteil auf ausländische Finanzierung der vorgesehenen Projekte gestützt, vor allem durch die VR China, bis 1977 auch durch die Sowjetunion. Die Sozialimperialisten haben das genutzt, sich in Berbera Stützpunktrechte zu sichern, während sie bei Krediten und Handel ziemlich günstige Bedingungen zugestehen mußten. Als Somalia 1977 den Freundschaftsvertrag mit der UdSSR kündigte, transportierten die Sozialimperialisten fast die gesamte, von ihnen installierte Fischereiindustrie wieder ab. Zwecks Konterrevolution haben sie kürzlich über Äthiopien die alte Kompradorenbourgeoisie in einer „Somalischen Rettungsfront" organisiert. Heute versuchen die US-Imperialisten und die EG-Länder, die hohe Abhängigkeit von ausländischer Finanzhilfe zu nutzen, um das Land von seinem unabhängigen Kurs abzubringen. Jedoch lag Ende 1976 der Anteil des Schuldendienstes an den Exporterlösen mit 3% weit unter dem Durchschnitt der Länder der Dritten Welt.

Die Ziele, die sich Somalia beim Aufbau der Wirtschaft gesetzt hatte, sind nur zum Teil erreicht worden. So ist die Lage der Bauern heute zwar unzweifelhaft besser als vor der Revolution, doch die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln ist noch immer nicht voll gesichert. In der Industrie wachsen die Widersprüche zwischen den Arbeitern und der staatskapitalistischen Leitung der Betriebe; jahrelang sind die Löhne trotz heftiger Teuerung nicht erhöht worden. 120000 Somalis sind zur Emigration in die Golfstaaten gezwungen, weil sie in ihrer Heimat keine Arbeit finden können. Zum Teil gehen diese Rückschläge freilich auf die Dürrekatastrophe und den verlorenen Ogadenkrieg zurück. Das somalische Volk, das der einen Supermacht mutig die Stirn geboten hat, wird sich dadurch nicht in die Klauen der anderen treiben lassen.



1972 wurde erstmals eine somalische Schriftsprache eingeführt. In wenigen Jahren konnte die Analphabetenquote von 95 auf 40% gesenkt werden.

Konferenz der blockfreien Mittelmeerländer in Malta

z.mam. Auf Beschluß der 6. Blockfreienkonferenz in Havanna letzten Jahres bereiten die blockfreien Mittelmeerländer zur Zeit die KSZE-Konferenz vor, die Ende des Jahres in Madrid stattfinden wird. An der Konferenz in Malta nahmen Algerien, Libyen, Zypern, Ägypten, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, Jugoslawien, die PLO und Beobachter der Arabischen Liga teil. Die blockfreien Mittelmeerländer fordern die Umwandlung des Mittelmeers in eine Zone des Friedens unter alleiniger Verfügung der Anrainerländer und den *Abzug aller fremden Streitkräfte* aus dem Mittelmeer. Die Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki dokumentiert die Interessen der Imperialisten an der Beherrschung des Mittelmeers. Sie beabsichtigen „zum Frieden, zur *Verminderung von Streitkräften* in der Region ... zur Ausweitung des Umfangs der Zusammenarbeit beizutragen". – Die Blockfreienkonferenz forderte dagegen ausdrücklich: „Ausgehend von den Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, das Rechtes der Völker, selbst Beschluß zu fassen, der Nichtintervention und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der Gleichberechtigung ... zusammenzuarbeiten." Die Konferenz soll sich mit der Zusammenarbeit der blockfreien Mittelmeerländer, den Expertenempfehlungen für die KSZE-Konferenz und des Teilnehmerstatus sowie auf Antrag der PLO mit den Auswirkungen der Camp-David-Abkommens auf die Sicherheit im Mittelmeerraum befassen.

Gibraltar: Besatzung der Kolonie „wählt britisch"

z.rül.London. „Gibraltar stimmt für den Verbleib bei Großbritannien", meldete letzte Woche der britische „Guardian". Bei den Wahlen zum Parlament Gibraltars, das den britischen Gouverneur „berät", waren sämtliche 15 Sitze an Parteien gefallen, die für eine Beibehaltung des britischen Kolonialstatus eintreten. Die spanische Regierung hat seit 1966 alle Land- und Fährverbindungen zur Halbinsel gesperrt. Sie fordert die Rückgabe der Halbinsel und den Abzug der Briten. Die Briten lehnen das ab. Nur bei „Zustimmung der Bevölkerung Gibraltars" seien sie dazu bereit. Die „Bevölkerung": 6442 Briten und 19459 „Gibraltesen" (1978), das sind Lohnarbeiter der Festungsverwaltung aus Italien, Marokko, Malta, Portugal. Die Briten haben die Spanier schon lange vertrieben.

Jugoslawien/VR China: Zusammenarbeit der Gewerkschaften

z.anb. Unter Leitung des Vorsitzenden Mika Spiljak hat in der zweiten Februarwoche eine Delegation des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes auf Einladung des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes die VR China besucht. Zum Abschluß der Beratungen betonte der Vorsitzende der chinesischen Gewerkschaften Hi Chi Fu, ähnliche Erfahrungen der Arbeiter beider Länder im Kampf gegen den Imperialismus und für den Aufbau des Landes seien eine feste Grundlage für die Entfaltung allseitiger Zusammenarbeit gerade auch der Gewerkschaften. Mika Spiljak bezeichnete das Treffen als äußerst nützlich, weil „nicht nur über Er-

Matthöfer als Türkei-Beauftragter am Werk

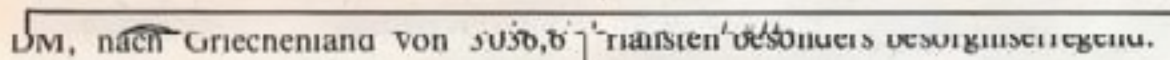
Die „Krankheit" der Türkei besteht in ihrer relativen Unabhängigkeit

z.ges. Mit großem Ernst gehe Finanzminister Matthöfer an seine Aufgabe, die türkische Wirtschaft zu stabilisieren, heißt es. Wie vor dem ersten Weltkrieg hört man, daß der kranke Mann am Bosporus geheilt werden müsse. Aber seit damals hat die Türkei unter Kemal Atatürk eine nationale Revolution gemacht. Woran krankt die Türkei überhaupt? Die Türkei ist seit 1950 Mitglied der NATO, dennoch hat sie ihre Unabhängigkeit gegenüber den USA und gegenüber den anderen imperialistischen Mächten des NATO-Bündnisses niemals völlig verloren. Anfang der 60er Jahre wurde Menderez, der das Land den Imperialisten geöffnet hatte, gestürzt und hingerichtet. Die Türkei versuchte, ihre Unabhängigkeit wieder zurückzugewinnen. Seit 1974 ruht die NATO-Mitgliedschaft praktisch. Diese relative Unabhängigkeit der Türkei diagnostizieren die Imperialisten als „Krankheit" und wollen sie wegsanieren.

Die Türkei hat zwischen 43 und 45 Millionen Einwohner. Dem Bruttosozialprodukt pro Einwohner nach gehört es zu den Ländern mit mittlerem Einkommen, wozu die Weltbank Länder wie Ägypten mit einem Bruttosozialprodukt pro Kopf von 340 US-Dollar (1977) am unteren Ende und Spanien mit einem Bruttosozialprodukt pro Kopf von 3260 US-Dollar (1977) am oberen Ende rechnet. Die Türkei wiederum nimmt mit 1100 US-Dollar Bruttosozialprodukt pro Kopf in dieser Gruppe von Ländern eine mittlere Stellung ein. Portugal, Griechenland und Irland, die ebenfalls zu diesen Ländern gerechnet werden, stellen sich nicht viel besser als die Türkei. Auf Grund seiner großen Bevölkerung übertrifft die Türkei der absoluten Größe ihres Sozialprodukts nach all diese Länder.

Die Bundesrepublik Deutschland steht an erster Stelle im Außenhandel der Türkei. 1978 hat die BRD Waren im Wert von 1695,8 Mio. DM in die Türkei exportiert. Waren im Wert von 834,6 Mio. DM hat sie aus der Türkei importiert. Beides ist nicht eben viel. Im gleichen Jahr hat die BRD nach Irland Waren im Wert von 1008,5 Mio. DM, nach Griechenland von 3036,6 Mio. DM, nach Portugal von 1491,8 Mio. DM und nach Spanien Waren im Wert von 3634,2 Mio. DM exportiert. Aber auch nach Ägypten hat die BRD 1978 immerhin Waren im Wert von 1351,1 Mio. DM ausführen können, obwohl das Bruttosozialprodukt Ägyptens wesentlich niedriger als das der Türkei ist. Als erstes „Krankheitssymptom" stellt sich heraus: Der türkische Markt ist den Imperialisten nicht erschlossen. Die Türkei ist nicht wirklich in den Weltmarkt integriert. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt auch die führende Stellung im Kapitalexport in die Türkei ein, aber dieser Kapitalexport ist absolut niedrig und hat in den letzten Jahren stagniert. Gegenwärtig beträgt das westdeutsche Kapital in der Türkei gerade 140 Mio. DM. In Irland dagegen beträgt es 232,5 Mio. DM, in Griechenland 354,6 Mio. DM, in Portugal 456,0 Mio. DM und in Spanien 3344,5 Mio. DM. Aber auch in Ägypten ist der Bestand der westdeutschen Direktinvestitionen wesentlich höher als in der Türkei. Er beträgt 185,1 Mio. DM. Als zweites „Krankheitssymptom" kann man also feststellen: Die Türkei ist dem imperialistischen Kapitalexport nicht erschlossen und ist nicht wirklich in die imperialistische Arbeitsteilung integriert.

Die Türkei hat aber für die Imperialisten eine strategische Bedeutung. Sie bildet die Landbrücke von Europa zum Nahen und Mittleren Osten. Gegenüber dem Vordringen der Sowjetunion ins Mittelmeer und in den Mittleren Osten bildet die Türkei einen Sperriegel. Die Türkei hat in den letzten Jahren versucht, selbständige Verbindungen in den Nahen und Mittleren Osten, nach Afrika und in die übrige Dritte Welt anzuknüpfen. Die Sowjetunion ihrerseits hat die Widersprüche zwischen der Türkei und den westlichen Imperialisten genutzt, um eine Reihe von Wirtschaftbeziehungen zur Türkei zu knüpfen. Z.B. ist es der Sowjetunion gelungen, einen Vertrag über die gemeinsame Erforschung der türkischen Ölvorkommen abzuschließen. Angesichts der strategischen Lage der Türkei werden ihre „Krankheitssymptome" für die westlichen Imperialisten besonders besorgniserregend.





... "Entwicklungsland Türkei: Bonner Hilfe für den kranken Mann am Bosporus" (Wirtschaftswoche 5/80)

Was sind die Grundlagen für die beschränkte Integration der Türkei in den Weltmarkt und warum ist es den Imperialisten nicht wirklich gelungen, die Türkei ihrem Kapitalexport zu erschließen? Die türkische Landwirtschaft ist noch in der Lage, das Land weitgehend selber zu versorgen. Der Anteil von Nahrungsmitteln an den türkischen Importen ist entsprechend gering. Zwischen 1960 und 1975 betrug er unverändert bloß 7%. In Ägypten z.B. betrug er 1975 36%, während er 1960 erst 23% betragen hatte. Es ist den Imperialisten bisher kaum gelungen, den Austausch zwischen Stadt und Land unter Kontrolle zu bringen. Die Landwirtschaft ist relativ intakt, die Industrie aber wird durch staatliche Kontrollen dem Zugriff der Imperialisten weitgehend entzogen. Seit 1962, nachdem die amerikanische Marionette Menderez durch die Armee gestürzt worden war, hat die Türkei einige Außenhandelskontrollen errichtet und dem Eindringen imperialistischen Kapitals Schranken gezogen. Um den Aufbau des Landes zu kontrollieren, wurde ein staatliches Planungsamt errichtet. In Landwirtschaft und Industrie wurden hohe Wachstumsraten erzielt.

Aber obwohl das Außenhandelsvolumen der Türkei relativ gering blieb, hat sich die Türkei über ihr Außenhandelsdefizit hoch verschuldet. Der akute Devisenmangel konnte durch die Überweisungen der türkischen Arbeiter im Ausland nicht länger ausgeglichen werden. Die Stunde der imperialistischen Sanierer war gekommen.

Alle Bedingungen der Imperialisten bei den Umschuldungsverhandlungen und für die Vergabe von neuen Krediten zielen auf die Öffnung des türkischen Waren- und Kapitalmarktes. Die erste Forderung ist die Abwertung der türkischen Lira. Dieser Forderung ist die türkische Regierung in den letzten Monaten bereits mehrmals nachgekommen. Angeblich zielt diese Forderung auf die Erhöhung des türkischen Exportes und die Ausgleichung der Außenhandelsbilanz. Hauptziel ist aber, den Kapitalexport zu verbilligen. Die Regierung Ecevit hatte schon eine Neufassung der Investitionsbedingun-
Neufassung der Investitionsbedingun-
gen vorgenommen, aber hinhaltend taktiert, die neuen Bestimmungen nicht veröffentlicht und in Kraft gesetzt. Im Mai 1979 stellten die halbamtlichen „Nachrichten für Außenhandel" fest: „Die Einstellung der türkischen Behörden zum Engagement ausländischen Kapitals ist aber immer noch uneinheitlich." Die türkische Wirtschaft hätte „bisher nur begrenzten Nutzen aus ausländischem Kapital gezogen". Tatsächlich konnte das ausländische Kapital erst begrenzten Nutzen aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei ziehen. 1978 war der Kapitalbestand der westdeutschen Imperialisten in der Türkei gegenüber 1977 noch einmal leicht zurückgegangen und erst in der ersten Hälfte von 1979 konnte er leicht gesteigert werden. Das soll jetzt anders werden. Die neue Regierung Demirel konnte nach kurzem Widerstand nicht nur gezwungen werden, die türkische Lira kräftig abzuwerten, Anfang Februar hat sie auch neue Investitionsregeln für ausländisches Kapital veröffentlicht. „Blick durch die Wirtschaft" bemängelt: „Nach wie vor wird eine Investition nur dann bewilligt werden, wenn sie sich im Rahmen dessen hält, was auch türkischen Privatunternehmen als Einrichtung offensteht." Positiv wird aber vermerkt, „daß die bürokratischen Hindernisse, die bisher bestanden, weitestgehend aufgehoben werden sollen, um die Investitionen rasch voranzutreiben". Haupthindernis bleibt neben der staatlichen Kontrolle über Außenhandel und Kapitalimport, daß ungefähr 50% der industriellen Produktion in der Hand von staatlichen Unternehmen sind. Sie müssen jetzt geknackt werden. Einstweilen sind die Preise der Staatsunternehmen bis zu hundert Prozent erhöht worden, um „die Kauflust der konsumwütigen Türken" zu bremsen, wie „Die Welt" am 29.1. forderte. Ausdehnung der Privatinvestitionen ist eine Forderung der Imperialisten, aber diese Privatinvestitionen sollen durch die Imperialisten getätigt werden. Die jetzt beschlossene Verteuerung des Kredits in der Türkei wirkt dahin. Die erste Hilfsaktion der westlichen Imperialisten unter Federführung von Kanzlerbeauftragten Kiep hatte noch keinen durchschlagenden Erfolg. Die jetzige Hilfsaktion unter Leitung von Finanzminister Matthöfer hat bereits bessere Voraussetzungen, die Türkei dem imperialistischen Kapital vollends zu öffnen. Die türkische Bourgeoisie ist weichgeklopft.

Trotz des Ausnahmezustandes führt aber die türkische Arbeiterklasse heftige Abwehrkämpfe gegen das von den westlichen Imperialisten diktierte Regierungsprogramm Demirels. In Izmir richtet sich ein Generalstreik gegen die Preiserhöhungen, gegen Betriebsstillegungen und gegen die Unterdrükkungsmaßnahmen von Armee und Regierung. Die geplante Lieferung von 70 Leopards soll den Sperriegel nach Norden sichern, aber auch die Öffnung nach Westen. Die Hilfsaktion für die Türkei findet im Rahmen der Arbeitsteilung zwischen EG und USA statt. Die Heilung besteht in Unterwerfung. Ein Teil der durch Steuern abgepreßten Lohngelder der westdeutschen Arbeiter soll diesmal den Umweg über die Türkei machen, bevor er in den Händen der westdeutschen Imperialisten landet. „Noch ist die Erhöhung des Weihnachtssteuerfreibetrages nicht für die Türkei verfrühstückt," meinte ein Kanzlerberater gegenüber der Wirtschaftswoche. Messer und Gabel haben die Kapitalisten schon in der Hand.

Zeitpunkt für „Wiederbelebung des Assoziierungsabkommens" der Türkei mit der EG scheint günstig

z.gkr. Am 6. Februar erklärte der türkische Außenminister Erkmen in Brüssel, die Türkei wolle nach den positiven Gesprächen über eine Wiederbelebung des Assoziierungsvertrages bis zum Jahresende einen Antrag auf EG-Beitritt stellen. Das Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der EG, auf das er sich beruft, trat am 1.12.1964 in Kraft. Dieses Abkommen teilt die Entwicklung der Beziehungen zwischen EG und Türkei in drei Phasen ein: auf die Vorbereitungsphase folgte 1970 fristgemäß nach 5 Jahren die 12jährige Übergangsphase, an die sich die Endphase anschließen soll.

In der Übergangsphase soll die Zollunion hergestellt werden, vor allem für die industriellen Produkte. Ausdrücklich ausgenommen davon sind aber der Austausch landwirtschaftlicher Produkte sowie einige andere Waren wie Textilerzeugnisse, ein wichtiges Exportprodukt der Türkei. Für die land-
portprodukt der Türkei. Für die land-
wirtschaftlichen Produkte gelten besondere Regelungen, die der „gemeinsamen Agrarpolitik der Gemeinschaft Rechnung tragen". Diese Bestimmungen des Assoziierungsvertrages tragen über ein weit aufgeblähtes Zahlungsbilanzdefizit, das in diesem Jahr schätzungsweise 3,5 Mrd. Dollar betragen wird, wesentlich zur Ruinierung der türkischen Wirtschaft bei. Denn: ca 40% der Im- und Exporte tätigt die Türkei mit den Ländern der EG. Im Gegensatz zu den Importen machen die landwirtschaftlichen Produkte bei den Exporten bis zu ⅔ aus. 1965 betrug das Handelsbilanzdefizit der Türkei gegenüber der EG 6%, in den ersten acht Monaten von 1979 75% der Exporte. Unnachgiebig hat die EG bei den Verhandlungen im Jahre 1978, die zu einer Intensivierung der Beziehungen führen sollten, in der Frage der Agrarexporte jedes Zugeständnis verweigert. Ebenfalls waren die EG-Imperialisten nicht zu einer Lockerung der Einfuhrbeschränkungen für Textilprodukte bereit.

Größere Bereitschaft, den Anträgen der türkischen Regierung zu entsprechen, zeigt die EG bei der Vergabe von Krediten, führen sie doch die mit inzwischen 14,2 Mrd. Dollar im Ausland verschuldete Türkei in die Abhängigkeit der EG-Staaten. Seit Bestehen des Assoziierungsabkommens erhält die Türkei, in aller Regel projektgebunden, auf Grund von inzwischen 3 Finanzabkommen Kredite von den Mitgliedsländern der EG, ausgezahlt über die Europäische Investitionsbank (EIB):

1. Abkommen (1963)	175 Mio. RE
2. Abkommen (1973)	267 Mio. RE
3. Abkommen (1979)	310 Mio. RE

Während die Mittel von den Mitgliedsländern in der Regel mit Laufzeiten von 30 Jahren, 10 Jahren rückzahlungsfrei, Zinssatz 2,5 bis 4,5% pro Jahr, vergeben werden, beinhaltet das zweite Finanzabkommen mit der Tür-
Jahr, vergeben werden, beinhaltet das zweite Finanzabkommen mit der Tür-
kei eine Summe von 25 Mio. Rechnungseinheiten (RE) direkt aus Mitteln der EIB, Zinssatz 9 bis 11%, Laufzeit 15 Jahre, nur 3 Jahre rückzahlungsfrei. Im 3. Finanzhilfeabkommen wurde dieser Anteil denn auch gleich auf 90 Mio. RE erhöht. Zusätzlich zu diesen Krediten nehmen die EG-Imperialisten, zusammen mit dem US-Imperialismus, über die IWF-Kredite die Türkei in den Würgegriff, von den gesamten Auslandsinvestitionen halten sie schon 55% in ihrer Hand, allen voran die BRD-Imperialisten.

Bei den Verhandlungen 1978 war Ecevit nicht zur Unterwerfung unter die Bedingungen der EG bereit: Die vorgesehenen Zollsenkungen, die der Türkei erneut jährlich mehr als 100 Mio. DM Einnahmeverlust gebracht hätten, wurden auf 5 Jahre ausgesetzt. Demirel hat jetzt die erpresserische Haltung der EG in der Zoll- und Agrarfrage akzeptieren müssen.

---

folge, sondern auch über Mängel gesprochen wird", woraus man voneinander lernen könne. – Die jugoslawische Presse berichtet verstärkt über die Fortschritte im Kampf um die vier Modernisierungen in der VR China. Besondere Aufmerksamkeit findet die Frage der Demokratie im Produktionskampf. Ende Januar meldete „Tanjug" einen Beschluß der Organe der Selbstverwaltung im Elektrobetrieb „Sever" (5000 Arbeiter). 200 für die Kontrolle der Endproduktion vorgesehene Posten werden abgeschafft, stattdessen erhält jeder Arbeiter einen Lohnzuschlag von 10% für die eigenständige Kontrolle der von ihm produzierten Waren. Die bisherigen Kontrolleure werden der Abteilung für technologische Neuerungen zugewiesen.

Jesuitenzeitschrift meldet: Kirche kriegsfähig

z.ulg.Rom. Das Vatikanorgan „Osservatore Romano" hat kürzlich daran erinnert, daß auch „andere gemeinsam mit Sacharow innerhalb und außerhalb ihres Landes gekämpft haben und weiterkämpfen, damit überall auf der Erde die Grundrechte des Menschen gewahrt bleiben". Damit man weiß, wer die Mitkämpfer „außerhalb" sind, ist gleich darüber das Faksimile eines Solidaritätstelegramms der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften abgedruckt. Und Carter hatte dem Friedensnobel ja auch gleich nach Amtsantritt geschrieben. Je direkter die Supermächte auf den Krieg lossteuern, desto lauter wird im Westen die Menschenrechtstrommel gerührt. Wojtyla war rechtzeitig zur Stelle. In seiner letzten Ausgabe druckt die Jesuitenzeitschrift „Civiltà Cattolica" eine Übersicht, wie unermüdlich der Mann für die Menschenrechte tätig gewesen ist. Er selbst dazu am 22.12. vor den Kardinälen: „Das ist gewiß keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, keine unzulässige Aneignung von Aufgaben, die ihr (der Kirche) nicht zustehen." Dem Diplomatischen Korps hat er am 14.1. zu verstehen gegeben, wo künftig besonders gedrückt werden soll: „Es gibt noch heute zahlreiche Fälle echter Verletzung der religiösen Freiheit, gleich welche Erklärungen dafür abgegeben werden, und ich selbst erhalte Beweise genug dafür." Nach Bedarf kann also gegen die Staaten im sozialimperialistischen Machtbereich ausgepackt werden. Der Mann versteht es, herzergreifende Beteuerungen über die Friedensliebe der Kirche aufs glücklichste mit Schützenhilfe für die Kriegsvorbereitungen der US-Supermacht zu verbinden.

Grönland beschließt Aufschub des Uranabbaus

z.bag. „Das zweitgrößte Uranvorkommen innerhalb der EG soll vorläufig brachliegen, und damit sind 25 Jahre Arbeit und Millionen von Kronen vergeudet." So jammert die bürgerliche Presse Dänemarks über den Beschluß der regierenden Unabhängigkeitspartei Siumut auf Kalatdlit Nunat (Grönland), die Erforschung der Uranvorkommen im Kvanefjeld einzustellen und mit dem Abbau der rund 43000 t Uran und Thorium bis auf weiteres zu warten. Im „Gesetz über mineralische Rohstoffe auf Grönland", verfaßt unter Federführung der dänischen Regierung, heißt es: „Alle mineralischen Rohstoffe auf Grönland gehören dem Staat. Bohruntersuchungen, Erforschung und Abbau dieser Rohstoffe sind dem Staat vorbehalten." Siumut hatte bereits 1979, in der Auseinandersetzung über die sogenannte Selbstverwaltung Grönlands, die volle Verfügung über die Rohstoffe des Landes gefordert, war dabei aber von der dänischen Regierung ausmanövriert worden, so daß das Gesetz nach wie vor gilt. Bleibt Siumut bei dem jetzigen Beschluß, wird es jedoch praktisch außer Kraft gesetzt. Betroffen von dem Beschluß sind die Energiekonzerne Dänemarks und der EG insgesamt. Die Milliardenkredite aus dem EG-Regionalfonds für den Ausbau der Transportwege auf Grönland zahlen sich vorläufig für die Imperialisten nicht aus.

Australien: Änderung des Landrechtgesetzes geplant

z.cht.Sydney. Mitglieder des Oenpelli-Volkes im Northern Territory von Australien wollen gegen die Gesellschaft, die die Bergbaurechte für die bedeutenden Uranvorkommen in Nabarlek hat und mit der Erschließung begonnen hat, vor Gericht ziehen. Sie wollen die Benutzung des Zufahrtsweges durch die Bergbaugesellschaft verbieten lassen, da er auf ihrem Stammesland liegt. Die Regierung hatte vom Northern Territory Land Council, der nach dem Gesetz die Interessenvertretung der schwarzen Australier ist, die vertragliche Genehmigung des Uranprojekts mit erpresserischen Drohungen und unter Umgehung der betroffenen Stämme erschlichen. Die Oenpellis hatten den Vertrag nie anerkannt und haben in mehreren Blockadeaktionen ihre Entschlossenheit gezeigt, ihr Land zu verteidigen. Die Regierung bereitet jetzt eine Änderung des Gesetzes über Landrechte der Aborigines vor, die die Anfechtung von erstellten Bergbaugenehmigungen auf dem Land der Aborigines verhindern soll. Zynisch erklärte sie, daß die Entscheidung des Gerichts unerheblich sei, da die Gesetzesänderung rückwirkend bis 1976 gelten solle. Sie hat außerdem mit der Gesetzesänderung vor, eine Zeitgrenze für zukünftige Landforderungen festzusetzen. Sie will verhindern, daß Forderungen auf dasselbe Land wiederholt und vor verschiedenen Gerichten gestellt werden, und will den Kapitalisten für genehmigte Bergbauprojekte, die durch zukünftige Landforderungen der Aborigines gefährdet sein könnten, besondere Schutzgarantien geben.

Die vietnamesischen Aggressionstruppen geraten an allen Fronten unter Beschuß

z.rua. 13 Monate nach dem Einmarsch der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen im Demokratischen Kampuchea und der Installation eines Marionettenregimes unter Heng Samrin wurde dieser am 4. Februar zum Antrittsbesuch nach Moskau zitiert. Die gesamte sozialimperialistische Führungsspitze ließ sich von Samrin hofieren. Er machte ein jämmerliches Bild. Beim Abschreiten der Parade spürte man regelrecht die Fäden, die die mitreisenden vietnamesischen Berater in der Hand hielten. Beim anschließenden Festessen pries Breschnew die „zu neuem Leben erwachte sowjetisch-kampucheanische Freundschaft" und drohte: „Was die Sowjetunion anbelangt, so wollen wir auf nichts von jenem Guten, was in den 70er Jahren auf dem Schauplatz des Weltgeschehens erzielt wurde, verzichten. Mehr noch, wir halten es für notwendig, voranzugehen." Insbesondere verwies er dabei auf die „Beseitigung der Konfliktsituation in Südostasien". („Freundschaft", 6.2.80) Samrin verließ Moskau nach zwei Tagen mit Verträgen über Warenlieferungen, wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit. Ein „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" wurde nicht unterzeichnet. Die Sozialimperialisten hielten das für überflüssig. Es existiert bereits ein solcher Vertrag mit Vietnam, ein zusätzlicher Vertrag existiert zwischen Vietnam und seinen kampucheanischen Marionetten.

Unter Berufung auf diesen Vertrag stehen 250000 Mann vietnamesische Truppen in Kampuchea. Nachdem ihre „Blitzangriff-Blitzsieg"-Strategie im Winter letzten Jahres gescheitert ist, haben die Vietnamesen immer mehr Truppen nach Kampuchea geworfen, um das kampucheanische Volk auszurotten und Kampuchea vollständig Vietnam einzuverleiben. Aber das kampucheanische Volk hat sich zum Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Besatzer erhoben und hat weite Teile des Landes unter Kontrolle.

Die politische, militärische und wirtschaftliche Lage der vietnamesischen Expansionisten wird immer drückender. Wenn es ihnen in dieser Trockenheit nicht gelingt, den kampucheanischen Widerstandskrieg niederzuschlagen, werden sie ihre Hegemonialpläne nicht verwirklichen können. Mit Beginn der Trockenzeit im Oktober haben sie ihren zweiten großangelegten Ausrottungsfeldzug gegen das Volk Kampucheas eröffnet. Ihr Kalkül war, durch starke Truppenkonzentrationen mit schwerer Artillerie in der an Vietnam und Laos grenzenden Nordostregion und in der Zentralregion den Widerstand des Volkes zu ersticken und von dort vorwärtsstoßend das ganze Land unter Kontrolle zu bringen. Die in diesen Regionen operierenden Kämpfer der Nationalen Armee und Guerillas haben ihre Pläne durchkreuzt. Zahlenmäßig und an Waffenstärke weit unterlegen, in der Kampfbereitschaft aber fest entschlossen, haben sie die vietnamesischen Aggressoren in heftige und zahlreiche Kämpfe verwickelt, ihre Truppen so gebunden und ihnen schwere Verluste zugefügt. Allein im Dezember mußten die vietnamesischen Aggressoren Verluste von 10000 Mann hinnehmen.

Seither hat Vietnam weitere 30000 Mann an die Front geworfen. Täglich werden in Vietnam Jugendliche aus Schulen und Betrieben geholt und zwangsweise in die Armee rekrutiert. Die Hauptkräfte der vietnamesischen Armee sind jetzt an die Nordwestfront an der kampucheanisch-thailändischen Grenze geworfen, um die Zentren des Befreiungskampfes zu zerstören. Ihre Bewegungsfreiheit ist beschränkt. Die Einheiten der kampucheanischen Armee und Guerillatruppen operieren in kleinen Verbänden und reiben die vietnamesischen Besatzer mit täglich bis zu 20 Angriffen auf. Sie kappen ihre Nachrichtenverbindungen und Versorgungslinien. Die tägliche Verlustrate der Besatzer liegt zwischen 350 und 400 Mann. Die Moral unter ihren Truppen ist niedrig. Täglich desertieren ca. 20 vietnamesische Soldaten, oft bis auf Shorts unbekleidet, und fliehen ins Gebirge oder nach Thailand. Unter den zahlreichen Verwundeten in den vietnamesischen Lagern wird die Forderung nach Demobilisierung erhoben.

Trotz schwerer Gefahren und Bedrohung durch die Vietnamesen haben die kampucheanischen Volksmassen in den zeitweilig besetzten Gebieten notdürftig ihr pucheanischen Volksmassen in den zeitweilig besetzten Gebieten notdürftig ihr Land bestellt, um die Versorgung zumindest teilweise zu sichern. Seit der Reis im Januar reif war, verstärken die vietnamesischen Expansionisten die Besiedlung Kampucheas. Sie vertreiben die Bauern aus ihren Häusern und von ihrem Land, beschlagnahmen Werkzeuge und Vieh. Sie plündern die Fischbestände und verwehren den kampucheanischen Fischern gewaltsam den Fischfang. Auf den Kautschukplantagen entwurzeln sie die jungen Bäume und verschleppen sie nach Vietnam, Latexlager werden geplündert. In der Provinz Takeo forderte der vietnamesische Provinzchef von jeder Familie, bei Strafe des Todes drei vietnamesische Soldaten zu beköstigen. Die monatliche Reisration pro Familie beträgt 1 kg. Mit dem Versprechen auf Reis werden die Volksmassen in von den Vietnamesen aufgestellte „Selbstverteidigungsgarden" und „Khmer-Soldaten"-Verbände gezwungen.

Voller Haß greifen die Volkmassen häufig die militärisch weit überlegenen Feinde mit Beilen, Sensen und Äxten an. Die „Selbstverteidigungsgarden" und „Khmer-Soldaten" richten ihre Waffen zunehmend gegen die Besatzer, erschießen sie, erbeuten ihre Waffen und schließen sich den Befreiungskräften an. Allein im Januar töteten sie in den Grenzprovinzen 133 Vietnamesen.

Die vietnamesischen Besatzer intensivieren jetzt die Bombardierung von Dörfern und Gebirgsregionen mit Giftgas, um in ihrem Ausrottungsfeldzug entscheidend voranzukommen. Die direkte Berührung dieses Giftgases führt zu Sehstörungen, Schwindel, Erstickungsanfällen, Ohnmacht, Blutungen aus Mund, Nase und After und nach 12 Stunden zum Tod. Noch bei einer Distanz von 100–200 Meter tritt der Tod nach 24–48 Stunden ein. Das Gesundheitsministerium des Demokratischen Kampuchea veröffentlichte am 5.2. Direktiven für Maßnahmen der ersten Hilfe. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ruft alle friedliebenden Länder und Organisationen der Welt auf, Maßnahmen zu ergreifen, um der Massenausrottung Einhalt zu gebieten.

Jahrhunderte des Kampfs um die Existenz der kampucheanischen Nation

z.anb. Die Geschichte des kampucheanischen Volkes ist die Geschichte des Kampfes um seine nationale Existenz. Sie ist in den frühesten Anfängen nicht genau datierbar; aber bereits ein halbes Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung ist die Besiedlung des Territoriums des heutigen Kampuchea durch Khmer-Völker nachgewiesen. Sie gehören zum austroasiatischen Kulturkreis, ihre Ursprünge weisen auf indische Ackerbaustämme zurück. Die natürlichen Bedingungen im südlichen Teil des ostasiatischen Kontinents mit subtropischem Monsunklima, reicher Vegetation und Tierwelt, relativ wenigen mineralischen Bodenschätzen und mit durch riesige Gebirgsketten vom Rest des asiatischen Kontinents abgeschlossenen Gebieten haben die Ansiedlung der Ackerbaustämme und die frühzeitige Herausbildung einheitlicher Staatengebilde begünstigt, darunter als erste frühe Sklavenhaltergesellschaften, die enge Verbindungen zum indischen Subkontinent unterhielten.

Funan, so bezeichnen chinesische Chroniken den frühesten Staat der Khmer-Völker in den sumpfigen Ebenen des Mekong-Deltas. Die dort lebenden Stämme der Khmer ernährten sich vor allem durch Hackbau unter Anwendung künstlicher Bewässerung, vermittels derer sie den krassen Unterschied zwischen Trockenperiode und Überschwemmung in der Monsunregenzeit ausglichen. Die zweite Hauptquelle der Nahrungsbeschaffung war der Fischfang in den zahlreichen Nebenflüssen des Mekong. Wichtigste Kulturpflanze war der Reis. Die in kleinen Dorfgemeinschaften lebenden Bauern waren die Hauptproduzenten, der Staat war als patriarchalischer Sklavenhalterstaat organisiert. Im 3. und 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung erlebte das Gemeinwesen seine Blüte, Funde zeugen von Handelsverbindungen bis nach Indien, China, Iran und Rom. Die in den folgenden Jahrhunderten einsetzende Wanderungsbewegung von vorwiegend aus dem Süden Chinas vertriebenen Jäger- und Nomadenstämmen – den Thaivölkern angehörend – beschleunigte den Zerfall dieser frühen Staatengebilde und die Herausbildung feudaler Gesellschaften, in denen die vertriebenen, daher landlosen Völkerstämme über Pacht- und Vasallenverhältnisse seßhaft wurden. Im Gegensatz zu den Küstenregionen im Osten und Nordosten (heute Vietnam) konnten sich die Khmer-Völker gegen die relativ geringeren Wanderungsströme ihr einheitliches Siedlungsgebiet bewahren und mit dem 9. Jahrhundert setzte eine neue Stufe der politischen Festigung ihres Staates ein. Die großen historischen Bauten der alten Königsstadt Angkor kennzeichnen das Aufblühen einer reichen Kultur des Khmer-Königreichs, dessen Territorium das heutige Kampuchea und den südlichen Teil Vietnams umfaßte. Das heutige Saigon ist als Prey Nokor von den Khmer gegründet. Die Könige von Angkor waren, nach dem Buddhismus als Gottheiten verehrt, die Verkörperung dieser nationalstaatlichen Einheit. Nach wie vor waren die Ackerbauern die Hauptproduzenten, alles Land gehörte dem König. Nach 5 Jahren Bebauung erhielten die Bauern dauerndes Nutzungsrecht am Boden, das auch auf die nachfolgenden Generationen überging. Die Eigenheit der sich herausbildenden feudalen Produktionsverhältnisse war durch Naturalrenten gekennzeichnet, die kollektiv von den Dorfgemeinschaften abgeführt wurden in Gestalt des Mehrprodukts aus dem Ackerbau. Neben diesen Abgaben unterhielten die Dorfgemeinschaften auch das buddhistische Kloster.

Diese Produktionsverhältnisse unterschieden den Khmer-Staat von den benachbarten vietnamesischen Feudalstaaten, in denen die feudalen Klassenverhältnisse rascher und schroffer sich entwickelten auf der Grundlage von Privateigentum an Boden und Strömen landloser Zuwanderer. Die bis zum 15. Jhdt. zunehmenden Einfälle von Thailand und Vietnam aus auf Khmer-Gebiet schlugen die Bauern in erbitterten Kämpfen zurück. Der in der Zentralregion des heutigen Vietnam entstandene frühere Sklavenhalterstaat Champa fiel der Expansion der im Norden (Tongking) angesiedelten Vietnamesen zum Opfer. Deren Aggression zielte fortwährend auf den Süden des Khmer-Reiches, das Mekong-Delta mit seinen üppigen Reisfeldern und dem Zugang zu wichtigen Handelswegen durch die Straße von Malakka. 1623 annektierten sie Prey Nokor auf heimtückische Weise. Nachdem ihnen das Khmer-Königreich Nutzungsrechte im Hafen der Stadt bewilligt hatte, wurde die Stadt in Saigon umbenannt, mit Tausenden Vietnamesen überschwemmt und als vietnamesisches Territorium deklariert.

Es war die französische Kolonialmacht, die diesen Teil geraubten Khmer-Territoriums 1867 in ihre „Indochinesische Union" unter dem Namen „Cochinchina" integrierte. Ihre Strategie seit 1662 bestand darin, die Expansion Vietnams für ihre kolonialen Unterwerfungspläne einzusetzen.

Unter dem Vorwand, ihre geistlichen Kolonialbeamten schützen zu müssen, unternimmt die französische Kolonialmacht ab 1847 militärische Angriffe auf die Küste des Südens von Vietnam. In Kampuchea erheben sich die Bauern gegen die immer deutlicher zutagetretende Kapitulationsabsicht des Königs Norodom und der feudalen Grundherrenklasse, die Hauptstütze der Kolonialisten.

Zwischen 1860 und 1890 reißen die Kämpfe nicht ab, in den Provinzen Battambang und Angkor richten sie sich gegen die drohende Annexion durch Thailand, das, unter britischer Kolonialverwaltung, als „Pufferstaat" zwischen den Rivalen England und Frankreich die Anerkennung Kampucheas als französischen Kolonialbesitz mit der Annexion Battambangs und Angkors bezahlt bekommen soll. Im Osten Kampucheas kämpfen die Bauern teilweise gemeinsam mit dem Volksaufstand in Saigon und Südvietnam gegen die Invasoren. Ihren Höhe-







Der gegenwärtige Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Invasion steht in einer großen historischen Tradition.

Dokumente der Regierung des Demokratischen Kampuchea

Grußbotschaft des Verteidigungsministeriums anläßlich des 12. Jahrestages der Gründung der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea, 17. Januar 1980

Geehrte Kämpfer, weibliche Kämpfer, Kader der Armee, geehrte Guerillas, dieser 17. Januar kennzeichnet den 12. Jahrestag der Gründung der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea. In diesem Jahr feiern die Nation und das Volk Kampucheas diesen Jahrestag voller Stolz auf die Nationale Armee und die Guerillas. Die Nationale Armee und die Guerillas sind eine aus unserem Volk stammende Armee, mit reichen Traditionen des Kampfes ausgestattet, geboren, gestärkt und gewachsen im Feuer des Kampfes gegen die Feinde der Nation und des Volkes, entschlossen, die Nation und das Volk zu verteidigen und ihm zu dienen, eine Armee, die sich unaufhörlich in allen Bereichen entwickelt und gestärkt hat: politisch, ideologisch, organisatorisch und in der Kampftechnik, in vollem Vertrauen auf die eigene Kraft und auf das Volk.

Während des ganzen Jahres 1979 haben alle von euch, bewaffnete Genossen der Armee und Guerillas, das Banner des Kampfes unserer glorreichen Tradition hochgehalten. Ihr habt mit einem unvergleichlichen Heroismus in einer äußerst schwierigen Situation gekämpft, und ihr habt die „Blitzangriff-Blitzsieg"-Strategie der vietnamesischen Expansionisten, Landräuber und Völkermörder zurückgeschlagen.

Die Le Duan-Clique hat ein Volk von 50 Millionen Einwohnern und eine mehr als 1,5 Millionen starke Armee, von der sie als der drittstärksten Armee der Welt prahlt. Mehr noch, sie ist in geheimer Absprache mit den sowjetischen internationalen Expansionisten, die mehrere Tausend sowjetische und kubanische Berater für das Kommando und die Logistik gestellt haben. Sie haben gegen das Demokratische Kampuchea eine überwältigende Militärmacht geworfen, in der Erwartung, auf einen Streich dieses kleine und spärlich bevölkerte Land verschlingen zu können, das dem nicht widerstehen würde.

Aber die Nationale Armee und Guerillas Kampucheas haben, entschlossen, ihre Nation, ihr Volk und ihr Geschlecht zu verteidigen und sich mit dem Volk zusammenzuschließen, tapfer den Volkskrieg aufgenommen gegen den vietnamesischen Ausrottungskrieg, der unser Vaterland in Schutt und Asche gelegt und mehr als 2 Millionen Menschen getötet hat. Sie haben, an Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstvertrauen festhaltend, heroisch gekämpft, und es ist ihnen gelungen, die zunächst äußerst schwierige Situation zu wenden in eine ständig besser werdende Situation, die sich seit Ende 1979 unaufhörlich weiter verbessert. Die Le Duan-Clique ist in ihrer „Blitzangriff-Blitzsieg"-Strategie geschlagen, sie wurde in unüberwindliche und zunehmende Schwierigkeiten auf militärischem ebenso wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet verwickelt, in Kampuchea, zu Hause und in Laos, und die Welt ist gegen sie. (...)

1980 ist ein Jahr von historischer Bedeutung. Das erste Jahr des Kampfes ist beendet, wir sind in das zweite Jahr und eine neue Dekade eingetreten in einer ausgezeichneten Situation sowohl auf militärischem wie auf politischem Gebiet, sowohl zu Hause wie im Ausland, sowohl subjektiv wie auch objektiv. Wir müssen, das Banner des Kampfes hoch erhoben, vorwärtsgehen, an der strategischen Position des langandauernden Krieges, der Position der fortgesetzten Offensive und Fingigkeit festhalten, um besser und wirksamer die drei Taktiken des Kampfes auszuführen, immer größere Siege während der gegenwärtigen Trockenzeit und während des ganzen Jahres 1980 zu erringen und die Bedingungen zu schaffen, den vietnamesischen Feind vollständig zu vertreiben. Laßt uns entschlossen sein für die Erringung dieser hohen und ruhmreichen Aufgabe kämpfen, die uns von der Geschichte, der Nation, dem Volk und dem kampucheanischen Geschlecht anvertraut wurde! Laßt uns entschlossen sein, uns mit dem Volk zu vereinigen und eins mit ihm zu sein wie Wasser und Fisch, zusammen zu kämpfen für unsere Nation, für unser Volk und unser Geschlecht!

Das Volk und die Nation Kampucheas sehen in der Nationalen Armee und den Guerillas Kampucheas die Stütze der ganzen Nation. Alle unsere Freunde, weit und fern, in der ganzen Welt, alle Völker der Welt haben ihre Augen auf uns gerichtet und ihre Hoffnung auf uns gesetzt. Um ihren Erwartungen zu entsprechen, sind wir fest entschlossen, unsere Aufgabe zu erfüllen und, indem wir das tun, einen würdigen Beitrag für die Verteidigung der internationalen Gesetze und Gepflogenheiten, für die Prinzipien der Blockfreiheit, die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der UNO-Charta zu leisten in Übereinstimmung mit den Bestrebungen aller kleinen und mittleren Länder der Dritten Welt. Wir wollen alle unser Äußerstes tun, um das politische, ideologische, organisatorische und technische Niveau unserer Nationalen Armee und Guerillas zu verbessern und unsere Aufgaben zu erfüllen. (...)

Botschaft Präsident Khieu Samphans an den Präsidenten der Außerordentlichen Islamischen Konferenz, Zia-ul Haq, 23. Januar 1980

„Anläßlich der Eröffnung der Außerordentlichen Islamischen Konferenz zur Überprüfung der Lage in Afghanistan habe ich die Ehre, im Namen des Volkes und der Regierung des Demokratischen Kampuchea Eurer Exzellenz und durch Eure Exzellenz der gesamten Versammlung meine herzlichsten Grüße und Wünsche für den vollständigen Erfolg dieser Außerordentlichen Konferenz entsprechend ihren Zielen zu erweisen. Ich möchte Eurer Exzellenz und der Konferenz die standhafte Solidarität des Volkes und der Regierung

punkt erreichen die Kämpfe 1867 unter der Führung des Prinzen Atschar Soas und des buddhistischen Mönchs Pukombo. Mit brutaler Gewalt werden sie niedergeschlagen und die französische Kolonialherrschaft nach 200 Jahren Widerstand dagegen errichtet.

Während dieser kolonialen Unterwerfungsfeldzüge unternimmt Vietnam beständige Annexionsversuche gegen kampucheanisches Territorium, insgesamt aus 7 Provinzen werden die Aggressoren in den Jahren 1731 bis 1862 zurückgeschlagen.

Aber alle diese hartnäckigen Kämpfe sowohl gegen die vietnamesische Expansion als auch gegen die dahinterlauernde Kolonialmacht Frankreich erreichten nicht die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit. Zeitweilige Erfolge wurden mit der Errichtung der französischen Kolonialverwaltung 1887 zunichtegemacht. Diese verschärft auch die Widersprüche innerhalb der kampucheanischen Gesellschaft. Alle Souveränitätsrechte des Königreichs werden beseitigt, Kolonialbeamten und Kompradoren fügen der ökonomischen Ausbeutung der Bauernklasse durch die Grundherren die politische Unterdrückung des Kolonialstatuts hinzu. Der Grund für die Niederlage der heroischen bewaffneten Aufstände der kampucheanischen Bauern, mit 85% die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, lag in der Führung des Kampfes: ,,. . . denn diejenigen, die Sieger waren, besaßen keine richtige Linie, um wirklich das Land zu befreien und wirklich das Volk zu befreien, d.h. die ausgebeuteten Massen, die von der Bauernklasse gebildet wurden. Hatten sie erst gesiegt, dachten sie nur an ihre eigenen Interessen und an die ihres Klans. Sie erhoben sich auf den Fürstenthron und regierten wie Könige – wie Vizekönige, indem sie ihrerseits die Klasse der Bauern ausbeuteten. Als das Volk der Bauern sich gegen sie kehrte, holten sie Hilfe und Schutz bei den feudalen und reaktionären Ausländern oder bei den Kolonialisten, beschnitten ihre Profite zu deren Gunsten und verkauften ihnen nationales Gebiet, um ihr Regime als Fürsten oder Könige von Gnaden der Ausländer fortsetzen zu können und kollaborierten mit ihnen in der Ausbeutung des Bauernvolkes." (Pol Pot, Die großartigen Siege der kampucheanischen Revolution unter der richtigen und klaren Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas, 27.9.1977)

Den entscheidenden Schritt für den Kampf um die nationale Befreiung des Landes, die politische Führung der Bauernklasse durch die Arbeiterklasse, durch die Kommunistische Partei, zu verhindern, war die Absicht aller imperialistischen Einmischung. Sowohl die französische Kolonialmacht, als auch die japanischen und US-amerikanischen Imperialisten wechselten sich während und nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg ab in der Einschleusung ihrer Agenten in Gestalt ,,nationaler Bewegungen", vermittels derer sie Marionetten zu installieren versuchten. Vietnamesischer Großmachtchauvinismus war frühzeitig auch schon in der antikolonialen Unabhängigkeitsbewegung verbreitet: die 1930 gegründete KP Indochinas ging von vornherein von der Beerbung der Kolonialmacht Frankreich und ihrer Indochinesischen Union aus. 1935 bereits erklärte sie, Kampuchea habe kein Recht auf eine eigenständige Partei, geschweige denn auf nationale Unabhängigkeit.

Es sei die besondere Rückständigkeit der Landwirtschaft, die Unterentwicklung der Industrie und damit der Arbeiterklasse, die das Besondere der kampucheanischen Revolution ausmache, so konnte man nach dem Sieg des kampucheanischen Volkes über den US-Imperialismus 1975 in ,,linken" Publikationen lesen. In Wirklichkeit war genau diese Rückständigkeit *Ergebnis* der Unterwerfung der Nation durch Kolonialismus und Imperialismus. Sie hat nicht nur die Entwicklung einer selbständigen Industrie verhindert, das Handwerk ruiniert, sondern auch die feudalen Verhältnisse auf dem Land verschärft, die Ausplünderung der Bauern über Pachtzins und Wucherkredit gewaltig gesteigert, während die Kompradoren und Grundbesitzer sich mit der den Bauern geraubten Rente an den Luxusprodukten aus der Produktion imperialistischen Kapitals schadlos hielten, als Schmarotzer am Leib der produzierenden Gesellschaft. Die Landwirtschaft wurde ausschließlich auf den Export orientiert, auf den Kautschukplantagen der französischen Kolonialmacht entstanden die ersten Abteilungen der Arbeiterklasse. Ihre Besitzlosigkeit ist nur die unverhüllte Unterjochung durch das imperialistische Kapital, während die 30% der Bauern, die weniger als 2 ha, und die 60%, die weniger als 7 ha Land ihr eigen nennen, nur zum Schein Besitzer desselben sind. ,,Da der Wucherzins bis zu 200 oder 300% im Jahr aufläuft, führt er praktisch dazu, daß sie aller Früchte ihrer Arbeit beraubt werden, und alles ist so, als würden sie auf dem Feld des Wucherers arbeiten." ,,Die Aufrechterhaltung oder sogar Verstärkung der grundlegendsten Züge der feudalen Struktur zeigt, daß die ökonomischen Triebkräfte in einem dichten Netz rückständiger Produktionsverhältnisse gefesselt gehalten werden . . . Für die Grundbesitzer dagegen stellen die Grundrente und die Wucherzinsen die beste Kapitalanlage dar. Die Anwendung von Düngemitteln würde höchstens 50 bis 60% im Jahr erbringen. Also erbringt der Wucherzins und die Grundrente mehr als die Bodenverbesserung . . . Nichts kann die Grundbesitzer dazu reizen, Rücklagen zu bilden und zu investieren. Sie verwenden ihre Einkünfte für den Konsum von Importwaren", charakterisierte Khieu Samphan 1959 die kampucheanische Volkswirtschaft.

Die Fesselung der Produktivkräfte ist nicht die Rückständigkeit der produzierenden Klassen. Die Bauern als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums haben jahrhundertelang einen hartnäckigen Kampf gegen koloniale Invasoren und imperialistische Aggressoren geführt. Sie haben sich dabei auf die eigene Kraft gestützt, die wirkliche Unabhängigkeit aber haben sie erst unter der Führung der Klasse errungen, die mit der Erringung der nationalen Existenz des Volkes die Voraussetzungen für die Befreiung aller produzierenden Klassen schafft. Diese in den Jahren nach 1975 gewonnene Erfahrung ist nicht mehr auslöschbar. Der entschlossene Widerstandskrieg gegen die vietnamesische Aggression beweist es.

1069 – 1697: Das Königreich Champa wird von Vietnam vollständig geschluckt und vernichtet

z.lup. Die Unterwerfung von Laos und die Invasion des Demokratischen Kampuchea durch das Hanoier Regime steht in einer fast 1000jährigen Tradition von Eroberungsfeldzügen vietnamesischer Feudalherren. Erstes Opfer dieser Eroberungen war das Königreich Champa. Champa war etwa im 3. Jahrhundert u.Z. gegründet worden. Die Cham waren eine berühmte Fischer-, Seefahrer- und Handelsnation, zugleich aber als Seeräuber berüchtigt. Im vorigen Jahrtausend vermittelten sie den Gewürzhandel zwischen den indonesischen Inseln und China und kontrollierten teilweise den Seidenhandel zwischen China und dem Westen. Sie waren geschickte Bauern und Handwerker und vor allem als Weber und Edelmetallschmiede berühmt. Marco Polo berichtet darüber, daß Ebenhölzer aus Champa als Rohmaterial für Schachfiguren und Schreibgeräte weit verbreitet gewesen seien. Daneben produzierten die Cham unter anderem Baumwolle, Rohrzucker, Hanf, Sesam, Pfeffer und Bernstein. Heute bilden die Cham in Vietnam eine äußerst kleine, zersplitterte, völlig verarmte Minderheit.

Ausgangspunkt der vietnamesischen Eroberungen war das Eindringen von Siedlern in die nördlichen Provinzen von Champa, wo sie Reisfelder anlegten und die ansässigen Cham unterwarfen. Aufstände der Cham gegen die Kolonisierung ihres Landes unterdrückte die nachrückende vietnamesische Armee. Den König von Champa hatte 1044 der König von Vietnam tributpflichtig gemacht. Als dieser sich weigerte, den Tribut zu zahlen, und nachdem die vietnamesische Armee den Versuch der Cham, die besetzten Gebiete zurückzuerobern, geschlagen hatte, rückte sie bis nach Vijaya, der Hauptstadt Champas, vor und besetzte sie. Der gefangengenommene König wurde erst wieder freigelassen, nachdem er die Abtretung dreier Provinzen zugesichert hatte (1057). Nachdem Vietnam in diesen Provinzen sofort eine vietnamesische Verwaltung eingerichtet und vietnamesische Siedler massenhaft eingeführt hatte, erhoben sich die Cham wiederholt zu Aufständen. Erneut versuchten die Herrscher des Königreichs Champa, diese Aufstände zu nutzen, um die verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Sie wurden wiederum von Vietnam geschlagen und diesmal gezwungen, alle Gebiete nördlich des Wolkenpasses abzutreten (1307). Im 15. Jahrhundert versuchte der König von Champa ein weiteres Mal, Vietnams ,,Zug nach Süden" zu bremsen und die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Er wurde erneut geschlagen, aber diesmal wurden die Teile des Königreichs Champa, die übriggeblieben waren, nachdem Vietnam weitere Annexionen vorgenommen hatte, vollständig zerstückelt und in drei Fürstentümer aufgeteilt. Diese wurden schließlich im 17. Jahrhundert von Vietnam geschluckt.





1699 – 1780: Vietnam erobert die östlichen Provinzen des Königreichs Kambodscha

z.lup. Durch die Einverleibung der letzten Provinzen des ehemaligen Königreichs Champa war Vietnam 1697 bis vor die fruchtbaren Gebiete an der Mündung des Mekong vorgedrungen. Diese Stellung wurde zum Ausgangspunkt für die nun folgende Besiedelung und schließliche Annexion der südlichen Küstenprovinzen des Königreichs Kambodscha (Kampuchea Khrom). Genutzt haben die vietnamesischen Feudalen dabei die Schwierigkeiten, in die Kambodscha durch Bedrohung und Angriffe der thailändischen Herrscher geriet. Im übrigen folgten sie weiterhin den Methoden, die sie bereits bei der Einverleibung des Königreichs Champa angewandt hatten. 1623 hatte Kambodscha vietnamesischen Händlern das Recht gewährt, in Prey Nokor (später Saigon, heute Ho-Chi-Minh-Stadt) Handel zu treiben. Dies Recht war auf fünf Jahre beschränkt, die vietnamesischen Händler weigerten sich aber, nach Ablauf der Frist abzuziehen. Ihnen folgten vielmehr vietnamesische Siedler, die sich in den Gebieten der Mekong-Mündung in einer Zahl festsetzten, die es ihnen erlaubte, innerhalb des Königreichs Kambodscha Kolonien zu bilden, die Ausgangspunkt für vietnamesische Eroberungsfeldzüge wurden. Der vietnamesische Gouverneur von Tran-bien besetzte 1658 die Kolonie Moi-xui unter dem Vorwand, der König von Kambodscha habe die vietnamesische Grenze verletzt. Die Widerstand leistende kambodschanische Armee wurde vernichtet, der König von Kambodscha gefangengenommen, in einem Käfig nach Hue gebracht, und als vietnamesischer Vasall nach Phnom Penh zurückgeführt. Das kampucheanische Volk weigerte sich, die vietnamesische Herrschaft hinzunehmen, und leistete Widerstand.

Später ausbrechende Rivalitäten über die Königsnachfolge nutzte Vietnam aus, um in Kambodscha zu intervenieren und 1699 die ersten Provinzen bis hin nach Saigon an sich zu reißen. Von dort aus drangen die Vietnamesen weiter in Richtung auf den Golf von Thailand vor, besetzen 1732 die südlichen Ausläufer der Mekong-Mündung, bis zum Ende des 18. Jahrhunderts den ganzen Süden des Königreichs Kambodscha zu unterwerfen. Die eroberten Gebiete wurden von vietnamesischen Kolonialisten besiedelt.





Bauwerke des Königreichs Champa, links 10. Jh., rechts 17. Jh.

des Demokratischen Kampuchea mit dem Kampf des afghanischen Volkes versichern.

Die Aggressionsakte der Sowjetunion gegen Afghanistan stellen die brutalste Verletzung der Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität dieses Landes, der Prinzipien der Blockfreiheit und der Charta der Vereinten Nationen dar und bedrohen ernsthaft den Frieden, die Stabilität und Sicherheit des südasiatischen Subkontinents, Asiens und der Welt. Das Volk und die Regierung des Demokratischen Kampuchea verurteilen kategorisch diese sowjetischen Aggressionsakte und fordern, daß die Sowjetunion unverzüglich und bedingungslos alle ihre Truppen aus Afghanistan abziehen und das afghanische Volk seine Geschicke selbst entscheiden lassen soll.

Ebenso wie die Aggressionsakte der vietnamesischen regionalen Expansionisten gegen das Demokratische Kampuchea sind diese Aggressionsakte der sowjetischen internationalen Expansionisten Bestandteile ihres globalen Strebens nach Weltherrschaft. Deshalb ist es dringend notwendig, daß sich alle unabhängigkeits-, friedens- und gerechtigkeitsliebenden Länder der Welt in einer internationalen Front gegen den internationalen und regionalen Expansionismus zusammenschließen.

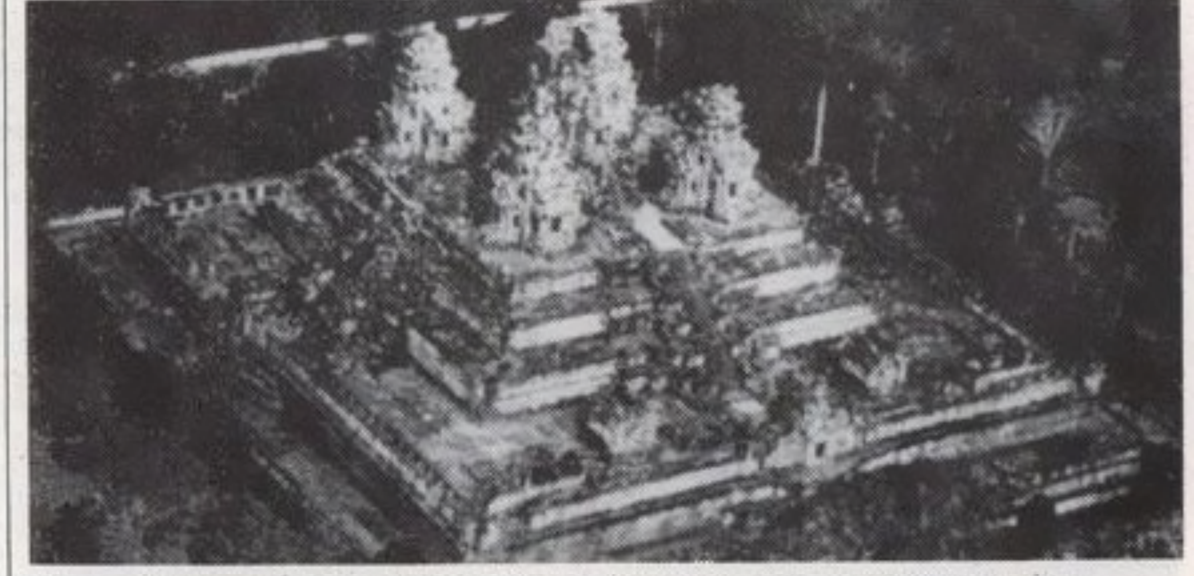
Wir sind fest überzeugt, daß die Außerordentliche Islamische Konferenz für dieses Ziel und die feste Unterstützung des Kampfes des afghanischen Volkes wirksame Maßnahmen ergreifen wird.

Unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea ist sich das Volk Kampucheas und die Nationale Armee Kampucheas, die gegen den von den vietnamesischen regionalen Expansionisten mit Unterstützung der sowjetischen internationalen Expansionisten geführten Krieg der nationalen Ausrottung Kampucheas kämpfen, vollständig der Bedeutung seines gegenwärtigen langandauernden Krieges bewußt, der dazu beiträgt, die Weltherrschaftspläne der internationalen Expansionisten und ihrer Gefolgsleute zu zerschlagen. Sie sind entschlossen, alle Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, in ihrem Volkskrieg jedes Hindernis zu überwinden und die vietnamesischen Aggressionstruppen zu bekämpfen, bis der letzte von ihnen aus Kampuchea vertrieben ist, und so einen gerechten Beitrag für die Sache der Unabhängigkeit und des Friedens aller Völker der Welt zu leisten . . ."

Unter französischer Kolonialherrschaft wird die Annexion kambodschanischer Gebiete fortgesetzt

z.lup. 1863 wurde das Königreich Kambodscha dem französischen Protektorat unterstellt und 1887 mit den französischen Protektoraten Laos, Tongking (Nordvietnam), Annam (Zentralvietnam) und der Kolonie Cochinchina zur ,,Indochinesischen Union" zusammengeschlossen. Cochinchina, zwischen 1862 und 1867 von Frankreich unterworfen, umfaßt weitgehend die Gebiete, die Vietnam in den beiden vorherigen Jahrhunderten von Kambodscha annektiert hatte. Bei der Beherrschung der ,,Indochinesischen Union" nutzte Frankreich die Widersprüche zwischen Vietnam, Laos und Kambodscha. Zielstrebig wurden Vietnamesen als Beamte der französischen Kolonialverwaltung in Kambodscha eingesetzt. Während dieser Zeit nahm Frankreich eine Reihe von Grenzveränderungen zuungunsten Kambodschas und zugunsten Cochinchinas vor, die dazu führten, daß in einem bestimmten Gebiet die Grenze Kampucheas zu Vietnam die Form eines Papageienschnabels angenommen hat.

Ein Grund für die französischen Annexionen bestand in der Tatsache, daß Cochinchina direkt Kolonie war und als französisches Territorium verwaltet wurde, der Zugriff auf Cochinchina somit wesentlich direkter als auf Kambodscha war, das formell den Status eines Protektorats hatte. Im besonderen waren die französischen Imperialisten daran interessiert, innerhalb ihrer Kolonie Cochinchina ausgedehnte Kautschukplantagen anzulegen, und aus diesem Grund annektierten sie z.B. die Gebiete um Loc Ninh, Tay Ninh, Ha Tien, Chau Doc, Dong Tap, Song Be, Da Lac, die Inseln Phu Quoc und Hon Doc sind Gebiete, die Cochinchina und damit dem späteren Vietnam während der französischen Kolonialherrschaft auf Kosten Kampucheas zugeschlagen wurden. Trotz der Tatsache, daß die Grenzen zwischen Kampuchea und Vietnam somit durch vietnamesische Eroberungen und ungleiche Grenzziehungen der französischen Kolonialmacht zustandegekommen sind, hat das Demokratische Kampuchea niemals Gebietsansprüche gegenüber Vietnam geltend gemacht, sondern sich darauf beschränkt, die bestehenden Grenzen zu verteidigen.



Königreich Kambodscha, Pyramidendenkmal von Takeo, Ende des 10. Jh.

Arbeiter Beamten Nachrichten Angestellten

Die Belastungen sind abzubauen

Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV hat Grundsätze zur Schichtarbeit beschlossen

Grundsätze zur Schichtarbeit hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV am 28. November 1979 in Stuttgart beschlossen. In drei Abschnitten sind zunächst Schwerpunkte für die Tarifarbeit der Gewerkschaft ÖTV gesetzt. Dem folgen Forderungen an den Gesetzgeber. Schließlich werden Voraussetzungen dafür genannt, wie im Betrieb Belastungen aus der Schichtarbeit abzubauen sind. In einem vierten Abschnitt (siehe Kasten Seite 12) werden Begriffe aus dem Bereich der Schichtarbeit erläutert.

Grundsätze der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr zur Arbeit in Schichten und zur Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten« hat die »Arbeitsgruppe Schichtarbeit« vorgelegt. Sie wurde vom geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV eingesetzt, nachdem die Delegierten des 8. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft ÖTV, 1976 in Hamburg, eine »Entschließung zur Schichtarbeit und anderer unregelmäßiger Arbeit« (Antrag 360) verabschiedet hatten. Ende 1978 lagen Zwischenergebnisse vor. In der Gewerkschaft ÖTV organisierte Schichtarbeiter haben darüber diskutiert. Ihre Vorschläge sind in den Grundsätzen berücksichtigt. Die Grundsätze lauten:

I.

Zur Arbeit in Schichten und zur Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten setzt die Tarifarbeit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr folgende Schwerpunkte:

Bei Wechselschichtarbeit oder unregelmäßiger Arbeitszeit darf die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt höchstens 40 Stunden betragen. Die tägliche Arbeitszeit darf acht Stunden nicht überschreiten. In Wechselschichtarbeit sind Erholungspausen Arbeitszeit. In den Fällen, in denen Arbeitsbereitschaft und Ruhezeit während der Arbeitszeit anfallen, kann durch Tarifvertrag ein über acht Stunden hinausgehender Schichtrhythmus festgelegt werden.

Bei Leistungsminderung infolge langjähriger Wechselschichtarbeit muß dem Arbeitnehmer ein anderer zumutbarer Arbeitsplatz – unter voller Absicherung des Einkommens – zugewiesen werden.

Kann der Arbeitnehmer nach fünfzehnjähriger Tätigkeit als Wechselschichtler und nach Erreichung des 50. Lebensjahres aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in Wechselschichten eingesetzt werden, soll er 75 v. H. des Bruttoarbeitsverdienstes bis zur Zahlung des Altersruhegeldes beziehungsweise der Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente erhalten. In Zusatzversorgungsregelungen muß dieser Arbeitnehmer so behandelt werden, wie wenn er bis zum Eintritt des Versicherungsfalles in Wechselschichten gearbeitet hätte. Besteht beim jeweiligen Arbeitgeber keine Regelung über die vorzeitige Zahlung des Altersruhegeldes, muß der Arbeitgeber die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in der gleichen Höhe weiterzahlen, als würde das Arbeitsverhältnis fortbestehen.

Arbeitnehmer, die regelmäßig Nachtarbeit (auch wenn diese unterbrochen ist) leisten sollen, sind auf ihre Verwendungsfähigkeit für diese Arbeitsleistung zu untersuchen. Die Kosten dafür und für den Arbeitsausfall trägt der Arbeitgeber.

Arbeitnehmer, die zur Nachtarbeit eingesetzt werden (auch wenn diese unterbrochen ist), sind regelmäßig ärztlich zu untersuchen. Der Zeitraum zwischen den Untersuchungen soll nicht mehr als zwei Jahre betragen. Die Kosten der Untersuchung und für den Arbeitsausfall trägt der Arbeitgeber.

Für Arbeitnehmer, die regelmäßig Wechselschicht oder regelmäßig Nachtarbeit leisten, sind Vorsorgekuren nach jeweils fünf Jahren Tätigkeit vorzusehen.

Für Arbeitnehmer, die Wechselschicht oder regelmäßig Nachtarbeit leisten, ist ein Zusatzurlaub von zwölf Arbeitstagen zu vereinbaren.

Für Arbeitnehmer, die Wechselschicht oder Nachtarbeit leisten, sind Wohnraumbeihilfen, die vor allem Maßnahmen gegen Lärmeinwirkungen ermöglichen sollen, mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren.

Für Arbeitnehmer, die Schicht-, Wechselschicht- und Nachtarbeit sowie Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten, sind Zuschlags-/Zulageregelungen einzuführen beziehungsweise zu verbessern und einander anzugleichen.

Informationen für Arbeiter, Angestellte und Beamte

Arbeitnehmern, die Schicht-, Wechselschicht- oder zu unregelmäßigen Zeiten Arbeit leisten, ist für die Fahrt vom oder zum Arbeitsplatz Fahrgeld zu erstatten beziehungsweise die Verpflichtung des Arbeitgebers zu vereinbaren, betriebliche Verkehrsmittel, die die An- und Abfahrt zum Arbeitsplatz sicherstellen, bereitzustellen.

schicht-, Nachtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten.

Verbot von Anreizsystemen bei der Entgeltregelung für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten.

Verbesserung der Bestimmungen über die Beanspruchung von Sozialwohnungen – auch in bezug auf die Wohnraumqualität – für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- und Nachtarbeit leisten.

gen Zeiten leisten; in allen betrieblichen Belangen ist die volle Mitbestimmung zu gewährleisten.

III.

Betriebliche oder organisatorische Regelungen für Arbeit in Schichten und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten:

Schichtpläne müssen dem Gesundheits-

Informationen für Arbeiter, Angestellte und Beamte

Arbeitnehmern, die Schicht-, Wechselschicht- oder zu unregelmäßigen Zeiten Arbeit leisten, ist für die Fahrt vom oder zum Arbeitsplatz Fahrgeld zu erstatten beziehungsweise die Verpflichtung des Arbeitgebers zu vereinbaren, betriebliche Verkehrsmittel, die die An- und Abfahrt zum Arbeitsplatz sicherstellen, bereitzustellen.

II.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr fordert den Gesetzgeber auf, nachstehende Regelungen zur Arbeit in Schichten, zur Nachtarbeit und zur Arbeit zu unregelmäßgen Zeiten zu treffen beziehungsweise bereits bestehende Regelungen zu verbessern:

Verbot der ständigen Nachtarbeit.

Verkürzung der Lebensarbeitszeit für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten, auf das 55. Lebensjahr.

Erfassung aller Arbeitnehmer, die Wechselschicht- und Nachtarbeit leisten, sowie der gesundheitlichen und sozialen Folgewirkungen dieser Arbeitsleistungen.

Schaffung besonderer Schutzbestimmungen für Ruhezeiten zwischen den Arbeitsleistungen für Arbeitnehmer, die Schicht-, Wechselschicht-, Nachtarbeit oder Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten erbringen müssen.

Verbot von Mehrarbeitsstunden (Überstunden) für Arbeitnehmer, die Wechselschicht-, Nachtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten.

Verbot von Anreizsystemen bei der Entgeltregelung für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten.

Verbesserung der Bestimmungen über die Beanspruchung von Sozialwohnungen – auch in bezug auf die Wohnraumqualität – für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- und Nachtarbeit leisten.

Sicherstellung der Betreuung der Kinder von Arbeitnehmern, die Schicht-, Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten, besonders für die Kinder alleinstehender Arbeitnehmer.

Einführung eines Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer, die Schicht- und Wechselschichtarbeit leisten.

Schaffung von Teilnahmemöglichkeiten an kulturellen Veranstaltungen für Arbeitnehmer, die Schicht-, Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten.

Vorsorgekuren für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- und Nachtarbeit leisten, nach fünfjähriger Tätigkeit als solche.

Untersuchung von Arbeitnehmern, die Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten sollen, sowie Arbeitnehmern, die diese Arbeit leisten, nach jeweils zweijähriger Tätigkeit als solche. Die Kosten sind vom Arbeitgeber zu tragen.

Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- beziehungsweise Personalräte im Betriebsverfassungsgesetz und den Personalvertretungsgesetzen für Arbeitnehmer, die Schicht-, Wechselschicht- und Nachtarbeit oder Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten; in allen betrieblichen Belangen ist die volle Mitbestimmung zu gewährleisten.

III.

Betriebliche oder organisatorische Regelungen für Arbeit in Schichten und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten:

Schichtpläne müssen dem Gesundheitsschutz Vorrang geben.

Die Arbeitszeit sollte auf fünf Schichten verteilt werden.

Schichtpläne müssen folgende Kriterien enthalten:

a) die tägliche Arbeitszeit darf acht Stunden nicht überschreiten.
b) Schichtpläne müssen übersichtlich sein und sollen
ba) die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf fünf Schichten verteilen,
bb) nur einzelne eingestreute Nachtschichten enthalten,
bc) nach jeder Nachtschicht eine arbeitsfreie Zeit von 24 Stunden vorsehen,
bd) zusammenhängende Freizeiten im Zusammenhang mit den Wochenenden und Feiertagen anstreben.

Schichtpläne für Springer müssen die gleichen Kriterien berücksichtigen.

Für Arbeiten in Wechselschichten ist die Personalreserve zu erhöhen.

Arbeitnehmer, die Schicht- und Wechselschichtarbeit leisten, sind ausreichend zu beköstigen; die Qualität der Mahlzeiten muß den Erkenntnissen der Arbeitsmedizin entsprechen, die Beschaffung alkoholfreier Getränke muß möglich sein.

Betriebliche Sozialeinrichtungen sind Arbeitnehmern, die Schicht- und Wechselschichtarbeit leisten, zugänglich zu machen. Sind Sozialeinrichtungen in Betrieben, in denen in Schichten oder Wechselschichten gearbeitet wird, nicht vorhanden, so sind sie zu schaffen. Sozialeinrichtungen sind unter anderem Sportanlagen, Fitneß- und Leseräume.

Die Bestimmungen über die bauliche Gestaltung, wie zum Beispiel in der Arbeitsstättenverordnung, einschließlich der Klimatisierung und der Beleuchtung für Betriebsräume, in denen Schicht- oder Wechselschichtarbeit geleistet wird, sind durch betriebliche Vereinbarungen qualitativ auszuweiten; soweit möglich, sollen auch Einrichtungen für Musikübertragungen installiert werden.

Zusätzliche Belastungen der Arbeitnehmer, die Schicht- oder Wechselschichtarbeit leisten, die durch betriebliche Einflüsse wie zum Beispiel Lärm und Staub entstehen, sind abzubauen beziehungsweise ganz zu vermeiden.

Arbeitnehmer, die Schicht- oder Wechselschichtarbeit leisten, müssen während der Arbeitszeit Betriebs- oder Personalvertretungsorgane erreichen können. □

Begriffe – kurz erläutert

Arbeitszeit

Normale Tagesarbeitszeit: Die Arbeit wird an Werktagen während der Tageszeit geleistet, beginnt zu einem feststehenden Zeitpunkt und endet auch zu einem feststehenden Zeitpunkt.

Unregelmäßige Arbeitszeit: Die Arbeit wird an Werktagen geleistet, gegebenenfalls auch an Sonn- und Feiertagen, ohne festen Arbeitszeitbeginn und ohne festes Arbeitszeitende. Sie wird nach den betrieblichen Notwendigkeiten festgesetzt. In der Regel wird sie nicht im Dienst- oder Schichtplan festgelegt, sondern nach Anforderung und Bedarf geleistet.

Arbeit in Schichten

Die Arbeit in Schichten oder Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten muß auf den Arbeitnehmer abgestellt sein und nicht auf Betriebe oder Betriebsteile.

Schichtarbeit: Schichtarbeit ist die Arbeit, die im Wechsel an Werktagen, gegebenenfalls auch an Sonn- und Feiertagen geleistet wird. Sie wird jedoch *nicht* rund um die Uhr geleistet.

Wechselschichtarbeit: Wechselschichtarbeit ist die Arbeit, die rund um die Uhr über Werktage, Sonn- und Feiertage hinweg geleistet wird. Wechselschichtarbeit ist auch, wenn die Arbeit
a) an Werktagen rund um die Uhr oder
b) an allen Kalendertagen rund um die Uhr, aber mit kurzzeitigen Unterbrechungen, zum Beispiel während der Nacht (zum Beispiel Nahverkehr)
geleistet wird.

Schichtarten

Frühschicht: Beginn gegen 6 Uhr, Ende gegen 14 Uhr.

Spätschicht: Beginn nach 12 Uhr, Ende nach 19 Uhr.

Nachtschicht: Beginn gegen 20 Uhr, Ende gegen 6 Uhr.



Die Beschäftigten der Kommunalen Dienste sind in Tag- und Nachteinsätzen unterwegs.

Grundsätze des ÖTV-Hauptvorstandes zur Nacht- und Schichtarbeit – Ein bißchen unpraktisch

z.maf. In den vom Hauptvorstand der ÖTV ausgearbeiteten und beschlossenen „Grundsätzen zur Schichtarbeit" wird der Versuch unternommen, gegen die Sonderbelastung der in Schichtarbeit gepreßten menschlichen Arbeitskraft ein taktisches Konzept zu entwickeln, das sowohl betriebliche, wie tarifliche und dann auch gesetzliche Forderungen zu einem einheitlichen Ganzen verschmilzt. Unserer Kenntnis nach hat sich keiner der anderen im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften einer solchen Aufgabe bislang unterzogen, und es bleibt ein Verdienst des Hauptvorstandes der ÖTV, die Frage so vielseitig und doch zusammenhängend aufgeworfen zu haben. Indessen hat die Taktik, die der Hauptvorstand der ÖTV entworfen hat, gewisse Schwächen. Diese kommen bei den Forderungen nach Schutzgesetzen für die Schichtarbeiter am deutlichsten heraus. Gerade wenn man die vielen nützlichen Ansatzpunkte, die die Beschlußfassung der ÖTV auch für die Arbeit in anderen Industrien bietet, ausnutzen will – und dies zu tun ist unbedingt vernünftig –, ist die Erörterung der Schwachpunkte wichtig.

1. Der Hauptvorstand der ÖTV fordert das „Verbot der ständigen Nachtarbeit". Das heißt: kein in Schichtarbeit beschäftigter Arbeiter oder Angestellter darf nach dem Schichtplan nur bei Nacht eingesetzt werden. Das ist eine schwache Schutzbestimmung. Sie läßt durchaus offen, wieviele Nachtschichten hintereinander jemandem aufgezwungen werden dürfen. Anscheinend soll die Regelung bewirken, daß niemand, von den „Vergünstigungen" die für die Schichtarbeit gefordert sind, verlockt würde, nur bei Nacht zu arbeiten. Tatsächlich gibt es solche Probleme. Würde man z.B. eine Regelung erzwingen, wonach die Beschäftigung bei Nacht höchstens vier Stunden betragen darf, die aber für acht Stunden gerechnet werden müssen, so wäre ein solches Verbot sehr sinnvoll. Leider scheut der Hauptvorstand der ÖTV davor zurück, der Frage, welcher Tagzeit eine Nachtstunde gleichzusetzen ist, offen und in bezug auf die tägliche Arbeitszeit zu Leibe zu rücken. Das macht einen ziemlichen Schwachpunkt aus, der um so unnötiger ist, als für die Lebensarbeitszeit ein derartiger Ansatz durchaus gemacht wird.

2. Es fordert der Hauptvorstand der ÖTV nämlich die „Verkürzung der Lebensarbeitszeit für Arbeitnehmer, die Wechselschicht- oder Nachtarbeit leisten, auf das 55. Lebensjahr" sowie (bei den tariflichen Maßnahmen) „für Arbeitnehmer, die Wechselschicht oder regelmäßige Nachtarbeit leisten, (einen) Zusatzurlaub von zwölf Arbeitstagen". Dies bedeutet auf die Jahresarbeitszeit eine Verkürzung um runde 5% und auf die Lebensarbeitszeit eine Verkürzung von (je nachdem, wie man die gegenwärtige Methode der Frühverrentung beurteilt) eine Verkürzung irgendwo zwischen 10 und 20%, vielleicht auch mehr. Im Effekt kann

die für die Schichtarbeit gefordert sind, verlockt würde, nur bei Nacht zu arbeiten. Tatsächlich gibt es solche Probleme. Würde man z.B. eine Regelung erzwingen, wonach die Beschäftigung bei Nacht höchstens vier Stunden betragen darf, die aber für acht Stunden gerechnet werden müssen, so wäre ein solches Verbot sehr sinnvoll. Leider scheut der Hauptvorstand der ÖTV davor zurück, der Frage, welcher Tagzeit eine Nachtstunde gleichzusetzen

(bei den tariflichen Maßnahmen) „für Arbeitnehmer, die Wechselschicht oder regelmäßige Nachtarbeit leisten, (einen) Zusatzurlaub von zwölf Arbeitstagen". Dies bedeutet auf die Jahresarbeitszeit eine Verkürzung um runde 5% und auf die Lebensarbeitszeit eine Verkürzung von (je nachdem, wie man die gegenwärtige Methode der Frühverrentung beurteilt) eine Verkürzung irgendwo zwischen 10 und 20%, vielleicht auch mehr. Im Effekt kann

Wenn die Kapitalisten die Betriebsrente zahlen, weshalb nicht die gesetzliche Rentenversicherung

z.frb. 1973 hatten laut einer Sondererhebung des Statistischen Bundesamtes 60,5% aller Lohnabhängigen Anspruch auf betriebliche Altersversorgung, und bis Ende 1976, nach Inkrafttreten des Betriebsrentengesetzes von 1974, waren es 65%. In diesen Angaben sind nicht enthalten der öffentliche Dienst und die Bauindustrie, wo eine Zusatzversorgung für den gesamten Bereich durch Tarifvertrag zugesichert ist, sowie die Landwirtschaft.

Das „Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung" hatte eine Reihe von Forderungen gesetzlich abgesichert, die zuvor in zahlreichen Betriebsvereinbarungen und Tarifvereinbarungen immer weiter durchgesetzt worden waren. Folgende Punkte dürften die wichtigsten sein:

1. *Unverfallbarkeit.* Die Zusage, eine Rente zu zahlen, kann vom Kapitalisten nach einer Kündigung nicht mehr willkürlich zurückgenommen werden. Allerdings verfällt der Rentenanspruch nur dann nicht, wenn der Arbeiter oder Angestellte bei Kündigung mindestens 35 Jahre alt ist und entweder a) die Rentenzusage mindestens 10 Jahre bestanden hat, oder b) der Beginn der Betriebszugehörigkeit mindestens 12 Jahre zurückliegt und die Rentenzusage mindestens 3 Jahre bestanden hat. Letzteres trifft zu, wenn, wie meist der Fall, die Rente erst nach einigen Jahren der Betriebszugehörigkeit zugesagt wird. Muß der Arbeiter z.B. 10 Jahre bei einem Kapitalisten arbeiten, ehe er Anspruch auf eine Betriebsrente hat, und kündigt nach weiteren drei Jahren, so kann ihm der erworbene Rentenanspruch nicht mehr zurückgenommen werden.

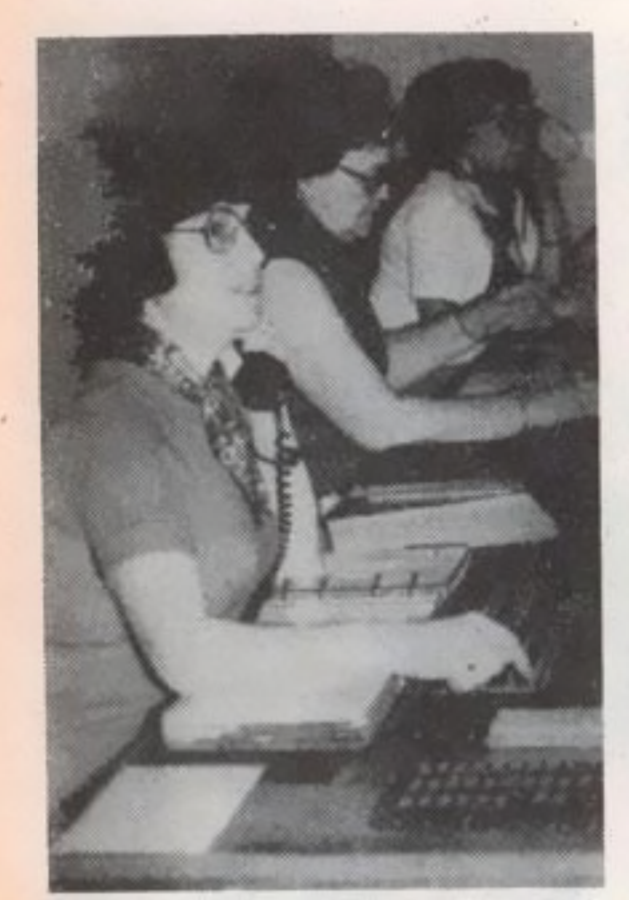
Wie wird die Rente, die dieser Kapitalist zahlen muß, berechnet? Der Arbeiter erhält in diesem Fall jenen Teil der Rente, der dem Anteil der Zeit, die der Arbeiter tatsächlich bei dem Kapitalisten gearbeitet hat, an der Zeit, die der Arbeiter insgesamt bei dem Kapitalisten bis zur Altersgrenze hätte arbeiten können, entspricht. Der Arbeiter verkaufe beispielsweise im Alter von 25 Jahren seine Arbeitskraft an einen bestimmten Kapitalisten, die Altersgrenze liege bei 65 Jahren, er kündigt mit 45 Jahren. Das Verhältnis tatsächliche Zeit zu möglicher Zeit beträgt 20 Jahre zu 40 Jahre oder ½. Hätte die Endrente aufgrund der bisher erworbenen Ansprüche 600 DM betragen, so erhält der Arbeiter jetzt noch die Hälfte hiervon: 300 DM.

2. *Das Auszehrungsverbot.* Der Kapitalist kann einen einmal zugesagten Rentenbetrag nicht mehr kürzen, auch nicht etwa mit dem Hinweis, die gesetzliche Rente und damit die Gesamtrente sei inzwischen gestiegen.

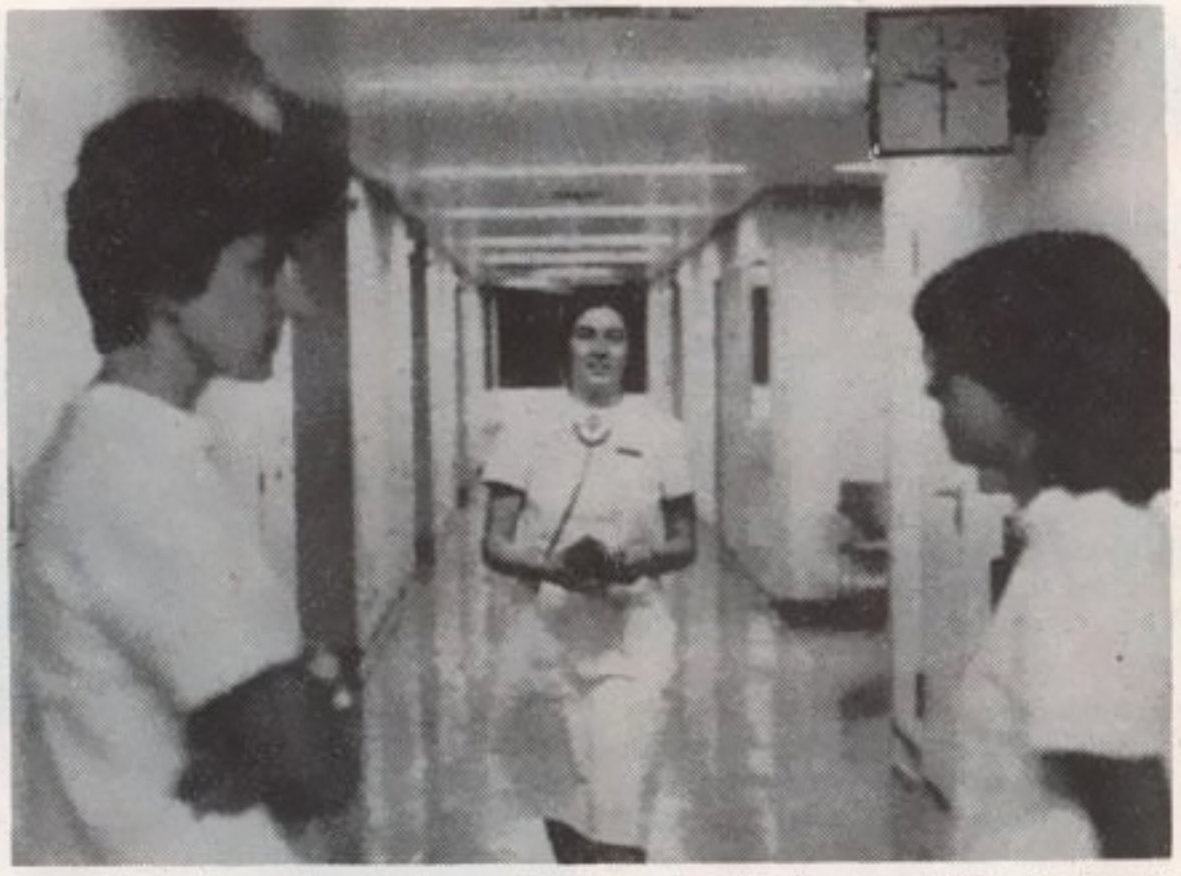
3. *Insolvenzversicherung.* Die Kapitalisten müssen einer Versicherung beitreten, die die Rentenansprüche übernimmt, wenn ein Kapitalist pleite geht.

4. Der Kapitalist muß alle drei Jahre die *Anpassung* der laufenden Auszahlungen an die gestiegenen Preise überprüfen und darüber „nach billigem Ermessen" entscheiden.

5. Schließlich kann bei vorzeitiger Verrentung in der gesetzlichen Versicherung auch die vorzeitige Auszahlung der betrieblichen Rente verlangt werden. Allerdings wird dann zumeist die Rente gekürzt.



Nacht- und Schichtarbeit an der Telefonvermittlungsanlage



Die ÖTV fordert: keine Nacht- und Schichtarbeit für die Auszubildenden im öffentlichen Dienst



Die Arbeit der Frankfurter Straßenreiniger beginnt zwischen vier und fünf Uhr morgens

man sagen, daß der Hauptvorstand der ÖTV durchaus berücksichtigt, daß eine bei Nacht geleistete Arbeitsstunde höher bewertet werden muß, als die bei Tag geleistete. Die Forderungen mögen auf eine Höherbewertung um 20% hinauslaufen. Rechnet man, daß höchstens die Hälfte der geleisteten Schichtarbeit außerhalb der Normalarbeitszeit liegt, so kommt das Volumen dieser Verbesserungsvorschläge schon in die Größenordnung, die erreicht würde, wenn man gleich die Dauer der Nachtarbeitszeit auf vier Stunden beschränken würde, die mit acht Stunden gleichgesetzt werden müßten.

3. Das ,,Verbot von Mehrarbeitsstunden für Arbeitnehmer, die Wechselschicht, Nachtarbeit und Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten leisten'', ist hingegen eine klare, eindeutige und ganz richtige Forderung, ebenso wie die Forderung nach ,,Verbot von Anreizsystemen bei der Entgeltregelung für Arbeitnehmer, die Wechselschicht oder Nachtarbeit leisten'', (wobei man sich schon fragen muß, wieso hier die Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten herausgelassen ist). Gerade diese beiden relativ unzweideutig formulierten Punkte werden zusammen mit der im Teil I bei den tariflichen Forderungen erhobenen Forderung, wonach ,,in Wechselschicht Erholungspausen Arbeitszeit'' sind, populär werden und die Bewegung im öffentlichen Dienst mit der Bewegung in der Industrie verknüpfen.

Soviel zu den Forderungen im einzelnen. Der hauptsächliche Haken der ganzen Sache bleibt: daß der Hauptvorstand der ÖTV sich nicht ermannen hat können, ein generelles Verbot der Nachtarbeit und die Genehmigungspflicht aller Ausnahmen durch die Gewerkschaft zu fordern. Das drückt eine politische Schwäche aus und zeigt, daß der Hauptvorstand der ÖTV im Prinzip bereit ist, sich unter das Joch der bestehenden Verhältnisse zu beugen und dem öffentlichen Dienstherren das Diktat zuspricht, was nun eine gesellschaftliche Notwendigkeit sei, die Schichtarbeit erfordert, und was nicht. Das Recht, hierüber zu bestimmen, würde freilich zu politischen Konflikten führen. Aber der Versuch, diese politischen Konflikte zu umgehen, indem man die Schichtarbeit einfach etwas teurer macht, ist ziemlich problematisch. Aber auch auf der rein wirtschaftlichen Seite ist dasselbe Bestreben, einer prinzipiellen Auseinandersetzung auszuweichen, noch zu spüren. Ein Rattenschwanz von komplizierten Rentenregelungen folgt, indem das Problem der Intensitätslast der Nachtarbeit auf Lebensarbeitszeit und die Jahresarbeitszeit umgewälzt wird. Diese Umwälzung auf mehr Urlaub und frühere Verrentung birgt in sich das Zugeständnis, die Sonderbelastung durch die Schichtarbeit gar nicht abbauen zu können. Denn: Drückt nicht der verlängerte Jahresurlaub bloß aus, daß man vor einer Forderung, welche die Reproduktion des Schichtarbeiters im Gang der Arbeitswoche normal macht, zurückgeschreckt ist? Und drückt die Forderung nach früher Verrentung nicht aus, daß man wohl weiß, daß alle anderen erhobenen Forderungen einmal durchgesetzt, immer noch ein Verschleiß bleiben wird, der den Arbeiter und Angestellten ja nicht nur seiner .Arbeitskraft zu einem frühen Zeitpunkt beraubt, sondern vor allem seiner mit der Arbeitskraft untrennbar verbundenen Lebenskraft, seiner Gesundheit und mithin eines Teils seiner Lebensfreude? So wahr es ist, daß der Schichtarbeiter mit 55 in Rente muß, so fatal ist es, daß seine Arbeitskraft auf diesen Zeitpunkt hin vorzeitig verschlissen ist.

Dies alles wäre so unnötig, wenn nur die Forderung nach Verkürzung der Nachtarbeit auf vier Stunden und Berechnung dieser vier Stunden als volle Arbeitsleistung eines vollen Arbeitstages gefordert würde.

So bleibt dem Hauptvorstand der ÖTV das Verdienst, eine große Frage aufgeworfen zu haben, und zwar auf eine Art und Weise, die sowohl auf der betrieblichen, wie auf der tariflich gewerkschaftlichen Ebene, wie auf der gesetzlichen Ebene den Kampf fördert und der Bewegung gegen die Arbeit bei Nacht und in Schichten starke Anhaltspunkte liefert. Aber es bleibt auch die Schwäche, sowohl dem politischen Konflikt ausgewichen zu sein, wie auch auf der wirtschaftlichen Seite in unnützer Komplikationen sich verwickelt zu haben. – Der Kampf gegen die Arbeit bei Nacht und in Schichten wird in den kommenden Jahren stark an Bedeutung zunehmen. Die Grundsätze des Hauptvorstandes der ÖTV sind nicht als das letzte Wort zu betrachten, sowieso steht zwischen den Zeilen geschrieben, daß man seitens der Regierung auch für ganz kleine Zugeständnisse schon dankbar wäre. Wenn sich jetzt der Kampf auf der betrieblichen Ebene entwickelt, so ist es nicht unvernünftig, eine Veränderung dieser Grundsätze mehr ins Praktische ins Auge zu fassen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Spezialnachrichtendienste für Öffentlicher Dienst, Transport, Nachrichtenübermittlung

Anträge von Kreisdelegiertenkonferenzen der ÖTV gegen Nacht- und Schichtarbeit an die Bezirksdelegiertenkonferenzen und den Gewerkschaftstag:

Hannover, 6.11.1979. Kreisdelegiertenkonferenz. Neben Beschlußfassungen für die allgemeine Herabsetzung des Rentenalters auf das 60. Lebensjahr bekräftigte die Delegiertenkonferenz, daß das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit Ziel gewerkschaftlicher Arbeit bleibt. Einer der beschlossenen Anträge sprach sich für das gesetzliche Verbot aus.

Göttingen, 17.10.1979. Die Delegierten beschlossen über 40 Anträge, u.a. für Festgeld, Streichung der unteren Lohngruppen, 35-Stunden-Woche, Verbot der Überstunden, Anrechnung einer Stunde Nachtarbeit wie zwei Stunden Tagarbeit in Bereichen, in denen nach Entscheidung der Gewerkschaft in Zusammenarbeit mit dem Betriebs- und Personalrat Nachtarbeit unumgänglich ist. In allen anderen Bereichen striktes Verbot der Nachtarbeit.

Dortmund, 17.11.1979. Kreisdelegiertenkonferenz. Als Material zur Diskussion und Vorlage auf der übernächsten Delegiertenkonferenz beschlossen die Delegierten einen Antrag, der sich für das Verbot der Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit aussprach:

Überstundenarbeit aussprach:

Der Gewerkschaftstag hält die vom Hauptvorstand in Erfüllung des Antrages 360 des 8. ordentlichen Gewerkschaftstages vorgeschlagene Forderung zur Schichtarbeit für richtig. In einigen Punkten allerdings muß unsere Haltung zur Schichtarbeit weiter gefaßt werden. Aus Sorge um den Erhalt der Arbeitskraft der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten und in den übrigen Gewerken setzt sich die ÖTV dafür ein, daß für alle Lohnabhängigen erreicht wird:

1. das gesetzliche Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, 2. das gesetzliche Verbot von Überstunden, zur Einhaltung des Normalarbeitstages, 3. solange eine gesetzliche Regelung nicht erreicht wird, soll entsprechend auf tarifvertragliche Regelungen hingearbeitet werden.

Begründung:

Wie aus dem im ÖTV-Magazin veröffentlichten sozialmedizinischen Untersuchungen entnommen werden kann, führt Nacht- und Schichtarbeit zu überdurchschnittlichem Verschleiß der Arbeitskraft, was sich in den verschiedenen typischen Schichtarbeitererkrankungen, Frühinvalidität und Störungen aller Art niederschlägt. Dieser Verschleiß wird durch den Lohn überhaupt nicht ausgeglichen werden. Die Schicht- und vor allem auch Nachtschichtarbeit hat über die traditionellen Bereiche hinaus in den öffentlichen Diensten dort zugenommen, wo die EDV eingesetzt worden ist, und wird dort noch zunehmen.

Nur eine gesetzliche Regelung kann diesem überdurchschnittlichen Verschleiß Einhalt gebieten. (...)

Ennepe-Ruhr, 6.10.1979. Die Delegierten beschlossen: ,,Gesetzliches Verbot der Überstundenarbeit. Die ÖTV fordert, die gesetzlichen Möglichkeiten der Überstundenarbeit weiter einschränken; soweit dies noch nicht erreicht ist, sind entsprechende tarifvertragliche Beschränkungen zu vereinbaren.'' Zur Nachtarbeit: ,,Verbot der Nachtarbeit. Ausnahmen dürfen nur in denjenigen Bereichen gemacht werden, in denen Nachtarbeit unumgänglich notwendig ist und dies von den Tarifpartnern übereinstimmend anerkannt wird.''

Frankfurt, 20.10.79. Von den 269 Delegierten wurden u.a. folgende Beschlüsse gefaßt: Verbot von Nacht-, Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit; Abschaffung der unteren beiden Lohn- bzw. Vergütungsgruppen; keine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer; Erhöhung des Steuerfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns.

Neckar-Filz. Antrag der Kreisdelegiertenkonferenz: ,,Die Gewerkschaft ÖTV, Hauptvorstand/Tarifsekretariat, wird aufgefordert, Manteltarifverhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern aufzunehmen mit dem Ziel, für Arbeitnehmer im Schichtdienst drei Tage und für Arbeitnehmer im Wechselschichtdienst 5 Tage Zusatzurlaub zu vereinbaren, wobei eine Anrechnung auf den Jahresurlaub oder anderen Urlaub zu unterbleiben hat.''

Pforzheim/Calw. Die Kreisdelegiertenkonferenz beantragt: ,,Der Gewerkschaftstag wird aufgefordert, zu beschließen, den Gesetzgeber zu veranlassen, Maßnahmen der Gesetzesänderung einzuleiten, wonach Frauen be-

rung einzuleiten, wonach Frauen be-

reits mit dem 55. Lebensjahr und Männer mit dem 60. Lebensjahr Anspruch auf vorgezogene Altersrente haben.''

Stuttgart. Der Landesbezirksvorstand beantragt zu Wechselschicht, Schichtdienst und unregelmäßigen Diensten: ,,Es ist zu überprüfen, ob die bestehenden Dienstpläne eine Wechselschicht oder unregelmäßigen Dienst erfordern. Soweit wie möglich müssen Verbesserungen bei der Dienstplangestaltung erreicht werden. Für Arbeitnehmer im Wechselschichtdienst, die entsprechende Dienste verrichten müssen, ist ein Zusatzurlaub von 6 Arbeitstagen zu fordern. Für Arbeitnehmer im Schichtdienst bzw. unregelmäßigen Dienst ist eine abgestufte Regelung des Zusatzurlaubs anzustreben. Die Höchstdauer von 24 Tagen bei der Urlaubsdauer ist aufzuheben.''

Stuttgart. Antrag an die Bezirkskonferenz: ,,Die Gewerkschaft ÖTV möge beim Gesetzgeber auf eine baldige Novellierung der Arbeitszeitordnung/Krankenhausarbeitszeitordnung unter Berücksichtigung folgender Forderungen hinwirken: 1. Die Wochenarbeitszeit darf 40 Stunden, verteilt auf maximal fünf zusammenhängende Arbeitstage, nicht überschreiten. Alle 14 Tage muß ein Wochenende arbeitsfrei sein. 2. Die tägliche Arbeitszeit darf acht Stunden, mit Ausnahme der Pausen, als eine zusammenhängende Arbeitszeit nicht überschreiten. 3. Arbeitszeit zwischen 20.00 und 6.00 Uhr wird arbeitszeitmäßig und vergütungsmäßig mit 125% gegenüber der Normalarbeit bewertet. 4. Die Neufassung der Arbeitszeitordnung darf nicht tarifoffen sein. 5. Die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenanstalten fällt ersatzlos weg.

München, 23.10.79. Die Delegiertenkonferenz der ÖTV Kreis München hat beschlossen: Keine Nacht- und Schichtarbeit für Auszubildende.

Das Gesetz legt Mindestnormen fest, die jeder Kapitalist einhalten muß. Im einzelnen wird die Rente vertraglich, durch Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag geregelt. In der Regel ist darin eine Wartezeit von fünf bis zehn Jahren verlangt. Die Rentenhöhe ist zumeist gestaffelt nach Dienstjahren und Lohn. Verschiedentlich muß der Kapitalist im Fall von Invalidität einen Zuschlag zahlen. Über die Höhe gibt folgende Tabelle Aufschluß (Stand: Ende 1976). Sie gibt nicht die tatsächlichen Renten an, sondern die Rentenhöhe, wie sie nach 35 Dienstjahren wäre, für Arbeiter. Von 100 Arbeitern haben Anspruch auf eine monatliche Rente von ... DM:

unter 100	100 bis 200	200 bis 350	über 350
29,4	47,2	19,3	4,1

oder von ... % des Lohnes:

unter 5	5–10	10–15	15–20	über 20
0,7	13,7	15,3	34,8	35,5

(Bundestags Drucks. 8/2377)

Die betrieblichen Renten sind eine Folge davon, daß die Renten der gesetzlichen Versicherung zu niedrig sind. Wie selbstverständlich reden Kapitalisten und bürgerliche Sozialpolitiker vom ,,Schließen der Versorgungslücke''. Die Kapitalisten mußten nachgeben, aber sie verstanden es, wie in der ganzen Geschichte der Versicherungen, gleichzeitig Fallstricke zu legen. Denn die Betriebsrenten zersetzen die Allgemeinheit der Rentenversicherung, spreizen gewaltsam die Skala der Rentenhöhe, machen die Rente zum Instrument der Politik der Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt, machen sie zum Strick, mit dem sie die Arbeiter zur ,,Betriebstreue'' pressen. Kündigt der Arbeiter vor Ende seiner Wartezeit, so hat er keine Rente, und beim neuen Kapitalisten muß er sich erst wieder hochdienen, zehn Jahre meist.

Je größer das Unternehmen, um so häufiger die Betriebsrente. Auch dazu eine Übersicht, die anzeigt, wieviel Prozent der Lohnabhängige der jeweiligen Betriebsgröße Anspruch auf Betriebsrente 1976 hatten.

Untern. mit ... Beschäft.	Untern. mit Betriebsrente	Lohnabh. mit Betriebsrente
10– 49	26,7%	17,6%
50– 99	55,1%	31,9%
100– 199	69,2%	44,1%
200– 499	83,9%	62,6%
500– 999	93,1%	77,3%
1000–4999	98,6%	88,9%
5000 u. mehr	99,3%	90,1%

Zwei Gründe sind es, daß das größte Kapital in dieser Sache den Vorreiter spielt. Erstens hat jenes es am nötigsten, den Arbeiter mit Leistungen über den laufenden Lohn hinaus für eine lange Betriebszugehörigkeit zu locken. Zweitens dient die Zusage einer Betriebsrente dazu, einen steuerfreien gewaltigen Kapitalfonds anzuhäufen. Wie dies?

Für jede zugesagte Rente kann der Kapitalist eine jährliche Rückstellung machen, die wie alle Betriebsausgaben seinen zu versteuernden Gewinn mindert. Die Höhe des Betrages bemißt sich so, daß die jährlichen Beträge einschließlich 5,5% Zins darauf sich bis zum Verrentungsalter des Arbeiters zu einem solchen Betrag angesammelt haben, daß daraus die Rente der kommenden Jahre zu bezahlen ist. So sammelt sich ein Jahr für Jahr wachsender Kapitalfonds, denn Rente muß ja erst viel später gezahlt werden.

Die Pensionsrückstellungen haben ähnlichen Charakter wie das Vermögen der Rentenversicherung, und nur ein großes Monopol ist in der Lage, solchen Fonds für sich zu bilden. Um auch die kleineren Kapitalisten heranzuziehen, wurde ihnen die Möglichkeit eröffnet, für ihre Arbeiter bei einer Lebensversicherung einen Vertrag zu schließen, für den sie – ebenfalls steuerfrei – die Beiträge zahlen. So sammelt dann die Versicherung und verleiht an das große Kapital. Mit dem Betriebsrentengesetz von 1974 wurde die steuerliche Förderung zur Bildung von Pensionsfonds großzügig ausgebaut. Alle zur Deckung von Betriebsrenten angesammelten Gelder erreichten 1976 nach Regierungsangaben eine Summe von 105 Mrd. DM, das ist das Dreifache des damaligen Vermögens der Rentenversicherung. Heute mag der Betrag auf 150 Mrd. DM gestiegen sein, denn allein schon die Pensionsrückstellungen der Aktiengesellschaften der Industrie (ohne Bau) hatten Ende 1978 42 Mrd. DM erreicht.

Jahr	Pensionsrückstellungen AGs Industrie Mio. DM	Vermögen Rentenversicherung Mio. DM
1966	11361	27257
1970	13629	26010
1975	30455	43177
1976	35194	36252
1977	38594	25988
1978	42144	20309

Im Jahr 1976 gaben die Kapitalisten für Rentenzahlungen (in Form von Direktzusagen) 3,3 Mrd. DM aus, Rückstellungen aber tätigten sie für insgesamt 11,7 Mrd. DM. Dadurch, daß sie diesen Teil ihres Profits nicht versteuerten, sparten sie runde 6,5 Mrd. DM an Steuern. Bleibt am Ende ein Plus von 3,2 Mrd. DM. Man sollte daran aber auch die positive Seite sehen. Immerhin nämlich zahlen die Kapitalisten mehr als die gesetzliche Rente, und sie zahlen diesen Zusatz ganz. Dies sollte man bekräftigen und verallgemeinern. Denn das Geld ist, wie man sieht, da, nur am falschen Ort in den falschen Händen.

Mut zur Erziehung – wozu?

r.doz. 30 Thesen zur Erziehung hat Landesschulrat Bath, oberster pädagogischer Beamter Westberlins und SPD-Mitglied, Ende letzten Jahres veröffentlicht.

Seit ihrem Bundesparteitag im letzten Dezember hat die SPD mit dem Durchpeitschen der Zustimmung zur Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in der BRD einen beachtlichen Ruck in Richtung offene Kriegspartei gemacht, ungefähr seitdem wird auch versucht, die Thesen Baths salonfähig zu machen.

Eine Flanke soll mit ihnen geschlossen werden, in die die CDU in den letzten Jahren zunehmend und mit wachsender Begeisterung hineingehauen hat. Bath beschreibt sie so: „Statt über Grundfragen von Bildung, Unterricht und Erziehung nachzudenken, haben wir jahrelang überlegt, wie das Instrumentarium aussehen müßte, mit dem man Lehrpläne perfekt konstruieren kann.“

Der Versuch, diese Flanke zu schließen, den Bürokratismusvorwurf loszuwerden und die „Grundfragen von Bildung, Unterricht und Erziehung wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um die Schulpolitik“ der Regierung zu stellen, geht aus von den obersten Beamtenrängen des SPD-Regierungsflügels in Westberlin, und entsprechend ist er.

Der Kern der Thesen besteht in einem Katalog von „Tugenden“ und „Höchstwerten“, die nach Baths Ansicht wieder in den Vordergrund von Erziehung gerückt werden müssen, da ihre Vernachlässigung, ja Verpönung, in den letzten Jahren die Ursache dafür sei, daß die Jugend keine Ideale mehr habe und große Teile der Schüler wie der Lehrer regelrecht entwurzelt seien. Diese „Tugenden“ und „Höchstwerte“, auch „letzte Bindungen“ genannt, sind: Dienstbereitschaft, Pflichterfüllung, Religion, Vaterland, Heldenverehrung, Selbstverleugnung, Glaube, Liebe, Hoffnung, Ordnung, Sauberkeit, Fleiß, Pünktlichkeit, Treue und Ehrfurcht.

Daß diese Thesen bislang grobem Verriß entgingen und sogar die GEW sich in ihrer Erwiderung darauf vorab absichert, daß sie „dem Landesschulrat die ehrliche Sorge um das Wohl der Jugend nicht absprechen wolle“, verdanken sie ihrer geschickten Verpackung: Bath kommt zunächst als Kritiker an: ein Organisationsmodell nach dem anderen und keine Auseinandersetzung mehr um grundsätzliche Fragen von Unterricht und Erziehung. Er verurteilt das Konzept der antiautoritären Erziehung und malt als dessen letzte Konsequenz an die Wand: „Abschaffung der Schule“, „Endstation Terror“. So schief seine Kritik im einzelnen ist, ein Stück Wegs ist erstmal gemeinsamer Boden nach rechts und links geschaffen: der Widerwille gegen die ausgefeilte Schulunterdrückung der SPD-Regierung, der Widerwille gegen die liberale Theorie der antiautoritären Erziehung, die nichts ist als die hohle Negation Bathscher und verwandter Tugendlehren und zu den gleichen Ergebnissen führen kann, beide sind gleichermaßen ein Stück weit vereinnahmt. Die Motivation zur Abfassung solcher Thesen kommt also scheinbar aus lauterer Ecke, die Einladung, auf gleicher Ebene in die Auseinandersetzung einzusteigen – können diese Tugenden befürwortet werden, ja oder nein? – ist freundlich offeriert, böse Absichten können kaum unterstellt werden. Herr Bath ist in der Vorderhand.

Böse Absichten zu unterstellen ist auch langweilig und meist fruchtlos. Bath selbst hat sich auch schon dagegen gewappnet: er kritisiert die Auffassung, „daß vor diese Tugenden nach den Erfahrungen unserer Geschichte ‚soziale Fähigkeiten und Haltungen‘ treten müßten, damit wir nicht noch einmal fleißig, ordentlich, sauber, pünktlich und gehorsam in die Katastrophe gehen. Das hört sich beinahe so an, als wäre uns Schlimmes erspart geblieben, wären wir nur faul, unpünktlich und ungewaschen geblieben.“ Nein, so nicht. Weder ist der Faschismus ein Produkt preußischer Beamtentugenden, noch gar sind diese „Tugenden“ Eigenschaften der arbeitenden Klassen, der „Deutschen“ schlecht hin, was immer das sein mag. Trotzdem vergessen wir nicht den Beitrag auch pädagogischer Beamter vom Range Baths, die die Jugend nicht zum Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg aufriefen, sondern bestenfalls von Dienstbereitschaft und Pflichterfüllung faselten und später behaupteten, sie hätten ja nicht geahnt, wie sehr sie mißbraucht worden sind. Später, als der Faschismus nicht mehr siegreich marschierte, sondern zerschlagen war.

Ohne platten historischen Parallelismus behaupten zu wollen: fest steht, die Thesen Baths haben ihren geschichtlichen Zusammenhang und entspringen gesellschaftlichen Interessen.

Glaubt Herr Bath, daß kein Zusammenhang gesehen wird zwischen seinen Thesen und der Forderung beispielsweise eines Herrn Diepgen von der CDU, für die Jugend Westberlin das „soziale Jahr“ ein Jahr Zivildienst, einzuführen? Daß kein Zusammenhang gesehen wird zwischen seiner Propaganda für Vaterland, Heldenverehrung, Pflichterfüllung, Treue und den immer offener werdenden Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Supermächte, und der westdeutschen Bourgeoisie im Schatten des US-Imperialismus? Was ebenfalls auch für die Jugend die Frage aufwirft: was tun? Für diese westdeutsche Bourgeoisie in den Krieg ziehen, dienstbereit, pflichtbewußt, ehrfürchtig, mit Gott für Heimat und Vaterland? Oder Teil einer Bewegung werden gegen alle imperialistischen Militärbündnisse, für den Abzug aller fremden Truppen von fremdem Boden, für einen demokratischen Friedensvertrag, gegen den imperialistischen Krieg und für den Sieg des Sozialismus? Soll die Jugend in Treue, Ehrfurcht und Gottvertrauen erzogen werden oder nicht vielmehr in tiefem Mißtrauen gegenüber allen sogenannten Tugenden, die nicht sachlich und im Interesse der arbeitenden Klassen an Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung gerechtfertigt sind?

Daß die hohle Propaganda solcher Tugenden, wie Bath sie aus der Kiste kramt, Widerwillen hervorruft unter den Massen, ist ein großer Segen und zu verteidigendes Erbe v.a. des antifaschistischen Widerstandskampfes. Allerdings: die Zeit reift, wo dies nicht mehr ausreicht, wo es nicht mehr genügt, sich der reaktionären Politik der westdeutschen Kapitalistenklasse einfach zu verweigern. 1976 ist das „Modell Deutschland“ gescheitert, sein Chauvinismus hat nicht verfangen. Aber vorderhand nur im ersten Anlauf, und der zweite ist in vollem Gange. Es ist notwendig, positive Zielklarheit zu erreichen, sonst reicht es bestenfalls noch eine Zeitlang, nicht mitzumachen, aber nicht zu verhindern, daß andere eingefangen werden und die Arbeiterbewegung isoliert werden kann.

Oder glaubt Herr Bath etwa, er könne jetzt eine lange, allgemein-philosophische Debatte darüber vom Zaune brechen, ob zum Beispiel Dienstbereitschaft eine allgemein menschliche Tugend und von Wert oder Unwert sei, und darüber würde übersehen, daß diese Thesen zu einer Zeit veröffentlicht werden, in der die gewerkschaftliche Bewegung für das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit erstarkt, in der Krankenschwestern gegen die maßlose Vernutzung ihrer Arbeitkraft auf die Straße gehen und auch unter den Lehrern das gewerkschaftliche Bewußtsein wächst und der Kampf für die 40-Stunden-Woche in vollem Gang ist? In der sich also auch für die Erziehung der Jugend die Frage stellt: wird sie zum Verständnis und zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen die maßlose Vernutzung ihrer Arbeitskraft in Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, durch Akkord und zu Niedriglöhnen erzogen, wird sie in Stolz auf die produktiven Fähigkeiten der arbeitenden Klassen und dagegen, sie von den Profitinteressen der Kapitalisten einschnüren zu lassen, erzogen oder soll sie dienstbereit werden, damit die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt erhalten bleibt, damit die Arbeiterbewegung isoliert und zerschlagen werden kann?

Baths Thesen propagieren: die einen (die nämlich das Geld haben) können „das Schöne in der Kunst, das Erhabene in der Natur, das Ernste in der Wissenschaft, das Spannende im Sport“ genießen, die andern sollen dienen und gehorchen. Gestaltend und die Welt verändernd wirken beide nicht, sondern über beidem, dem Beamten und dem unterdrückten Arbeiter, ein unbekanntes, unbenanntes Schicksal, Gott oder wer weiß was, jedenfalls etwas oder jemand, dem man nicht dazwischenzufuschen hat.

Dieses verschwiemelte, bigotte und leicht hysterische hohle Pathos soll also der „positive Lebenssinn“ sein, in dem die Jugend erzogen werden wird! Entgegen den „verbreiteten Entwertungs- und Entlarvungstendenzen“, „der Propaganda des Untergangs der Gesellschaft“ „der negativen Verdrossenheit“ usw. Es besteht keine Veranlassung, sich in diese Ecke stellen zu lassen.

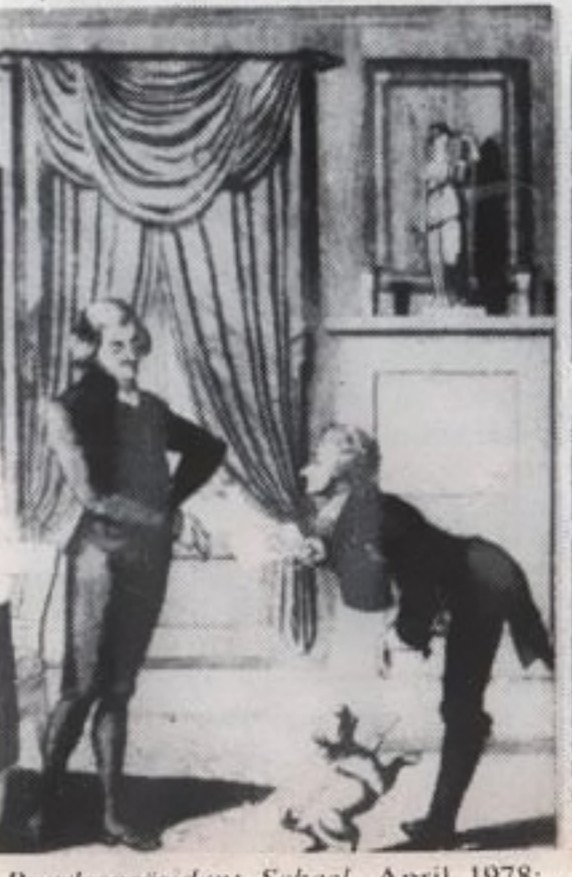
Die Jugend muß dazu erzogen werden, die Naturkräfte zu beherrschen, zum selbstbewußten Stolz auf die produktiven Fähigkeiten der arbeitenden Klassen, zum Wissen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge und ihrer Geschichte, zur Freude an der Umwälzung dieser Gesellschaft und der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Dies freilich kann nicht den Pädagogen überlassen werden, sondern ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung und ihrer Klassenorganisationen. Die Herausforderung der Reaktion, wie sie die Bath-Thesen darstellen, muß sie annehmen.

Bath: „Die alten Tugenden des Fleißes, der Ordnung, der Pünktlichkeit... Selbstlosigkeit... Ausdauer... sind unverzichtbar.“



Main-Post, 2.10.79: Die deutschen Industriearbeiter sind die teuersten der Welt... Bei derartigen Unterschieden hätten deutsche Industrieerzeugnisse eine schweres Handicap auf den Weltmärkten – wenn die Produktivität nicht wäre. Der Produktionswert je Arbeitsstunde erreicht in der Bundesrepublik einen doppelt so hohen Wert wie in England.

Bath: „Erziehung kennt keinen Weg, dem Menschen zu seinem Glück zu verhelfen, es sei denn den, ihn Dienstbereitschaft und Pflichterfüllung zu lehren...“

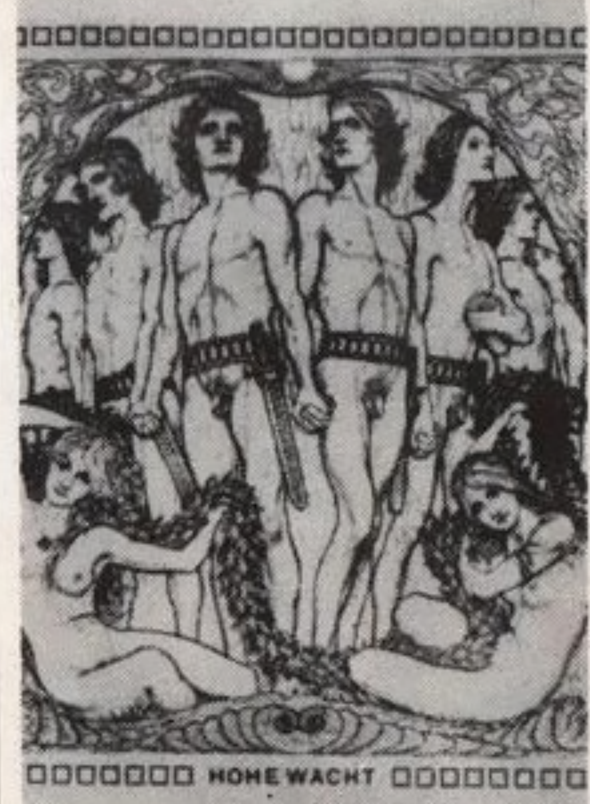




Bundespräsident Scheel, April 1978: „ Man kann von jungen Menschen nur schwer würdiges Betragen in der Öffentlichkeit, Gehorsam, Pflichterfüllung und im Kriegsfall den Einsatz des eigenen Lebens verlangen, wenn die Gesamtgesellschaft vom Geist des Egoismus geprägt wird.“ *Tagesspiegel*, Februar 1980: „Starke Belastungen für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik durch Verteidigungsausgaben hat Bundesverteidigungsminister Apel angekündigt ... das werde auch auf Widerstand in der Bevölkerung stoßen, der jedoch überwunden werden müsse.“

Bath: „... .bedarf es auch der Darstellung positiver Leitbilder und positiver Helden.“

den.“





Bundespräsident Scheel, April 1978: „Der Soldat braucht, um ein guter Soldat sein zu können, das Vorbild guter Soldaten. Die deutsche Kriegsgeschichte ist reich an Personen und Ereignissen, die hier im besten Sinne bildend wirken können.“

Forderungen des KBW für ein demokratisches Volksbildungswesen

Unentgeltliche und obligatorische, allgemein, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr · Einheitsschule · Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten · Ganztagsschule · Übernahme des Volksbildungswesens durch die Kommunen · Gesetzliche einheitliche Festlegung der Rahmenpläne für die Unterrichtsziele · Unterbindung aller administrativen Eingriffe in die Behandlung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals · Auswahl und Anstellung des Lehrpersonals durch die Kommune und ihre gewählten Organe · Einspruchsrecht der Eltern- und Schülervertretungen gegen die Anstellung unerwünschter Lehrer · Beseitigung aller Gesetzesbestimmungen und Verordnungen, die die Nichtversetzung von Schülern vorsehen · Unterstellung der Lehrerausbildung wie der Hochschulen überhaupt unter die Kommunen und Kommunalverbände · Bezahlung der Lehrerstudenten wie der Studenten überhaupt nach Ausbildungstarif · Beseitigung der 2. Dienstprüfung und der Bezahlung der Lehrer wie aller beamteten Personen von Anfang an nach Arbeiterlohn · Geltung des Normalarbeitstages für Lehrer · Sofortige Beseitigung aller Maßnahmen, die einen Teil der Lehrer unter den Durchschnittslohn gedrückt haben · Völlige Trennung von Kirche und Unterrichtswesen · Religionsunterricht nur als private Veranstaltung · Mindestbedingungen des demokratischen Volksbildungswesens müssen örtlich gewährleistet sein · Fahrtmöglichkeiten zur Schule wie die Lehrmittel müssen sofort kostenlos zur Verfügung gestellt werden.